

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monnents-Preis dreimonatlich: 1,10 Mk., monatlich 36 Pf., vierteljährlich 1,10 Mk., halbjährlich 2,20 Mk., jährlich 4,40 Mk., einschließlich 25 Pf. frei u. s. Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertes Sonntagsheft „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die fechtgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 1 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 28. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Der Reichstag.

Die Zeiten sind vorbei, wo die Weltgeschichte in Parlamentssessionen und in parlamentarische Ferien zerfiel. Die sogenannte politische „Sauregurkenzeit“ ist längst abgeschafft — abgeschafft durch den immer stürmischeren Gang der gegenwärtigen sozialen Entwicklung, der sich um die feierlichen parlamentarischen Schlüsse und Eröffnungsreden genau so viel kümmert, wie ein Erdbeben um das Gekacker im Hühnerhof. Allein zu keiner Zeit trat vielleicht der Reichstag zusammen unter einem so überwältigenden Eindruck der von lebendigen Tatsachen, von der Zeitgeschichte selbst mit Donnerstimme gepredigten Wahrheit jener Lehren, auf denen die Sozialdemokratie ihre Politik und ihren Kampf fundiert hat, wie in diesem Moment. Mit dem heutigen Tage gehen nach dem parlamentarischen Kalender erst die politischen Ferien zu Ende, die Pause, in der die Weltgeschichte sich auf dem weichen Pflaster ausruht, die Sonne stille zu stehen, das Lüftchen nur leise sich zu regen und jegliche Kreatur den politischen Sommer Schlaf zu verrichten hatte. Erst die gravitierende Glocke des Reichstags-Präsidenten, erst die romantische Parade im „weißen Saal“ läuten formell das politische Leben wach, das sich gähnend und die Glieder streckend, sich zum parlamentarischen Appell einsinden soll, um die inzwischen geheimräthlich ausgearbeiteten „Vorlagen“ demotest entgegenzunehmen und sich mit Gott für König und Vaterland bedächtig in Trab zu setzen. Was sehen wir aber in Wirklichkeit? Sturm und Gewitter auf allen Seiten, Kriege, blutigste Menschenkämpfe kommen und gehen, die Revolution wütet in nächster Nähe, wie ein brandendes Meer. . . Der Massenkampf, der Klassenkampf! Der nach der bürgerlich-parlamentarischen Theorie nicht existierende, der von der Sozialdemokratie künstlich „gefärbt“ — er ist es, in dessen gewaltigen Stimmengewirr die gravitierende Glocke des Reichstagspräsidenten heute verhallt wie ein ohnmächtiger „Ordnungsruuf“ an die unbotmäßige, revolutionäre Weltgeschichte. Der heutige Reichstag tritt unter „Zeichen und Wundern“ zusammen, die mächtiger denn je den unaufhaltsamen Verfall der bestehenden Gesellschaftsordnung und das unaufhaltsame Emporkommen der Sozialdemokratie, der Partei des proletarischen Klassenkampfes, vor aller Welt verkünden.

Und der deutsche Reichstag selbst, wie er wieder vor den Augen der Öffentlichkeit erhebt, ist nichts anderes als ein lebendiges Stück dieses allgemeinen Verfalls der bürgerlichen sozialen Ordnung. Schon nach den Regierungsvorlagen zu der beginnenden Reichstagsession und der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien dazu ist es klar: der Reichstag tritt zusammen, um in seiner bürgerlichen Majorität wieder einmal bloß als eine Jagemaschine für fertige Resultate des weltpolitischen Betriebes zu fungieren. Eine neue Flottenvorlage, neue Steuern auf notwendige Lebensmittel der arbeitenden Masse, reaktionäre Verkehrssteuern, das ist „die Arbeit“, die nun des gesetzgebenden Segens der Reichstagsmajorität harri. Doch ist der deutsche Reichstag als Einheit, als selbstherrliche Gesetzgebungskörperschaft überhaupt bloß ein Schein, eine Vorpiegelung falscher Tatsachen. Im Hinterhalt lauert das Dreiklassenparlament, die preussische „Duma“, diese feste Burg der feudalen ständisch-absolutistischen Monarchie. Die herrschende deutsche Politik spielt wie der verstorbene Virtuose Rubinstein auf zwei Klügeln zugleich, um die richtige reaktionäre Melodie herauszubringen: der Reichstag beschließt Hölle und Steuern, — der Landtag würgt den Vergarbeiter Schutz ab. Der Reichstag beschließt Militär- und Flottenausgaben, — der Landtag liefert die Schule der pfäffischen Reaktion aus. Es ist dies eine wunderbare Instrumentation, bei der die Hochburg der ostelbisch-ultramontanen Strupellofigkeit stets da mit einem kräftigen Akkord ergänzend einsetzt, wo die Reaktion dies in allgemeinen direkten Wahlen gewählten Reichstages noch einermachen zu versagen droht. Dabei verschiebt sich die gegenseitige Rolle beider mit jedem neuen Schritt des weltpolitischen Kurses; der Reichstag als Ausdruck der Demokratie und des Fortschritts, als Gegengewicht zu der preussischen Dreiklassenbarbarei, sinkt immer tiefer, die russische „Duma“ erhebt immer mächtiger und frecher das Banner ihrer ostelbischen Unverschämtheit.

Es ist für den Zusammenhang zwischen den Fortschritten des weltpolitischen Kurses und dem Niedergang der bürgerlichen Demokratie höchst bezeichnend, daß man den Zusammenbruch dieser letzteren förmlich an den Hauptdaten der militärischen Rüstungen verfolgen kann. Das große Militärgesetz des neuen Kurses im Jahre 1898 brachte die Spaltung des Freisinn in die beiden Fraktionen des weiblichen und des männlichen Freisinn. Das große Flottengesetz vom Jahre 1900 brachte den endgültigen Umfall des Zentrums von einer scheindemokratischen Oppositionspartei zur schroffreaktionären Regierungspartei. Heute treten der Reichstag und bald der preussische Landtag zusammen — angesichts neuer Symptome des bürgerlich-liberalen Kladderadatsches aus den allerletzten Tagen. Der „männliche“ Freisinn stolpert über die neue Flottenvorlage; der Fortschritt der Zeiten kommt darin zum Ausdruck, daß es nunmehr nicht mehr „große Vorlagen“, wichtiger Wendepunkte in der Geschichte des Militarismus und Marinismus bedarf, um die bürgerliche Opposition zu zersprengen. Ein kleines Nachtragsgesetzlein genügt schon jetzt, um die schäbigen Reste der Spezies deutscher Liberalen zum erbärmlichsten Fall zu bringen. Und wenn die politische und parlamentarische

Bedeutung des Richterschen Freisinn schon längst, namentlich seit der demwürdigen Abendnacht des Brotwuchers, als ein Faktor des Fortschritts und der Opposition nicht mehr ernst zu nehmen ist, wenn auch die positive Tragweite des allerneuesten Einheits-Umfalles nur einer tragikomischen Episode ist — als Symptom der allgemeinen politischen Lage, in der der Reichstag zusammentritt, ist sie hoch bedeutsam. Ebenso wie die berühmten „zwei letzten Akten“ als eine Sehenswürdigkeit des Panoptikums durch den bloßen Anblick ihrer degenerierten Schädel und vogelartiger Schnabelphysiognomien die erschütternde Geschichte einer ganzen ausgeforderten Rasse erzählen sollten, werden von nun an die paar letzten Akten des Freisinn, die Herren Richter und Müller-Reininger, im Reichstage als lebendige Belege des großen Aussterbens des bürgerlichen Liberalismus sitzen.

Und im preussischen Landtage bereitet sich gleichzeitig ein würdiger Seitenstück zu diesem Vorgang. Das Zentrum soll dort die Duntung für seine Zustimmung zu der neuen Flottenvorlage erhalten: schon taucht das klapperige Gespenst des vor dreizehn Jahren begrabenen Jeditzischen Seltes auf und füllt die deutsche Öffentlichkeit mit seinem Modergeruch. Das neue Schulunterhaltungs-gesetz soll die Volksschule der pfäffischen Geistesnechtschaft mit Haut und Haar ausliefern, und zu diesem Streich der schwärzesten Reaktion hat sich bereits ein regelrechter Umfall der Nationalliberalen bereitet! Noch 1892 schleuderte Herr von Vernigen im Reichstag seine schönsten Blitze auf Jeditz Haupt und die nationalliberale Brust wehrte das mörderische Attentat gegen die geistige Freiheit und Unkultur ab. Heute fordern Nationalliberale und konservative Obleibier Arm in Arm das zwanzigste Jahrhundert in die Säranten! Auch hier geht vor unseren Augen ein ganzes Stück der bürgerlichen Geschichte und des bürgerlichen Verfalls vorbei: das Aussterben der bürgerlichen „Aufklärung“, eine Flucht ihrer letzten Erben zu den Regimenten des seligen Krummader und seiner „christlichen Schule“ aus dem Jahre 1823: „Das Lehramt ist ein Kirchenamt, der Schullehrer ist ein Kirchendiener“ . . .

Das ist die Situation, in der heute der deutsche Reichstag zusammentritt: ein neuer mächtiger Vorstoß der blinden militärischen und marinistischen Reaktion, reaktionäre Attentate gegen die materielle Lebenshaltung und die geistige Freiheit des Volkes, völliger Stillstand der Sozialreform und zugleich — rapider Zusammenbruch der letzten Mittelparteien, der letzten Zwischenschichten, die den gähnenden Abgrund zwischen der Partei des um seine Befreiung, um seine Menschwerdung ringenden Proletariats und der „einen reaktionären Masse“ der brutalen Massenherrschaft, der Volksauspowerng und Knechtung ausfüllten.

Schwere und große Aufgaben harren unser im Reichstage in dieser Schlage. Noch mehr wie bis jetzt wird im Auftreten unserer Abgeordneten der große Grundgedanke der proletarischen Emanzipation, der Massenkampf in den Vordergrund treten. Die parlamentarische Latz der Sozialdemokratie kann in ihren Grundfragen nicht in jeder Situation neu geschaffen und umgeschaffen werden. Sie wird auch in dieser Session in ihrem Wesen dieselbe bleiben wie bis jetzt. Aber ihr Ton, ihre Schärfe, ihre Tiefe wird dem großen geschichtlichen Moment entsprechen müssen, in dem der Reichstag an die Arbeit geht. Nicht bloß durch schroffe Abwehr aller Attentate des Militarismus, Marinismus, der volkfeindlichen Steuerpolitik und der kulturfeindlichen Schulpolitik, auch durch die kraftvolle Verfechtung der direkten Arbeiterinteressen, der Sozialreform, des Achtstundentages wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als dasjenige sich bewähren, was zu sein sie berufen ist: die Sturmkolonne der vordringenden revolutionären Vorkolonnen der Arbeiterklasse. Die Reichstagstribüne soll nach wie vor und mehr denn je zur Tribüne werden, von der aus nicht bloß tägliche leibliche und geistige Interessen der Enterteten verteidigt werden, sondern von denen auch die große Befreiungslehre des Sozialismus verkündet und gelehrt wird. Drei Millionen Rebellen wider die kapitalistische Massengesellschaft harren, daß ihre erwählten Männer des Vertrauens im bürgerlichen Parlament nun der ganzen Schmach der Zeit und dem ganzen Groll der Massen das Wort verleihen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden das richtige Wort finden. Sie werden, — sie müssen.

Die Revolution in Rußland.

Schlag auf Schlag entladet sich das Revolutionsgewitter über der schwankeuden Ruine des Absolutismus. Kaum ist das städtische Proletariat für eine Weile aus der Vorderfront zurückgetreten, um bessere Rüstung, tödlichere Waffen anzulegen, wie auf den ersten Plan des Kampffeldes die Militärrebellion vortritt. Sebastopol in Händen der revolutionären Marine! Hurra! Das Gewitter macht über dem Kalteffel des Jariismus einen vollen Kreis: Sebastopol—Odesa—Kronstadt—Wladiwostok—Sebastopol! Der „schlimme Firtel“ des alten Rußland ist geklopft, es gibt kein Entrinnen mehr. Und nicht blinde, elementare Protestausbrüche sind es, wie vielleicht auch mancher Sozialdemokrat im Westen denkt: Sebastopol und Odesa sind alte — das Alter zählt jetzt in Rußland nach kurzen Jahren — Hochburgen der sozialdemokratischen Agitation. Auf dem „Potemkin“ führte die Sozialdemokratie das Steuer. Heute stehen

organisierte sozialdemokratische Matrosen an der Spitze des Aufstandes in Sebastopol.

Wir erhielten gestern bereits die folgende Privatdepesche: Sebastopol, 26. November, 8 Uhr 40 Min. abends. Soeben fand eine grandiose friedliche Demonstration der Matrosen und Soldaten statt, die eine Besserung ihrer Lage und Entlassung der Reservisten, sowie politische Freiheiten fordern. Der Festungskommandant, der auf die Demonstranten zu schießen drohte, ist von den Soldaten verhaftet worden. Die bereits aufgepflanzten Feldgeschütze wurden von den Kanonieren fortgeschafft. Die Situation ist äußerst gespannt, doch erwarten wir angesichts des ersten und ruhigen Verhaltens der Mannschaften einen friedlichen Ausgang.

Wir teilen unsrerseits diese Hoffnung nicht, da die Schergen des Jariismus mit tödlicher Sicherheit auch hier zum Nord und zur Brandstiftung durch Foltergeißel greifen werden, um die herrliche Bewegung des Militärs unter einer Flut von Schmutz und Verbrechen zu erstickten.

Die offiziellen Depeschen melden: Petersburg, 27. November. Die „Kowoje Wremja“ meldet aus Sebastopol: Auf der Verammlung in den Marinelafernen waren Deputierte vom Sanzerichif „Panteleimon“ (früher „Potemkin“) und vom Kreuzer „Otschalow“ anwesend; andere auf der Koede liegende Kriegsschiffe stehen die von den Reuterern signalisierte Aufforderung sich anzuschließen, unbeantwortet. Das Regiment Drel lagte sich von den Reuterern los und marschierte nach dem Lager, wo alle treuen Truppenteile zusammengekommen sind. Die militärische Obrigkeit verhielt sich abwartend. Die Wasserleitung wird militärisch bewacht; die jährliche Bevölkerung sinkt.

Dem Blatte „Ruf“ wird gemeldet, daß die Reuterer den Festungskommandanten Repljew und den General Sjedelnikow verhafteten, beide aber wieder freiließen. Die Kommandanten und andere Offiziere der Kriegsschiffe wurden festgenommen. Die Artillerie schloß sich der revolutionären Bewegung an. Aus Simferopol traf ein litauisches Regiment in Odesa ein; auch aus Patlograd sind Truppen ausgerückt. Admiral Tschukin übergab das Kommando an den Korpskommandeur General Wöller-Salomeloh. Eine Sappeurkompanie ist zu den Reuterern übergegangen; diese haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt. Am Abend ließen alle Schiffe durch Abordnungen den Reuterern ihre Sympathie erklären. Die Schienen sind bis Inzerman aufgerissen.

Petersburg, 26. November. Nach Meldungen des Admirals Tschukin nimmt die Meuterei unter den Matrosen der Schwarzen Meerflotte infolge andauernder sozialistischer Propaganda ersten Charakter an. Ausbreitungen und Plünderungen gegen Zivilpersonen sind bisher nicht vorgekommen.

Sebastopol, 26. November. Die meuternden Matrosen sandten dem Admiral Pirajewsky einen Sarg mit der gleichzeitigen Aufforderung, die Stadt innerhalb dreier Tage zu verlassen. Die Meuterei nimmt ständlich größeren Umfang an.

Sebastopol, 26. November. Die Lage ist äußerst ernst; man hofft insofern, Plünderungen zu verhüten. Matrosen, Soldaten und Arbeiter veranstalten Straßenumzüge unter Vorantragung roter Fahnen.

Das Echo im fernen Osten.

Wladiwostok, 27. November. (Meldung der Peterdurger Telegraphen-Agentur.) Unter den aus Japan zurückgekehrten Soldaten macht sich zunehmende Unruhe bemerkbar. Sie sind unzufrieden, weil sich bei der großen Menge ihr Abtransport in die Heimat verzögert; es treffen immer neue Transporte von Kriegsgefangenen aus Japan ein. Western weigerte sich ein Soldat aus Port Arthur demonstrativ, einen Offizier zu grüßen und überschüttete ihn mit Schimpfreden. Der Offizier ließ hierauf den Soldaten nieder. Um ihren Kameraden zu rächen, verurteilten die Soldaten, das Offiziersklosto anzuzünden, in dem sich vier Offiziere befanden, die von ihren Revolvern Gebrauch machten. Drei Offiziere wurden getötet, einer verwundet. Die Zahl der verletzten Soldaten ist nicht bekannt. Kosaken stellten die Ruhe wieder her. Von den aufrehrischen Soldaten wurden 47 Mann verhaftet, unter ihnen sieben Rädelstücher.

Der Generalfreist vor einem neuen Anlauf.

Petersburg, 26. November. Der Ausstand in Moskau gewinnt fortgesetzt an Ausdehnung. Die Arbeiter demonstrieren täglich Fabriken sowie Privathäuser. (Sicherlich eine offiziöse „Verwechslung“: Regierungslumpen nicht Arbeiter.) Die in den letzten Tagen durch die Streikunruhen verursachten Verluste belaufen sich auf etwa eine Million Rubel. Die Kolonnafische Maschinenbauanstalt wird am 26. November geschlossen; die gegen 600 Mann betragende Arbeitererschaft wird entlassen. Der Straßenbahner ausstand dauert fort.

Petersburg, 26. November. Die Zahl der Ausständigen in Petersburg beträgt jetzt 24 000 Mann.

Der Bauernaufstand dehnt sich aus!

Petersburg, 26. November. Die agrarischen Unruhen haben sich nunmehr auch auf die Gouvernements Kaschajzu und Smolensk ausgedehnt. Im Gouvernement Woroneß steckten Bauern das Eigentum des Herzogs von Oldenburg in Brand.

Der „Lokal-Anzeiger“ bringt die folgende Privatdepesche: Moskau, 26. November. Diese Woche tagte hier der Delegiertenkongress des Bauernbundes. Etwa 100 Delegierte waren erschienen. Die mit großer Leidenschaft geführten Verhandlungen waren von rein revolutionärem Geist erfüllt. Hauptgegen-

Hand der Tagesordnung bildete die wirtschaftliche Forderung des Bauernstandes und die Agrarreform. Der Kongress forderte die Kommunalisierung des Grund und Bodens und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung, welche die Anwendung des Bodens an die Gesamtheit auf legislativem Wege durchzuführen soll. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so wollen die Bauern alle Gutsbesitzer boykottieren, den landwirtschaftlichen Generalkongress proklamieren, die Steuerzahlungen, die Stellung von Rentkonten und Referenzen verweigern, alle Einlagen aus den Sparkassen und Banken nehmen und die Prämienbuden gewaltsam schließen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. November.

Die Städte gegen die Junker?

Als Kundgebung der Städte gegen die Junker mag mancher sich den „Ersten Deutschen Städtetag“ gedacht haben, der am Montag in Berlin im Saale des Abgeordnetenhauses zusammentrat, um zur Frage der Fleischnot Stellung zu nehmen. Doch den Junkern werden die Verhandlungen dieses Städteparlamentes nicht sehr imponieren. Vor allem deshalb nicht, weil sie die Macht haben und nicht die Städte; und zweitens deshalb nicht, weil die Vertreter der Städte in ihrem Protest gegen die agrarische Auswucherung des Volkes so zarte Töne anschlugen, daß man fast auf die Vermutung kommen könnte, es sei nicht ernst gemeint.

Den ausführlichen Bericht finden unsere Leser an anderer Stelle des Blattes. Die Referate der Herren Stadtverordneter Dove-Berlin, Oberbürgermeister Koerte-Königsberg und Magistratsrat Beckh-München waren von so ermüdender Nüchternheit, daß die Teilnahme der Zuhörer schon bei den Ausführungen des zweiten Redners nachzulassen begann und bei denen des dritten Redners vollends erlahmte. Erst die Diskussion weckte wieder ein lebhaftes Interesse, zumal da gleich der erste Diskussionsredner, der Bürgermeister Wadewitz-Weißensee, sich rückhaltlos für die „umfassende Handelsvertragspolitik“ der deutschen Reichsregierung aussprach. Die Rede des agrarierfreundlichen Weißenseers diente dem Stadtverordneten Cassel-Berlin als erwünschte Folie für seine eigenen Ausführungen. Wadewitz' Vorwurf, daß jeder Vorstoß gegen die von ihm gepriesene Politik „unational“, ja sogar „antinationale“ sei, brachte Herrn Cassel gewaltig in Harnisch. So etwas läßt kein Freisinniger auf sich sitzen! Stadtverordneter Marx-Frankfurt a. M., der auf Cassel folgte, bezeichnete sich als „Vertrauensmann des deutschen Fleischergewerbes“ und sprach in diesem Sinne. Bürgermeister Fahnang-Künster erklärte sich gegen „rückwärtslose“ Deffnung der Grenzen.

Die Vorfrist, mit der nicht nur die Referenten, sondern auch alle bisherigen Diskussionsredner in möglichst schonenden Worten an dem Kern der Sache vorbeigeredet hatten, wurde vom Stadtverordneten Singer-Berlin geachtet. Genosse Singer fand das richtige Wort, als er die junkerlich-agrarische Raubpolitik brandmarkte, unter der die Bevölkerung Deutschlands leidet. Das vernichtende Urteil, das er über das gemeinschädliche Treiben der Lebensmittelvertreiber fällte, ging schließlich einem Teil der freisinnigen Städtvertreter zu weit. Sie gaben ihren Unwillen in lärmenden Zwischenrufen kund. Der Vorschlag, daß einmal die Städte selber den Versuch machen sollen, die Fleischversorgung der Bevölkerung in die Hand zu nehmen, war von den meisten der Vordredner bekämpft worden. Singer zeigte, daß sich hier den Kommunen eine Aufgabe bietet, deren Lösung manches zur Linderung der Fleischnot beitragen kann. Aber das Wichtigste sei freilich eine völlige Befreiung der Lebensmittelzölle. Die Resolution wage diese Forderung nicht zu stellen, und bei der Zusammenfassung dieses Städteparlamentes sei es leider aussichtslos, die nachträgliche Einfügung in die Resolution vorzuschlagen. Oberbürgermeister Vender-Breslau begründete die Zähigkeit der Resolution damit, daß man eine möglichst einmütige Kundgebung zustande bringen wolle. Gegen diese Begründung wandte sich in temperamentvoller Rede der Stadtverordnete Ulrich-Offenbach, der seiner Enttäuschung über die hier auf dem Städtetag bekundete Schwäche des Bürgerturns Ausdruck gab. Genosse Ulrich rief einen kleinen Enttäuschungsturm hervor, als er über die Sanftmut der Leitfänger spottete und auf den viel wirksameren Protest hinwies, den die breite Masse der Bevölkerung bei den Wahlen einzulegen pflege.

Nachdem der Debatte durch einen Schlußantrag ein Ende gemacht worden war, nahm der Städtetag fast einstimmig die ihm vorgelegte Resolution an, die in der Forderung gipfelt, die Grenzen für die Einfuhr ausländischer Schecks zu öffnen. Der Vorschlag, die Fleischversorgung den Kommunen zuzuwenden, wurde in § 4 der Resolution für ein ungeeignetes Abhilfsmittel erklärt. Gegen diesen Paragraphen stimmten die sozialdemokratischen Delegierten des Städtetages, deren Gruppen sieben Mann stark war.

Das „kräftige Wörtchen“, das auf dem deutschen Städtetag mit der Regierung und ihren Junkern gesprochen werden sollte, ist nicht von den Vertretern des freisinnigen Bürgerturns, sondern höchstens von den Sozialdemokraten gesprochen worden. Auf das kräftige Wort soll die Kraftvolle Tat folgen, die allein zu imponieren vermag — die Kraftvolle Tat bei den nächsten Reichstagswahlen.

Gewerkschaftskretinismus.

Es war bisher der Stolz der deutschen Arbeiterbewegung und nicht zuletzt der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß sie den bornierten und exklusiven Geist, der die Arbeiterbewegung Englands lähmt, nicht kannte, daß sie frei war von dem Gewerkschaftskretinismus, dessen stumpfer Blick nur die engsten Berufsinteressen umfaßt und für die großen sozialen und politischen Fragen der Arbeiterklasse vollständig blind ist. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung fühlte sich stets als Glied der gesamten Arbeiterbewegung, als Träger des proletarischen Kampfes, dessen historische Aufgabe es ist, die Lage der ganzen lohnarbeitenden Klasse materiell zu heben, ihre politischen Rechte zu erweitern und schließlich das kapitalistische System überhaupt durch die sozialistische Gesellschaft zu ersetzen.

Es ist dem Redakteur des Organs des Deutschen Buchdruckerverbandes vorbehalten geblieben, der deutschen Gewerkschaftsbewegung diesen Charakter dadurch freitrag zu machen, daß er das ihm anvertraute Blatt fortgesetzt dazu mißbraucht, den Geist des tiefsten Gewerkschaftskretinismus zu verbreiten. So auch wieder in der letzten Nummer des „Correspondent“, wo er den Jahresbericht des Verbandes durch einen Ausfall gegen die Massenbewußte deutsche Arbeiterklasse verunzert, der ihm den enthußartigen Beifall bürgerlicher Blätter einträgt. Nachdem in dem Artikel das Vermögen des Verbandes auf 5 990 060 M. angegeben worden ist, heißt es:

Rechnen wir davon rund 4 Millionen verfügbar für Streikunterstützung und folgten dann den fixen Lasten Lodungen der Generalstreikpostel à la Rosa Luxemburg, so wäre die ganze Herrlichkeit auch bald zu Ende — und das Hunger für die Überzeugung könnte seinen Anfang

nehmen. Sind wir dann bei der Glend- oder richtiger der elenden Theorie angelangt, dann, ja dann endlich käme die Befreiung, und das Sammeln von Fonds könnte unter den schwierigsten Umständen von neuem beginnen. Nach mehreren Deggennien von Jahren, wenn dann endlich wieder eine nennenswerte Summe beisammen wäre, könnten nochmals solche moderne Heroskrateen entstehen, die mit dem Massenstreik, der direkten Aktion oder sonst welchem modernen Altheilmittel der Masse des Volkes wohl ein Brillantfeuerwerk von wenigen Tagen vormachen könnten, im übrigen aber die wirklichen Bedürfnisse unbefriedigt ließen. Hier trifft das Goethe'sche Wort in „Faust“ zu:

„Ich sag' es dir: ein Kerl, der spekuliert,
Ist wie ein Tier auf dürre Heide,
Von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt,
Und rings umher liegt schöne grüne Weide.“

Man hat es in Gewerkschaftskreisen oftmals Parteigenossen verdacht, daß sie überhaupt von der Möglichkeit gesprochen, daß auch in Deutschland der Geist der Nichts-als-Gewerkschafterei jemals Anflug finden könne. Hier zeigt sich dieser für unmöglich gehaltene Gewerkschaftskretinismus förmlich in Reinkultur!

Wie liegen die Dinge? Der Paritätstag in Jena, die Vertretung von 3 Millionen deutscher Proletarier, darunter vieler hunderttausende gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, verhandelte über die Lebensfrage der deutschen Arbeiterklasse, über die Verteidigung und Erfämpfung der elementarsten Volksrechte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Er beschloß nach reiflicher Debatte eine Resolution, durch die der politische Massenstreik als Mittel der Abwehr gegen freche Staatsstreichversuche der herrschenden Klassen bezeichnet wird. Diesen Beschluß der Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu verhöhnen und giftig zu begeiern, wird nun das Organ des Deutschen Buchdruckerverbandes seit Wochen nicht müde, bis es denn heute den Standpunkt des nacktesten Verfallens, des stüpesten Gewerkschaftskretinismus proklamiert! Wenn das Gegeirere überhaupt einen Sinn hat, dann nur den: Die Gewerkschaften, die gefüllte Klassen haben, haben sich den Teufel um Anschläge gegen die politischen und wirtschaftlichen Grundrechte der Arbeiterschaft zu kümmern. Es sehe jeder, wo er bleibe! Wahlrecht, Versammlungsrecht, Pressefreiheit, Koalitionsrecht, all das ist nicht wert, daß sich die Gewerkschaften der Gefahr aussetzen, ihre Klassen zu leeren. Das ist der Standpunkt der Nurgewerkschafterei, wie er in England und Amerika florierete und zum Teil noch floriert. Auch die englischen Gewerkschaften waren ja der Chartistenbewegung gegenüber läßt bis ans Herz hinan, mit dem Erfolge, daß jetzt nach hundert Jahren gewerkschaftlicher Praxis, die englischen Arbeiter mit dem ABC des Massenkampfes beginnen müssen, um auch nur ihre gewerkschaftliche Existenz zu sichern!

Wir wissen, daß die Masse der deutschen Arbeiter nicht daran denkt, die Bahnen der Arbeiter zu wandeln, daß auch die Majorität der deutschen Buchdrucker selbst den ihr empfohlenen Gewerkschaftskretinismus mißbilligt. Trotzdem wäre es eine Pflichtvergessenheit, solche Symptome nicht rechtzeitig an den Pranger zu stellen! —

Zur politischen Lage.

London, 24. November. (Eig. Ber.) Vor etwa acht Tagen meldeten wir, daß die Gerüchte über eine bevorstehende Parliamentsauflösung weitere Formen annehmen. Seitdem ist die politische Krise noch schärfer geworden. Die offiziellen Mitteilungen über die Lage häufen sich, die öffentliche Meinung wird gespannt, jedoch läßt sich ein genaues Datum der kommenden Hauptwahlen noch nicht angeben. Sicher ist nur, daß die gegenwärtige konservative Regierung spätestens im Januar 1906 ihren Rücktritt vollzogen haben wird.

Die zerstückende Kraft der konservativen Partei ist Mr. Chamberlain. Seine Kollagitation hat die Partei in drei Richtungen gespalten. Und die Spaltung wird immer schärfer. Zuerst kommt die freihändlerische Richtung, die also jede Aenderung der Zollpolitik ablehnt. Ihr gehören an: ein kleiner Teil des hohen Adels, wie der Herzog von Devonshire, Lord Hugh Cecil (der Sohn des verstorbenen Lords Salisbury), ferner die konservativen und liberal-unionsfähigen Finanzleute, Redner, Handelsmagnaten usw. Diese Richtung ist numerisch nicht stark, aber ihr Einfluß ist bedeutend. Die zweite Richtung ist die von Balfour und Lansdowne geleitete, die nur zollpolitische Mittel will, um günstige Handelsverträge abzuschließen zu können; dies ist die Richtung der „Retaliation“, d. h. der zollpolitischen Wieder Vergeltung. Ihre Anhänger sagen, daß die Möglichkeit der Retaliation das englische Freihandelsystem stärken wird. Sie wollen also als Waffe einen Generaltarif gegen den unlauteren Wettbewerb. Sie sagen: Die deutschen Löhne sind niedriger als die englischen, die deutsche Arbeitszeit ist länger, und die deutschen Märkte sind auch noch geschützt! Die Nachteile der englischen Konkurrenz seien so bedeutend, daß eine Rückhilfe nötig ist. Es wäre nur recht und billig, daß England wenigstens seinen eigenen Markt verteidige. Die dritte Richtung ist die von Mr. Chamberlain geleitete. Sie will — alles, was Mr. Balfour will, aber außerdem noch Lebensmittelszölle, um den britischen Kolonien eine Vorzugsbehandlung angedeihen lassen zu können und sie ans Mutterland zu binden.

Wie stark diese beiden Richtungen sind, läßt sich mit Gewißheit nicht sagen. Aber aus dem Versuche Balfours, von der Regierung zurückzutreten, darf geschlossen werden, daß Chamberlain die Oberhand in der Partei gewinnt.

Nach der ganzen Sachlage wäre es verwegen, über die Zukunft der konservativen Partei prophezeien zu wollen. Vorläufig ist ein Sieg der liberalen Partei sicher. Und wenn diese ihre Versprechungen den Arbeitern gegenüber erfüllt, so kann sie mehrere Jahre am Ruder bleiben. —

Deutsches Reich.

Der „Bund der Industriellen“, der, 1895 in Berlin gegründet, zunächst in einem gewissen Gegensatz zu dem „Zentralverbande deutscher Industrieller“ stand, hat in den letzten Jahren mehr und mehr in des letzteren Fahrwasser eingelenkt und läßt sich jetzt genau ebenso wie dieser von der hochschützlerisch-imperialistischen Strömung treiben. Der Unterschied ist nur, daß er weit einflußloser ist als sein größerer Rivale, und sich noch hin und wieder in kleineren Anrempelungen der Agrarier gefällt — ein Extraverhängnis, auf das der Zentralverband in stiller Resignation längst verzichtet hat.

Wie wohlig sich der Bund im imperialistischen Fahrwasser fühlt, zeigte die heute im „Russischen Hof“ abgehaltene Hauptversammlung, die einstimmig folgende Flottenresolution annahm:

„Die im vorigen Jahre von der Generalversammlung des Bundes der Industriellen ausgesprochene dringende Notwendigkeit eines schnelleren Ausbaues der deutschen Flotte erscheint durch die Novelle zum Flottengesetz nicht genügend berücksichtigt. Ohne eine Aenderung des Flottengesetzes anzustreben, hält der Bund der Industriellen es für erforderlich, daß jede erreichbare Beschleunigung bei der Verstärkung der deutschen Seemacht in die Vorlage aufgenommen wird.“

Keiner der Redner hatte etwas gegen diese patriotische Spottgeburt einzuwenden; gefordert wurde nur, daß die Kosten der Flottenvermehrung nicht der deutschen Industrie auferlegt würden. Besonders wurde gegen die Luitungs- und Frachtsteuererhöhung geäußert. Gegen die Bier- und Tabaksteuer hatten die im Bund vereinigten Herren Industriellen weniger ernste Bedenken, zumal Brauereibesitzer unter ihnen nicht vertreten waren.

Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete ein Referat des Vorsitzenden des „Verbandes deutscher Mineralwasser-Fabrikanten“, des Herrn Lohmann-Berlin, über den „Warenzeichenraub“. Nachdem auch diese geistige Strapaze überstanden war, ging es an die Vorbereitung zum großen Souper. —

Der Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1906 schließt in Ausgabe und Einnahme des ordentlichen und des außerordentlichen Etats mit 2 406 274 990 M. (+ 101 042 638 M.) ab.

Im ordentlichen Etat betragen die fortdauernden Ausgaben 1 898 421 152 M. (+ 130 205 200 M.), darunter für Verwaltung des Reichsheeres 615 008 178 M. (+ 19 604 783 M.), Verwaltung der kaiserlichen Marine 112 802 035 M. (+ 7 755 544 M.), Reichs-Eisenbahnen 424 700 M. (+ 14 140 M.), Reichsschuld 127 555 500 M. (+ 18 945 550 M.), Allgemeiner Pensionsfonds 91 259 149 M. (+ 9 864 592 M.), Reichs-Invalidentfonds 35 317 248 M. Die einmaligen Ausgaben betragen 248 231 248 M. (+ 23 680 025 M.), darunter für Verwaltung der kaiserlichen Marine 102 290 650 M. (+ 6 081 200 M.), Reichs-Kolonialamt 19 785 214 M. (+ 676 218 M.). Die Summe der Ausgabe des ordentlichen Etats beträgt also 2 146 642 400 M. (+ 150 894 285 M.).

Die Ausgaben des außerordentlichen Etats betragen 259 632 599 M. (+ 31 148 858 M.), für die Verwaltung des Reichsheeres 32 422 127 M. (— 505 470 M.), die Verwaltung der kaiserlichen Marine 11 065 000 M. (+ 5 036 000 M.), die Expedition nach Ostafrika 13 048 512 M. (+ 388 907 M.), die Expedition in das Südwafrika-Schutzgebiet 103 142 100 M. (+ 21 801 490 M.), die Expedition in das Ostafrika-Schutzgebiet, neu, 1 438 800 M.

Der Haushaltsetat der Schutzgebiete schließt in Einnahme und Ausgabe mit 149 435 424 M. (+ 24 179 034 M.) ab. Es entfallen auf das Ostafrika-Schutzgebiet 11 717 208 M., Reichszuschuß 7 059 827 M.; Kamerun 5 824 995 M., Reichszuschuß 3 252 095 M.; Togo 3 031 030 M., kein Reichszuschuß; das Südwafrika-Schutzgebiet 111 735 300 M., Reichszuschuß 109 911 500 M.; Neu-Guinea 1 504 240 M., Reichszuschuß 1 108 963 M.; Karolinen 615 365 M., Reichszuschuß 482 550 M.; Samoa 809 280 M., Reichszuschuß 323 331 M.; Niunkon 14 398 000 M., Reichszuschuß 13 600 000 M. Die Summe der Reichszuschüsse beträgt demnach insgesamt 135 797 796 M. gegen 109 619 886 M. des vorjährigen Etats (also + 26 178 380 M.), und abzüglich des Zuschusses für Niunkon 122 197 766 M. gegen 99 950 386 M. im Rechnungsjahr 1905 (+ 27 238 380 M.).

Sozialdemokratische Handelspolitik.

Durch die bürgerliche Presse läuft ein Auszug aus der Finanz-Wochenchrift „Plutus“, in welchem Georg Bernhart die Stellungnahme Schuppels zu den deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen verteidigt und der sozialdemokratischen Partei die Abwendung von der englischen Freihandelslehre empfiehlt. In seiner Akzeptation des Schuppelschen „Produzentenstandpunktes“ sagt er von der „freihändlerischen Handelspolitik“ der deutschen Arbeiter-

„Sie will dem Arbeiter billiges Brot schaffen. Aber was ist billig? Ein sehr relativer Begriff. Auch billiges Brot kann zu teuer für Arbeiter sein, denen der Fabrikant, der von der Auslandskonkurrenz bedroht ist, den Lohn herabsetzt. Wenn Deutschland heute in der Situation wäre wie England im Beginn der fünfziger Jahre, so würde billiges Brot die Situation der Arbeiter verbessern, da eine weltbeherrschende Industrie ihnen die Chance ausrichtlicher Lohnkämpfe böte. Aber die Welt steht heute in Stillwasser. In Amerika ist längst erst wieder die Revision des Zolltarifs abgelehnt worden. ... Die Aushair der Union besteht nicht mehr, wie früher, allein aus Agrarprodukten, die wir notwendig brauchen. Und das gibt uns jetzt Waffen in die Hand, wie wir sie wirksamer nie besaßen. Und diese Waffen sollen wir ungenutzt sein lassen? Kann die Arbeiterpartei es verantworten gegenüber dieser Situation, sich auf ein freihändlerisches Dogma zu versteifen. Die Maximen der Handelspolitik sind nicht durch Dogmen und Prinzipien im Einzelfall zu bestimmen.“

Die deutsche Sozialdemokratie steht handelspolitisch auf einem Scheidewege. Die eine Gabel des Weges führt zur Höhe der Macht, die andere zum Niedergang. Als Mitglied dieser Partei glaubte ich nicht länger schweigen zu können. Ich hielt es für meine Pflicht, von dieser Tribüne aus, die auf keiner Partei, sondern lediglich auf meiner Ueberzeugung errichtet ist, laut und deutlich zu sprechen. Es handelt sich jetzt darum, ob die große deutsche Arbeiterpartei Schuppel und Salwer oder Antrid in ihrer Handelspolitik folgen will.

Einige Blätter erblicken in diesen Ausführungen die Symptome einer fortwährenden inneren Zerfegung unserer Partei. Sie betonen damit nur, wie wenig sie über die Verhältnisse und Anschauungen in den sozialdemokratischen Reihen unterrichtet sind. Bernhard ist völlig einflußlos. Wie man in der Sozialdemokratie über Schuppels handelspolitische Ansichten denkt, hat die einmütige Ablehnung seiner letzten Schrift durch die ganze Parteipresse zur Genüge betwiesen. —

„Berliner Volkszeitung.“

Im Waffenschein Zeitungskampf betriebe scheint die schon kürzlich von uns konstatierte Neurasthenia frontalis ein Blatt nach dem anderen zu ergreifen. Vom „Berliner Tageblatt“ ist sie auf dessen kleinere und billigere Zwillingsschwester, die „Berl. Volksztg.“, die sich den belannten Neulautschen Auspruch als Maxime erkoren hat, übergesprungen. Das gemüthliche Blättchen schimpft in besorgniserregender Eglolation über die „journalistischen Streifbretter“ des „Vorwärts“, weil wir darauf hingewiesen haben, daß es nach dem Abschluß der Artikelserie der „Nordd. Allgem. Ztg.“ nichts Wichtigeres zu tun fand, als in einem besonderen Leitartikel über die Schädlichkeit der Automobilsteuer zu philosophieren.

„Durch diese unansändig verlogene Wendung“, meint das ehrsame Blatt, soll natürlich der blindgläubige Leserkreis des „Vorwärts“ in den Glauben verfehrt werden, wir billigten die neuen Steuern mit Ausnahme der Automobilsteuer. In Wahrheit haben wir gegen die Erhöhung der Tabaksteuer bereits in den letzten Wochen eine Anzahl von Artikeln veröffentlicht, in denen gerade mit Rücksicht auf die traurige Lage, in die durch die geplante Erhöhung zehntausende von Tabakarbeitern verlegt werden würden, mit aller Entschiedenheit gegen die Tabaksteuererhöhung Front gemacht worden ist. Ebenso haben wir uns oft genug bereits gegen die höhere Belastung des Bieres ausgesprochen, und zwar gleichfalls im Interesse des kleinen Mannes, der dem Schnapskonsum in die Arme getrieben wird, wenn man ihm das Bier verteuert.“

Es ist richtig, das Blatt hat sich gelegentlich auch schon einige wohlfeile Redensarten gegen die Tabak- und Biersteuer geleistet. Aber leider sind wir so verstockt, diese Leistungen der „Volksztg.“ nicht recht ernst zu nehmen. Intenalen sie noch immer nicht erklärt hat, auf welche Weise sie die Kosten für die neuen Flottenvergrößerungen decken will. Oder ist vielleicht gar die „Volksztg.“, trotzdem bisher nichts davon zu veripären war, gegen die Flottenvorlage? Dann bitten wir sie, sich mal ihre im gleichen Verlage erscheinende Zwillingsschwester vorzunehmen und bei dieser wegen ihrer Flottenneurasthenie die Raftwaffenbehandlung in Anwendung zu bringen. Wenn sie das fertig bringt und dadurch wenigstens zum Teil den Beweis ihrer behaupteten Unabhängigkeit erbringt, verschieben wir uns vielleicht zu einer schönen Ehrenerklärung nach berühmtem Modell. Also bitte, edle Tugendtrose! —

Sieben kleine Kreuzer zwief!

In der „Staatsbürger-Ztg.“ macht ein Fachmann bei der Nachprüfung der neuen Flottenvorlage die überraschende Entdeckung, daß

Dort stehen keine Kreuzer in den Tabellen der zu bauenden Schiffe mehr aufgeführt werden, als angeblich gefordert sein sollten! Das Blatt schreibt:

Wir erhalten somit 21 Schiffe, die bis 1917 Dienst tun müssen; es fehlen also dann am Sollbestand 38 weniger 21, das sind 17 Schiffe. Der Bauplan dagegen enthält 24! Es sind also im Bauplan sieben Schiffe zu viel aufgeführt! Da diese 7 Schiffe jedes 6,38 Millionen Mark kosten sollen, so enthält natürlich auch der Etat 44 Millionen 660 Tausend Mark zuviel!

Wo kommen diese merkwürdigen sieben Kreuzer aber her? Ein Blick auf die „Begründung“ zur Novelle belehrt uns darüber. Es heißt da: „Die Mehrforderung betrug 6 große und 7 kleine Kreuzer.“

Diese sieben kleinen Kreuzer also sind es, welche im Bauplan ganz unversichert aufstehen. Da es gänzlich unklar ist anzunehmen, die Marineverwaltung habe den listigen Versuch gemacht, sie möglichst unauffällig wieder einzuschmelzen, in der Erwartung, daß das Geseß etwa unversehens ein bloc zur Annahme gelange, so bleibt zur Erklärung nur ein Versehen — allerdings ein etwas starkes Versehen — im Reichsmarineamt übrig.

In der Tat ein überaus seltsames „Versehen“. Seitdem man sich im Südwestafrika-Etat so auffallend geirrt hat, ist es allerdings doppelt nötig, alle Berechnungen der Regierung mit der größten Aufmerksamkeit nachzuprüfen! —

Nur kein Appell an die Wähler!

Im „Tag“ erörtert der Abgeordnete Krenndt die Frage einer Reichstagsauflösung. Er meint, wenn der jetzige Reichstag bei der Flottenvorlage und der Finanzreform Schwierigkeiten machen werde, könne sich die Regierung getrost ans Volk wenden. Davor warnt ganz entschieden die „Deutsche Tageszeitung“ in einer „Gefährlicher Optimismus“ betitelten Notiz:

Die Verdrängung zu diesem unfernen Trachten zu roßigen Optimismus leitet der genannte Abgeordnete aus den Ergebnissen der Reichswahlen zum Reichstage her, die nach seiner Meinung bewiesen haben sollen, daß das deutsche Volk noch im Kern gesund genug sei, um die sozialdemokratischen Schädlinge zu überwinden. Wir möchten dringend davor warnen, sich einem solchen Optimismus hinzugeben. Gewiß haben die Nachwahlen der Sozialdemokratie einige empfindliche Schlägen beigebracht; aber die Partei hat auch in einigen, besonders industriellen Kreisen eine namhafte Vermehrung ihrer Stimmen zu verzeichnen. Aus Nachwahlen irgend welche allgemeinen Schlüsse zu ziehen, ist überhaupt nicht möglich.

Das Junfermann feint die Volkstimmung viel zu gut, um sich Täuschungen hinzugeben. Es weiß, daß eine Reichstagsauflösung unter dem Zeichen der Flottenvorlage und der neuen Steuerentwürfe der Reaktion äußerst gefährlich werden würde! —

Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter veranstaltet am Niederrhein Vollerwerbungsversammlungen, um Stellung gegen die geplante Tabaksteuererhöhung zu nehmen. In einer Anzahl Städte des Kreises Kleve-Geldern, wo die Tabakindustrie vorherrschend ist, haben schon fünf Versammlungen stattgefunden. Ueberall wurde eine Resolution angenommen, die dem Abgeordneten des Kreises Dr. Marcour überreicht werden soll. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die von dem Verbande christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands einberufene Versammlung erhebt Einspruch gegen jede von der Reichsregierung geplante Tabaksteuererhöhung, weil durch Mehrbelastung des Tabaks das ohnehin schlecht bestellte Erwerbsleben in der Tabakarbeiterkategorie noch weiter herabgedrückt würde infolge von Lohnabzügen und besonders durch die bestimmt eintretende Arbeitslosigkeit meist schwächerer Arbeiter.

Das Zentrum und mit ihm der Abgeordnete Dr. Marcour wird sich durch die Resolution nicht abhalten lassen für die geplante Tabaksteuer zu stimmen, winkt ihm doch die Volkskammerunterhaltungs-Vorlage.

Die Sozialdemokratie in den Landtagen. Durch die letzten Wahlen in Lübeck und Hessen hat sich die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in den „deutschen Landesparlamenten“ wiederum vermehrt. Es sitzen jetzt Sozialdemokraten in den Landtagen folgender Staaten: Bremen 19, Hamburg 18, Bayern und Baden je 12, Mecklenburg 8, Württemberg, Hessen, Meiningen je 7, Ansburg-Gotha 6, Pommern 5, Oldenburg und Lüneburg je 4, Altbayern und Lippe je 3, Weimar und Anhalt je 2, Sachsen, Elsaß-Lothringen und Pommern je 1.

Die Reichstagswahl in Chemnitz.

Die „Post“ äußert die schärfste Hoffnung, daß es vielleicht möglich sein werde, bei der Reichstagswahl in Chemnitz den seit 1890 ununterbrochen von der Sozialdemokratie behaupteten Wahlkreis zurückzuerobern. Schon 1884 hat die Sozialdemokratie den Wahlkreis mit einem Vorsprung von 3000 Stimmen erobert gehabt, um ihn 1887 wieder an die Nationalliberalen zu verlieren. Da sich bei der letzten Wahl nur 83,7 Proz. der Wähler an der Wahl beteiligt hätten, seien noch circa 6000 Wähler bei energischer Agitation heranzubringen. Hingegen, daß Schippel geborener Chemnitzer und altbekannt und beliebt gewesen sei, während ein Reutling solche Chancen nicht besitze. Außerdem müsse man bedenken, daß sich seit 1903 der ständische Dresdener Parteitag und die jüngsten, haarsträubenden Vorgänge in der Partei ereignet hätten.

Die „Post“ wird an ihre Illusionen in Ernste selbst schwerlich glauben. Erhielt doch Schippel 1903 nicht weniger als 34 266 von 51 239 insgesamt abgegebenen Stimmen. Selbst wenn also diesmal die Wahlbeteiligung 100 Prozent betragen würde und sämtliche Wähler gegen den Sozialdemokraten stimmten, wäre an dem sozialdemokratischen Siege nicht zu rütteln.

Trotzdem ist es selbstverständlich, daß unsere Genossen in Chemnitz mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten werden. Gilt es doch nicht nur den Kreis zu behaupten, sondern zugleich auch eine Stimmenzahl aufzubringen, die allen schmerzhaften Illusionen ein für allemal den Todesstoß versetzt! —

Das sächsische Wahlrecht soll bleiben!

Aus Dresden wird vom 27. November gemeldet: Auf der Tagesordnung der zweiten Kammer stehen die Interpellationen der Nationalliberalen und der Freiwiligen betreffend die Neuordnung des Wahlrechts für die zweite Kammer. Nachdem Abgeordneter Schiel (natl.) seine Interpellation begründet und sich dabei auf die während des letzten Landtags von der Regierung veröffentlichte Denkschrift berufen hat, führt Abgeordneter Baer (freil.) in der Begründung seiner Interpellation u. a. aus, daß die Reichstagswahl von 1903 die Leistung der sächsischen Landtagswähler für ihre Wahlentscheidung gewesen sei und eine Wahlrechtsänderung dringend notwendig mache. Wenn das Reichstagswahlrecht nicht akzeptabel sei, solle man das alte Landtagswahlrecht von 1868 wieder einführen, allerdings nur als Übergang zum Reichstagswahlrecht. Staatsminister v. Meißner erklärt, daß die Regierung keine Vorlage machen könne, welche sich auf dem Pluralismus aufbaue, und daß sie auch eine Vorlage auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechts nicht machen werde. Das Pluralistiksystem könne als ein gangbarer Weg zur Veränderung des Wahlrechts nicht anerkannt werden. Schon deshalb, weil es keine Kanteln gegen das Eindringen staatsfeindlicher Elemente biete; das Proportionalistiksystem sei zu kompliziert und mit einem Juridiktum kommen auf das Wahlgesetz von 1868 bei einer Erhöhung des Jenus dürfte den mit dem jetzigen Wahlrechte anzuschließen auch nicht gedient sein. Nach der gegenwärtigen Gestaltung der Verhältnisse könne die Regierung ein anderes Wahlrecht als das zurzeit bestehende nicht vorschlagen! Sie sei aber noch wie vor bereit, jedes vorgeschlagene System auf seine Verwendbarkeit hin zu prüfen und dann Vorschläge zu machen, wenn

damit die angegebenen Kanteln geschaffen seien und sie auf Zustimmung der Mehrheit beider Kammern rechnen könne. Pöhl (l.) gibt namens seiner konservativen Parteifreunde die Erklärung ab, daß diese den Standpunkt der Regierung teilen. Abg. Schiel (natl.) bedauert die abwartende Haltung der Regierung und wünscht baldige Vorlagen zur Änderung des Wahlrechts. Goldstein (Soz.) tritt den Ausführungen des Ministers und des Abg. Pöhl entgegen. —

Jaak Witboi hat kapituliert!

Endlich wird ein kleiner Erfolg aus Südwestafrika gemeldet:

Berlin, 27. November. Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs von Lindequist haben sich Samuel Jaak Witboi, sein Unterkapitän mit 17 Gehilfen und ihrem Anhang sowie der Kapitän der Feldwundtrager Hans Hendrik — insgesamt 74 Männer und 44 Weiber — in Verjaba freiwillig gestellt. Dabei sind 34 Gewehre abgeliefert worden. Ueber die Bedingungen der Uebergabe enthält die Meldung keine Angaben.

Man wird gut tun, den Erfolg einzuweilen nicht zu überschätzen. Handelt es sich doch nur um einen Teil der Leute des gefallenen Hendrik Witboi, Cornelius, Morenga und andere scheinbar noch im Felde. Immerhin böte sich jetzt vielleicht die Möglichkeit, auch die noch kampfbereiten Hottentotten zur Uebergabe zu bewegen, wenn man Jaak Witboi und die übrigen Kapitulanten mit aller Milde behandelte und dadurch Friedensverhandlungen anbahnte.

Berlin, 26. November. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Gustav Kowal, geboren am 25. 8. 83 zu Kalga, am 23. November d. J. im Lazarett Neermandshoop an Typhus gestorben.

Reiter Hermann Fühlbrück, geboren am 22. 5. 82 zu Pletthen, am 9. November d. J. beim Vaden im Fischfluh bei Gausis an Herzschlag gestorben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Jeder nach seiner Art.

Die „Christlich-sozialen“, des: antisemitische Wiener Kassenbände glaubte es sich schuldig zu sein, den gestrigen Sonntag durch eine „Demonstration“ zu verschönern. Droht doch die Sozialdemokratie mit ihren grandiosen Kundgebungen das Licht der Lueger-Zippe zum Erlöschen zu bringen. Die Art und Weise, in der die Wiener „Christlich-Sozialen“ nun demonstrieren, entsprach selbstverständlich ganz und gar ihren Roudytraditionen. Die Kundgebung sollte dem — allgemeinen Wahlrecht gelten! Sie hat bewiesen, daß die paar tausend Kerlschen, die der Antisemitenparole folgen, aus ihrer Haut nicht mehr heraus können.

In der Versammlung gab Ehren-Lueger sich den Anschein, eine Rede fürs allgemeine Wahlrecht zu halten. In Wirklichkeit versuchte er den Forderungen der österreichischen Arbeiterkassen ein paar lästige Forderungen zu versetzen. Nach der Versammlung produzierte sich der politische Clown Vielohrlawel nebst ein paar Freunden auf der Straße in seiner vollen Größe: Man verbrannte eine rote Fahne, beschimpfte den zufällig mit seiner Frau im Wagen vorbeifahrenden Statthalter Grafen Kielmansegg, vergriff sich in widerwärtigster Weise an Frauen und Mädchen, die in den Zug hineingerieten.

Am heutigen Dienstag demonstriert Wiens Proletariat in den Straßen der Reichshauptstadt. Da werden wir nichts von Belästigungen, nichts von Hülfeleien zu hören bekommen. Erhöhenen Hauptes, stolz auf ihre unantastbare Ehre wird Wiens Arbeiterkassen hunderttausendköpfig ihrem und des internationalen Proletariats goldenen Ehrenbuche ein neues Ruhmesblatt eintragen. —

Frankreich.

Der Mörder von Longwy freigesprochen!

Paris, 24. November. (Fig. Ver.) Vor dem Kriegsgericht in Chalons-sur-Marne fand gestern die Verhandlung gegen den Dragoner Raclot statt, der am 12. September bei einem Angriff auf streikende Arbeiter einen durchaus friedlichen Vergewaltiger namens Duart durch einen Langenstich tötete. Die Anklage machte sich die Anklage des Dragoners vollkommen zu eigen. Danach soll dieser, um einem Handgriff eines Arbeiters, der ihm die Lunge wegnehmen wollte, auszuweichen, die Waffe verlor, mit der Spitze nach abwärts gedreht, und bei diesem Manöver Duart, der an eine Mauer gelehnt stand, zufällig ins Herz getroffen haben! — Bei solcher Fassung der Anklage stand es von vornherein fest, daß Raclot, der nur der fahrlässigen Tötung beschuldigt war, billig wegkommen würde. Immerhin wies der Regierungskommissar darauf hin, daß Raclot die Lunge ohne Befehl, und ohne durch persönliche Gefahr zu gezwungen zu sein, gebraucht habe. Die Anklage selbst mußte zugeben, daß die Arbeiter keineswegs gewalttätig vorgegangen sind. Für den Angeklagten sprach es auch sicher nicht, daß er ruhig einen Wächter wegen der von ihm begangenen Tat hat in Unterdrückung ziehen lassen, und daß er erst gestand, als die Untersuchung den Verdacht auf ihn gelenkt hatte. Das Kriegsgericht sprach trotzdem den Angeklagten mit fünf gegen eine Stimme frei.

In diesem Urteilspruch gibt sich sicher weniger Mitleid mit dem einfüßigen Bauernburschen kund, den seine militärischen Erzieher nicht gelehrt haben, mit der Waffe vorsichtig umzugehen, als die demonstrative Absicht, den Protest der Soldateska gegen Anschauungen, wie sie Verleurer gerade in diesem Falle durchzuführen bemüht war, möglichst scharf und herausfordernd auszudrücken. Dieser Freispruch ist ein Werk schlimmster Klassen- und Rassenjustiz.

Dänemark.

Die dänische Regierung im Dienste des Zaren.

Am Sonnabendmittag sollte das Dampfschiff „Acturus“ von Kopenhagen nach Finnland abfahren und war bereits in der Fahrt begriffen, als es plötzlich polizeilich angehalten wurde. Polizeibeamte durchsuchten die Ladung, die größtenteils aus Waffen (Revolvern und amerikanischen Gewehren) sowie Munition bestand. Die Munition wurde von der Polizei beschlagnahmt. Als sich der Exporteur der Waren darüber beschwerten wollte, wurde ihm erklärt, daß die Beamten auf Order des Polizeidirektors und dieser selbst auf Order des Justizministeriums gehandelt habe! Die Waffenensendungen nach Finnland sind früher über Stockholm gegangen, aber die schwedische Regierung soll den Transport ebenfalls verboten haben. Jemand ein gesetzliches Recht, die Ausfuhr dieser Handelsware zu verbieten, hat die dänische Regierung wohl ebensowenig wie die schwedische. —

Asien.

Der „Sieger“. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 25. d. Mts.: Das Armeemedizindepartement teilt mit, daß die japanischen Verluste während des Krieges an Toten und Verwundeten 218 429, an Kranken 221 136 Mann betragen.

Soziales.

Zur Auslegung des § 25 Absatz 2 des Unfallversicherungsgesetzes. Die Unterhaltungsstellen von Kranken, Sterben, Invaliden und anderen Unterhaltungsstellen sowie von Krankenverbänden gegenüber Unfallrentnern wird nach § 25 Absatz 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes durch dieses Gesetz nicht berührt. In seinem Absatz 2 bestimmt dann § 25: „Wenn auf Grund solcher Verpflichtung Unterhaltungsstellen für einen Zeitraum geleistet werden, für welchen den Unterhaltenden nach Maßgabe dieses Gesetzes ein Entschädigungsanspruch zustand oder noch zusteht, so ist hierfür den die Unterhaltungs-

gewährenden Kassen, Gemeinden oder Armeeverbänden durch Ueberweisung von Rentenbeträgen Ersatz zu leisten.“ — Um die Auslegung dieser Bestimmung handelte es sich in einem Rechtsstreit des Vergewaltigten Gronde zu Erle (Westfalen) wider den Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum. Dieser Verein hatte auf Grund des Vergewaltigten Gronde dauernd eine Vergewaltigtenrente von 15 M. monatlich zu zahlen. Daneben lief aber eine Verpflichtung der Knappschafts-Vergewaltigtenrente zur Gewährung der Unfallrente für völlig erwerbsunfähige Unfallverletzte.

Gemäß § 25 Abs. 2 des Unfallversicherungsgesetzes wurden aus der Unfallrente Beträge von 15 M. monatlich dem Allgemeinen Knappschaftsverein als Ersatz für die von ihm gewährte Vergewaltigtenrente überwiesen. Das war jedoch nicht möglich während eines längeren Zeitraumes in den Jahren 1903 bis 1904, wo der Verletzte seitens der Knappschafts-Vergewaltigtenrente Krankenhauspflege genoss, denn in der Zeit erhielt er ja nach dem Gesetz keine Rente und seine Angehörigen nur die nicht aufrechnungsfähige Angehörigenunterstützung. Nachdem Gronde aus dem Krankenhauste gekommen war, erhielt er wieder Unfallrente in der früheren Höhe. Jetzt verlangte der Knappschaftsverein (die Kasse der Vergewaltigten) nicht nur die ihm ohne weiteres wieder zustehende Ueberweisung von 15 M. monatlich aus der Unfallrente, sondern verlangte auch nachträgliche Ueberweisung der entsprechenden Beträge, die er zur Zeit der von der Vergewaltigtenrente geleisteten Krankenhauspflege des Verletzten nicht erhalten konnte. Und zwar wollte der Knappschaftsverein monatlich die halbe Unfallrente solange überwiesen haben, bis dadurch neben den laufenden 15 Mark auch die ihm damals entgangenen circa 170 Mark gedeckt seien. Da Gronde dagegen protestierte, so überwies die Vergewaltigtenrente nur wieder die 15 M. monatlich und hinterlegte die dann noch strittige Summe von 170 M. bei der Regierungs-Hauptkasse in Ansburg. Er klagte darauf gegen den Knappschaftsverein zu Bochum mit dem Antrage, ihn zu verurteilen, darin zu willigen, daß die 170 M. an ihn ausbezahlt werden. Es wurde geltend gemacht, § 25 Abs. 2 könne nur so ausgelegt werden, daß wegen in bestimmter Zeit gewährter Unterhaltungen durch die genannten Kassen von diesen nur Ersatz aus dem Unfallentschädigungen, die in derselben Zeit fällig seien, gefordert werden könne. Deshalb bestimme ein Ueberweisungsanspruch in der strittigen Höhe hier überhaupt nicht, da zur Zeit der von der Vergewaltigtenrente gewährten Krankenhauspflege dem Kläger Anspruch auf Unfallrente überhaupt nicht zustand.

Der Bezirksausschuss zu Ansburg wies jedoch die Klage ab und gestand dem Knappschaftsverein die 170 M. zu, indem er ausführte: Zudem § 25 des neuen Unfallversicherungsgesetzes aus dem einseitigen „Uebergehen“ des Entschädigungsanspruches des § 8 des alten Gesetzes einen „Ersatz“ aus Rentenbeträgen gemacht habe, sei klar als Absicht des Gesetzes zum Ausdruck gebracht worden, daß die Kasse für ihren Ersatz nicht angewiesen sei auf diejenigen Rentenbeträge, welche für die gleichen Zeiträume fällig seien wie die von ihr gewährte Unterstüttung, sondern daß sie sich auch an die später fällig werdenden Rentenbeträge halten dürfe, wenn nur die Unterstüttung für einen Zeitraum gewährt sei, für welchen dem Unterstütteten ein Entschädigungsanspruch aus dem Unfallversicherungsgesetz zustand oder noch zusteht. Das treffe vorliegend zu. Das Oberverwaltungsgericht, vor dem Rechtsanwalt Dr. Karl Lieblich die vom Kläger eingelegte Revision vertrat, bestätigte jetzt das Urteil des Bezirksausschusses.

Zur Rheinder Ortskrankenkassenwahl. Die Vertreterwahl bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse hat dieser Tage stattgefunden und mit einem Siege der freien Gewerkschaften geendet. Die Waffe eregte wegen der vorhergegangenen Umstände ein größeres Interesse. Diese Kasse war von einem Gemeindebeamten im Nebenamte verwaltet worden, doch sollte dieselbe am 1. April d. J. einen selbständigen Rentanten erhalten. Die Arbeitnehmer im Vorstande einigten sich auf einen Parteigenossen in Krefeld, der aber den Arbeitgebern nicht genehm war. Letztere setzten sich mit der Aufsichtsbehörde in Verbindung und machte diese den Kassenvorstände Schwierigkeiten. Die Aufsichtsbehörde erließ eine Anzahl Anordnungen für den Kassenvorstand, die dessen Widerspruch herausfordern mußte, weil die Selbstverwaltung beschränkt werden sollte. Von Seiten der Arbeitnehmer im Vorstande wurde die Wahl des Krefelder Parteigenossen als Rentant trotz aller Widerprüche bestätigt und war die Folge die Absetzung des Vorstandes durch die Aufsichtsbehörde. Auch wurde die Generalversammlung außer Tätigkeit gesetzt, als diese sich auf Seiten des Vorstandes stellte. Mittlerweile setzte die Aufsichtsbehörde wieder einen städtischen Beamten als Rentant ein, welcher momentan noch die Kasse verwaltet. Auf eine Beschwerde mußte der Generalversammlung ihre Funktionen wieder übertragen werden. Doch war die Herrschaft nicht von langer Dauer. Als dieselbe sich nämlich weigerte die Jahresrechnung abzunehmen und zuvor eine gründliche Nachprüfung verlangte, wurde sie wieder ihres Amtes enthoben. Wie berechtigt das Mißtrauen gegen die Verwaltung war, geht daraus hervor, daß sich plötzlich herausstellte, daß ein Hilfsbeamter mehrere tausend Mark Kassengelder unterzlagen hatte, was ihm eine mehrmonatige Gefängnisstrafe einbrachte. Eine Kritik, die unter Krefelder Parteigenossen an den Zuständen in Rheindt übte, kostete dem verantwortlichen Kassenvorstand, Genossen Wolter, wegen Verleitung des Oberbürgermeisters 150 M. Die Aufsichtsbehörde schrieb nun Neuwahlen aus und hoffte man auf bürgerlicher Seite, daß die freien Gewerkschaftler eine Niederlage erleiden würden. Von Seiten der Behörde sowohl, wie von Seiten der Unternehmer wurde alles aufgegeben, unseren Genossen die Agitation zu erschweren. In Rheindt stand ihnen kein Lokal zur Verfügung. Der Bürgermeister erklärte in der Stadtverordnetenversammlung: „Ich würde es sehr bedauern, wenn die christlich-nationalen Arbeiter nicht den Sieg davontragen würden.“ Und der Erfolg der großartigen Agitation gegen unsere Genossen? Eine Niederlage der Christlichen, die übergroße Mehrheit der Mitglieder der Kasse erklärte sich für die alten Vertreter, welche jetzt ihr Amt wieder übernehmen. Sollte die Rheinder Ortskrankenkasse abermals in ihrem Selbstverwaltungsrecht beschränkt werden, so wäre neben einem Verwaltungsstreitverfahren auch § 45 des Krankenversicherungsgesetzes eine Schadenersatzklage gegen die Aufsichtsbehörde fungierenden Personen am Platze. Die Eingriffe in die Selbstverwaltung der Rheinder Ortskrankenkasse sind für die ungenügenden Schädigungen typisch, die eine Vermählung des Selbstverwaltungsrechts den Arbeitern und insbesondere den erkrankten Arbeitern zufügt.

Zur Unfallgefahr auf Bauten. Auf dem Ausstellungsplatz in Nürnberg haben sich in kurzer Zeit mehrere Unfälle mit schweren Folgen ereignet. In einer in Nürnberg abgehaltenen Versammlung von Bauarbeitern aller Branchen gelangte zum Ausdruck, daß diese Unfälle auf Anfechtung der einfachsten Sicherheitsvorkehrungen zurückzuführen seien. Das sei aber nur möglich, weil das Baugelände den Baukontrollen nicht zugänglich ist. Die Versammlung beschloß, an die Ausstellungsleitung das Schreiben zu richten, es möge den Vorliegenden der Bauarbeiter-Organisationen gestattet werden, in gewissen Abständen den Platz zu besuchen, um die beobachteten Mängel bei den zuständigen Stellen melden zu können. — So lange den Organisationen der Arbeiter nicht das Recht der Baukontrolle eingeräumt wird, wird die Zahl der Unfälle sich erheblich steigern.

Kennständige Arbeitszeit. Die großherzoglich oldenburgische Eisenbahnverwaltung hat die Einführung des neunstündigen Arbeitstages beschlossen. Die Neuerung soll sich zunächst nur auf die Handwerker und Arbeiter der oldenburgischen Eisenbahnverwaltungen erstrecken und, falls die noch ausstehende Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde erfolgt, am 1. März 1906 in Kraft treten. Gleichzeitig ist eine umfängliche Fortbildung des Stücklohnsystems in Aussicht genommen.

Schuhmacher-Produktionsgenossenschaft. Die Gründung einer Produktionsgenossenschaft sächsischer Schuhmachermeister mit dem Sitz der Leitung in Dresden haben die von Vorstände des sächsischen Schuhmacherinnungsverbandes zu einer Versammlung berufenen selbständigen Schuhmacher aus dem Königreiche Sachsen beschlossen.

Gewerkchaftliches.

Die Grubenbarone wollen den Streik!

Die Grubenpresse verbreitet wider besseres Wissen die Behauptung, sozialdemokratische Blätter seien es, die den Bergmann zum Streik aufreizen. Das Gegenteil ist der Fall. Die sozialdemokratische Presse wünscht, daß Arbeiter jedweder Kategorie eine einmal begonnene Bewegung auch zum Siege führen. Dazu ist notwendig, daß die Arbeiter den rechten Augenblick zum Kampf mit ruhiger Ueberlegung selbst wählen. Deswegen heist die sozialdemokratische Presse nicht, sondern mahnt zur Vorsicht.

Wer aber den Streik will, das zeigt ein Brief, der aus dem Arbeitersekretariat in Trifail (Oesterreich) bei der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ eingegangen ist.

Das Schreiben lautet:

B. G.!

Hier nimmt ein Agent eine ganze Masse von Bergarbeitern auf. Ist vielleicht irgend eine Streikgefahr? Ich fürchte, daß man Streikbrecher wirbt. Jedenfalls berichten Sie mir umgehend, was los ist. Es wird insbesondere für die Gasse „König Ludwig“ in Esterfeld geworden.

Brudergruß!

(Unterschrift.)

Die Arbeiter des Ruhrreviers peinigt man bis aufs Blut, um sie zu unüberlegten Schritten zu verleiten. Derweilen sucht man schon im Auslande Streikbrecher, um die etwa Lös-brechenden niederzuschlagen. Alles, um einen neuen kapitalistischen Rückschlag auf Kosten der Konsumenten und Arbeiter zu unternehmen. — Die Vergleiche werden den Herren einen Strich durch die Rechnung machen.

Berlin und Umgegend.

Der Tarifvertrag der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes ist durch den von der Freien Vereinigung der Fliesenleger abgeschlossenen neuen Tarifvertrag nicht aufgehoben worden, sondern gilt noch bis zum Februar nächsten Jahres. Am Sonntag fand im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich mit der Frage der Kündigung dieses Tarifvertrages befaßte. Nach dem, was der Sektionsvorsitzende Kreisler hier ausführte, ist feinerzeit von den Vertretern der Sektion alles getan worden, um die Tarifbewegung im Beruf auf eine einheitliche zu gestalten, ein Bestreben, das jedoch an der Haltung der anderen Organisationen scheiterte. Der Tarifvertrag, der dann von dieser Organisation allein mit den Unternehmern abgeschlossen worden ist, wurde sowohl von dem Referenten wie von den Diskussionsrednern scharf kritisiert, und auch der Vertreter des Zweigvereins, Silberstein, erklärte, daß dieser Vertrag jenseits der Grenze liege, wo es für eine moderne Arbeiterorganisation möglich sein sollte, überhaupt einen Vertrag abzuschließen, wenn die betreffende Organisation noch als Kampforganisation gelten wolle. Es wurde auch auf einen Passus im Protokoll der Verhandlungen vor dem Gewerbegericht hingewiesen, in dem sich die Arbeitgebervertreter verpflichteten, eine Liste der Mitglieder ihrer Organisation einzureichen, und man bezeichnete diese als eine „Schwarze Liste“, durch die die Unternehmer genötigt werden sollten, nur noch Mitglieder der Lokalorganisation zu beschäftigen. Die Versammlung lehnte es schließlich einstimmig ab, einen solchen Tarif, wie den von der Lokalorganisation abgeschlossenen, anzuerkennen. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig die Kündigung des Vertrages der Sektion und wählte eine Kommission, die mit den Unternehmern über einen neuen Vertrag zu entsprechend höheren Löhnen verhandeln soll. In die Kommission wurden Kreisler, Thöns, Wandke, Kamjanski und Anton gewählt.

Lohnbewegung der Konditoren. Am 24. November tagte in Gebr. Erany's Festsaal eine öffentliche gut besuchte Versammlung, in welcher Weidler über die Lohnbewegung und die Praktiken der Unternehmer berichtete. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß im weiteren Verlauf der günstigen Bewegung der Fabrikantenverein alle Kraft daran setzte, die bestreikten Betriebe mit Ware zu versorgen und daß allein deswegen in zwei Betrieben die Arbeit ohne Erfolg wieder aufgenommen werden mußte. Streikbrecher waren in keinem Falle in genügender Anzahl herbeizuführen. Infolge der vorgeschrittenen Saison konnte jedoch eine größere Ausdehnung des Kampfes leicht nicht empfohlen werden. Rigusch und Frings gingen noch näher auf die mit verschiedenen Zwischenstufen und Abteilungsverschiebungen gemachten Erfahrungen ein und wiesen nach, daß diese gegen ihre früheren Kollegen meist rigoros auftraten, als die Arbeitgeber selbst. Zum Schluß wurde durch Resolution erklärt, daß die Versammlung mit dem bisherigen Vorgehen der Organisation vollständig einverstanden sei, daß unbedingte Verzögerung jeder Streikarbeit gefordert wird, daß keiner die heuchlerischen Erklärungen unterschreibe, welche einzelne Unternehmer ihrem Personal vorgeben, um sich deren Zufriedenheit attestieren zu lassen und daß sobald als möglich den Organisationen der Arbeitgeber direkt der Tarif zur Anerkennung vorgelegt werden soll. — Eine Reihe von Aufnahmen war wieder zu verzeichnen.

Achtung, Schuhmacher! Der Schuhmachermeister Otto Tiersch, Tegel, Schallpeckstraße 50, entläßt seine Gehilfen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation. Die Genossen in Tegel machen wir hierauf noch besonders aufmerksam.

Die Ortsverwaltung Berlin des Schuhmacherverbandes.

Deutsches Reich.

Achtung, Bildhauer! In dem Geschäft von Rosenfeld in Berlin-Charlottenburg haben die Holzbildhauer die Arbeiter niedergelagt, weil ihnen ihre Forderung auf Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und eines Wochenlohnes von 24 M. nicht bewilligt wurde. Die Firma lieferte Arbeiter nach Frankfurt a. O. um 20—25 Proz. billiger, als die Bildhauer dort bezahlt werden. Jeder Zugzug nach Berlin ist fernzuhalten.

Eine allgemeine Aussperrung im Düsseldorf'sen Bergwerke ist von den dortigen Kaputropfen geplant. Die Vorstände der Bau- und des Arbeiterverbandes von Düsseldorf-Stadt und Land haben beschlossen, eine gemeinsame Generalversammlung einzuberufen und derselben die Aussperrung aller Bauarbeiter zu empfehlen, wenn nicht bis zum 27. November die Arbeit bei der „Allgemeinen Hochbaugesellschaft“ in Düsseldorf aufgenommen ist. Neben die genannte Gesellschaft haben die Düsseldorf'sen Bauarbeiter wegen Vertragsbruchs die Sperrung verhängt. Die Arbeiter haben beschlossen, die Sperrung solange aufrecht zu erhalten, bis die Hochbaugesellschaft sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Sie erklärten ferner, dem Aussperrungsbeschluß mit Ruhe entgegenzusehen. Die Scharfmaderpresse in Düsseldorf heist in ganz geschicklicher Weise in dem Streik und kann den Zeitpunkt, an welchem die Arbeiter ausgesperrt werden sollen, gar nicht erwarten.

Die Bewegung in der mitteldeutschen Textilindustrie neigt zu beenden. In zwei gestern vormittag zu Glauchau abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Textilarbeiter-Versammlungen wurde beschlossen, am Mittwoch, den 20. November, früh 8 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß ist das Resultat einer am Sonnabend in Greiz stattgehabten Konferenz zwischen der dortigen Dreimänner-Konferenz der Greizer Weber- und dem Fabrikanten Ruche. Derselbe Beschluß wird auch in den übrigen von der Aussperrung betroffenen Orten des sächsisch-thüringischen Weberverbandes gefaßt werden und ist teilweise schon gefaßt worden.

Im November 1904, genau vor einem Jahre, reichten die Weber der Bezirke Gera, Greiz und Reichenbach i. Vogtl. einen Antrag auf Lohnregulierung ein und stellten ferner die Forderung einer durch-

schnittlichen Lohnerhöhung von 15 Proz. Die Arbeiter gaben den „Herren im Hause“ zur Erledigung dieser Forderung eine Frist bis zum — Juni 1905, also reichlich 6 Monate. Im Oktober, weitere 4 Monate später, sollte der Tarif erst in Kraft treten. Lokaler ist wohl von Arbeitern im Kampfe mit den Unternehmern noch niemals gehandelt worden. Die Arbeiter dachten überhaupt nicht daran zu streiken. Nach unaufrichtigem Drängen der Arbeiter entschlossen sich die Unternehmer zu Verhandlungen. Der Reid der Besitzenden gegen die mächtig aufstrebende Arbeiterorganisation kam plattlich in dem von den Unternehmern aufgestellten Tarif zum Ausdruck. Neben einigen kaum nennenswerten Konzessionen brachte er eine beträchtliche Anzahl von — Lohnreduktionen. Dieser Tarif enthielt zugleich das Ultimatum. Am schwersten getroffen fühlten sich die Geraer Arbeiter. Ihre Bemühungen um Abänderung des Unternehmer-Entwurfes scheiterten, da Verhandlungen darüber prinzipiell abgelehnt wurden. In vier Geraer Betrieben legten Ende Oktober die Weber die Arbeit nieder. Die Unternehmer antworteten 8 Tage später mit einer planvoll durchgeführten Aussperrung des gesamten sächsisch-thüringischen Weberbittis. Am 6. November wurden die Betriebe auf wenige Tage geöffnet, erfreulicherweise fanden sich nur herzlich wenig Streikbrecher, und so mußten die Fabriken wieder geschlossen werden. — Schließlich lagen etwa 36 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf der Straße.

Die Wendung in der Bewegung rührt vermutlich daher, daß sämtliche von der Aussperrung heimgeleiteten Mäße Mitte Dezember, allerhöchstens Anfang Januar ihre Musterkollektionen herausbringen müssen. Es werden zu diesem Zwecke sogenannte Musterloupous von 3, 6 und 8 Metern angefertigt und an die Stundschicht verhandelt. Gelang die Anfertigung dieser Muster nicht, so ging für Arbeiter und Unternehmer eine ganze Saison verloren. Diese Erwägungen waren es wohl, die zum Abschluß einer Vereinbarung führten, deren Einzelheiten uns leider noch nicht bekannt sind. — Anscheinend haben beide Teile nachgegeben.

Die Leipziger Kürschner und Rauchwarenzüchter haben ihre große Lohnkommission beauftragt, an die allgemeine Arbeiterchaft mit einem Ruf zur Unterstützung der Marktschneider Streikenden heranzutreten, um diesen die Gewährung einer besonderen Weihnachtunterstützung zu ermöglichen.

Austland.

Ein Sieg der österreichischen Buchdrucker.

Die österreichischen Buchdrucker haben durch das Mittel des „passiven Widerstandes“, indem sie unätig in den Druckereien verblieben, einen schönen gewerkschaftlichen Erfolg davongetragen. Ihre ersten Verhandlungen mit den Unternehmern wollten wegen des Widerstandes der Scharfmader im Buchdruckerberuf zu keinem Erfolg führen. Da setzte nach dem Scheitern der Verhandlungen der „passive Widerstand“ ein und war, was ein noch schönerer Beweis für die vorhandene Disziplin ist, auch sofort zu Ende, als das Handelsministerium eingriff und neue Verhandlungen anbahnte.

Die Ergebnisse dieser neuen Verhandlungen sind nun derartig, daß sie als ein Erfolg der organisierten Buchdruckerschaft betrachtet werden müssen. Wurden bei den ersten Verhandlungen die Verkürzung der Arbeitszeit, die Anerkennung der Vertrauensmänner und des 1. Mai abgelehnt und wollten die Unternehmer das Lohnminimum um eine Krone den Tagespreis um einen Heller ab neujahr erhöhen; erst nach vier Jahren sollten Minimum und Tagespreis abermals um eine Krone, respektive einen Heller erhöht und der Tarif eine achtjährige Gültigkeit haben, so fanden sie sich bei den neuerlichen Verhandlungen zu folgenden Konzessionen veranlaßt:

Das Lohnminimum wird sofort in allen Massen um zwei Kronen erhöht, nach Ablauf von vier Jahren tritt abermals eine Erhöhung um zwei Kronen und nach weiteren zwei Jahren wieder eine Erhöhung um eine Krone ein (innerhalb sechs Jahren wird also das Minimum um fünf Kronen (4,25 M.) erhöht), worauf der Tarif dann noch zwei Jahre in Kraft bleibt. Beim Tagespreis tritt sofort eine Erhöhung um drei Heller, dann um zwei Heller und weiter noch um einen Heller (in der Tarifdauer also um sechs Heller) ein. Trotz der Quertreibereien der Scharfmader wurde die Arbeitszeit um anderthalb Stunden per Woche gekürzt. Dies ist von weittragender prinzipieller Bedeutung deshalb, weil dadurch Oesterreich das erste Land auf dem Kontinent wird, wo die Buchdrucker die gleiche, nämlich 52½ Stunden per Woche. Die Vertrauensmänner wurden anerkannt. Bezüglich des 1. Mai kamen im Laufe der Diskussion beide Teile zu der Ansicht, daß eine Aenderung des bisherigen Zustandes aus mancherlei Gründen nicht wünschenswert sei, und es wurde trotz der prinzipiellen Bereitwilligkeit der Prinzipale von der Annahme einer entsprechenden Bestimmung im Tarif abgesehen. Bezüglich der Aufbesserung der Löhne der über dem Minimum Entlohnungen erklärten die Prinzipalvertreter, im Juxtarwege ihren Kollegen zu empfehlen, die allgemeinen Aufbesserungen zu gewähren. Natürlich wurde auch vereinbart, daß wegen der passiven Resistenz keine Rahtregelungen stattfinden dürfen.

Das Resultat der Verhandlungen ist, wenn auch kein ideales, so doch ein solches, daß es als ein nennenswerter Fortschritt bezeichnet werden muß. Es bedeutet aber auch die eklamantische Niederlage der Scharfmader im Kreise der typographischen Unternehmer, die nicht weniger bewundenswert, als trotz der Verschlechterung der Lebensverhältnisse eine Reduzierung der Löhne herbeizuführen. Der geplante Streik ist total mißlungen und das Gegenteil von dem, was die Scharfmader wollten, ist eingetreten.

Eine Bluttat der „Gelben“.

Paris, 25. November. (Fig. Ver.)

Wieder einmal ein Arbeitermord! Diesmal aber von Gewerkschaftsrettern ohne Uniform begangen; die Ermordung eines streikenden Arbeiters durch gelbe Gewerkschaftler — eine grelle Illustration der Phrase vom „sozialistischen Terrorismus“. Der Schanplatz der Bluttat, der nach einer Stunde eine zweite folgte, ist Plainfaing in Nordstranfrankreich. Dort stehen seit dem 15. August die Weber der Firma Bluche und seit zwei Monaten auch die der Firma Götli im Streik. Das Unternehmertum will die gewerkschaftliche Organisation zerstören, aber die Genossen bleiben fest, trotzdem die Ausbeuter eine Horde von „gelben“ Gewerkschaftlern gedungen haben, die nicht nur die „Roten“ in der Werkstätte erfegen, sondern sie auch durch Provokationen zu Gewalttaten reizen soll, die den Fabrikanten die unbedenkliche Verfügung über die Nachtmittel des Staates verschaffen würden. Die „Gelben“ führen ihren Auftrag mit ebenso viel Gefügigkeit wie Fanatismus aus. Schon vor einigen Tagen wurden streikende Arbeiter von ihnen überfallen und mit Messertischen und Stockschlägen schwer verletzt. Am Dienstag abend brachten sie Schußwaffen zur Verwendung. Um 7 Uhr abend wurde der streikende Arbeiter H a n z o, der in Begleitung eines Freundes heimging, aus einem Hinterhalt angefallen und schwer verwundet. Um 8 Uhr ging eine Gruppe von Arbeitern denselben Weg, als wiederum ein Schuß fiel, der indes niemanden traf. Der Arbeiter M a n g i n, der am Streik nicht beteiligt war, lief in der Richtung, aus der der Schuß gekommen war, um den Täter festzustellen, aber ein neuer Schuß

erlöste und er fiel tot zu Boden. Die Aufregung in der Arbeiterchaft ist ungeheuer. Die Behörden erwidern, daß sie genaueste Untersuchung eingeleitet haben. Ist es ihnen ernst damit, kann der Täter kaum verborgen bleiben. Die vom Mörder verwendete Waffe war in beiden Fällen ein Jagdgewehr. Die Zahl der Arbeiter, die eine solche Waffe besitzen, ist sicher nicht groß — war der Mörder aber auch ein Arbeiter? — Die reaktionäre und kapitalistische Presse bemüht sich schon, die Spuren zu verwischen. Der „Figaro“ hat die bodenlose Freiheit gehabt zu erzählen, daß die Streikenden auf die heimtücklichen Streikbrecher geschossen hätten, die unternehmerfreundlichen Lokalblätter wissen schon, daß die Mordtat nichts mit dem Streik zu tun gehabt hätte und ein privates Racheakt gewesen sei. Warum aber dann die Wiederholung des Mordes und warum eine Schießerei am Abend, wo bei der herrschenden Dunkelheit die Person des Angegriffenen nicht zu erkennen war? Wenn der Täter einen persönlichen Feind und nicht einen streikenden Arbeiter im allgemeinen hätten treffen wollen, hätte er doch eine andere Stunde gewählt. Man wird ja bald sehen, ob sich der Untersuchungsrichter auf den von der kapitalistischen Clique angedeuteten Abweg wird locken lassen.

Verfammlungen.

Herr Malermeister Rettig, der freisinnige Kandidat im 30. Kommunalwahlbezirk, sendet uns folgende Zuschrift:

In der Nr. 275 Ihres geschätzten Organes, in der 1. Beilage, steht ein Verfammlungsbericht für den 30. Kommunalwahlbezirk, nach dem ein Redner, welcher als Maler gekennzeichnet wird, gesagt haben soll, daß, wenn ich am Arbeitsnachweis der Maler Gehilfen verlange, niemand bei mir in Arbeit treten wolle. Daß mir diese Behauptung in öffentlicher Wählerversammlung — die absolut unwahr ist — nicht gleichgültig sein kann, ist Ihnen wohl erklärlich. Auf meine persönliche Nachfrage im Arbeitsnachweis habe ich von beiden Herren Vorstehern, dem Malermeister Herrn Habermann und dem Malergehilfen Herrn Herzog die bestimmte Erklärung erhalten, daß die Behauptung des betreffenden Redners in allen Punkten unwahr ist, daß eher das Gegenteil zutrifft. Ich darf wohl die Bitte aussprechen, daß Sie dies in einer Ihrer nächsten Nummern richtig stellen. Mit Hochachtung J. Rettig.

Eine Versammlung sämtlicher händlicher Markthallenarbeiter und Arbeiterinnen nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die heut am 23. November 1903 bei Patt, Dragonerstr. 15, sehr zahlreich besuchte Versammlung sämtlicher händlichen Markthallenarbeiter und Arbeiterinnen beauftragt den Arbeiterausschuß, den vorgelegten Behörden folgende Forderung zu unterbreiten: In Anbetracht der ständig steigenden Lebensmittelpreise, besonders der unerlässlichsten hohen Fleischpreise, und mit Rücksicht auf den nahen Winter bitten die Unterzeichneten, eine einmalige Teuerungsgulage zu bewilligen, da sie anderenfalls nur mit trübem Gedankem dem Winter entgegensehen.“

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Böttcher und Böttcherehilfsarbeiter Deutschlands Filiale Berlin, erhebt entschiedenen Protest gegen die Schreibweise ihres Redakteurs in betreff des Artikels, welcher in Nr. 45 der „Deutschen Böttcher-Zeitung“ gestanden hat. Die „Vorwärts“-Angelegenheit ist nicht Angelegenheit der Gewerkschaft und kann nur Verwirrung unter den Gewerkschaftlern anrichten, da ein großer Teil der Gewerkschaftler nicht Kenntnis von den Parteiblättern nimmt, um sich klar über die Handlungsweise des Parteivorstandes und der Prehkommision zu sein. Ebenfalls empfindet die Versammlung Herrn Holtmann, sich nicht von der General-kommision leiten zu lassen, sondern unbedingt Rücksicht auf seinen Lebenskreis zu nehmen. Die Berliner Böttcher erkennen den Artikel über den Streik in der Elektro-Industrie im „Vorwärts“ durchaus für richtig an und empfehlen Herrn Holtmann, in ähnlichen Fällen ebenso zu handeln. Außerdem steht die heutige Versammlung auf der Seite des Parteivorstandes und der Funktionäre; sie verurteilt das Vorgehen der General-kommision und empfiehlt der Gewerkschaftskommision, dagegen Stellung zu nehmen.“

Eingegangene Druckschriften.

Vollst. Telegraphen- und Telefon-Tarif Nr. Preis 25 Pf. F. Halls Verlag, Jena.
Dr. V. Moldenhauer, Das Versicherungsweesen. Sammlung Köhnen. Geb. 0,80 M. Verlag G. J. Köhnen, Leipzig.

Die Delegiertenwahlen zur Orts-Frankenkasse der Schneider

am gestrigen Abend haben mit einer klaglichen Niederlage der durch den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unterstützten Broda, Prätorius und Konforten beendet. Trotz aller Anstrengungen brachten es die durch das Auf-das-Pfastersehen verbitterter Beamter der Kasse be-kannt Gewordenen von 980 abgegebenen Stimmen etwa nur auf ein Drittel. 654 Stimmen wurden für die Liste des Schneiderverbandes abgegeben. Damit ist den Herren vom Reichsverband die wohlverdiente Antwort gegeben, wie die Arbeiter über seine und seiner Hintermänner Tätigkeit denken.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Es geht vorwärts.

Wurzburg, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Wahl zum Gemeindefollegium wurden unsere Genossen Arbeitersekretär Eberhard und Geschäftsführer Pächlein gegen die vom Zentrum aufgestellten Kandidaten gewählt. Zum erstenmal ziehen durch diese Wahl Sozialdemokraten in das Würzburger Rathaus als Gemeindevertreter ein.

Im Reichstag Klingt's anders.

Hannu, 27. November. (B. G.) Eine gestern hier abgehaltene Versammlung des Volkvereins für das katholische Deutschland sprach sich in einer einstimmig angenommenen Resolution gegen jede weitere Besteuerung dringender Lebensbedürfnisse, vor allem gegen die geplante Steuer auf Tabak und Bier sowie gegen die Fahrkartensteuer aus.

Demonstrationen in Budapest.

Budapest, 27. November. (B. G.) Auf dem Sandorplatz fanden nachmittags große regierungsfindliche Demonstrationen statt. Die Polizei, die mit Steinwürfen und Revolvergeschüssen empfangen wurde, schritt mit blauer Waffe ein. Zahlreiche Personen wurden verwundet. Eine große Zahl von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Württembergischer Landes-Parteitag.

Stuttgart, 26. November. (Fig. Bericht.)

Am heutigen Sonntage fand im Festsaal des Stuttgarter Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Landesversammlung der Sozialdemokratischen Württembergers statt. Sie wurde eingeleitet durch eine gut besuchte

Gemeindevertreter-Konferenz,

die am Vorabend abgehalten wurde. An dieser Konferenz nahmen 68 Genossen aus 54 württembergischen Orten teil, von denen 42 Gemeinderäte und 58 Bürgerausschussmitglieder sind. In seiner Eröffnungsrede teilte Reichstags-Abgeordneter Sperka, Gemeindevorstand in Stuttgart, mit, daß dieses die vierte württembergische Gemeindevertreter-Konferenz sei, auf der 3 Referate zur Verhandlung ständen. Das große Interesse für solche Konferenzen ließe es wünschenswert erscheinen, dieselben alljährlich abzuhalten.

Mit der Leitung der Konferenz wurden die Gemeindevorstände Wollert in Stuttgart, Schirmer in Göppingen und Wirth in Langenburg betraut. Darauf erstattete Reichstags-Abgeordneter Dr. Lindemann sein Referat über

Die Aufgaben in den Gemeinden vom Standpunkte der Sozialdemokratie.

Nach Meinung der bürgerlichen Parteien, so führte Redner aus, sei die Kommunalpolitik ein neutraler Boden ohne wesentliche politische Gegensätze. Das sei völlig falsch. Die Klassengegensätze treten hier sehr scharf hervor und sind gerade in kleineren Gemeinden am deutlichsten aufzuzeigen. Die gemeindliche Geschäftsführung liegt gerade in kleineren und mittleren Gemeinden noch sehr im Argen. Die lebenslänglichen Ortsvorsteher suchen die Festlegung einer Geschäftsordnung möglichst zu verhindern, um ein autoritäres Regiment führen zu können, wobei sie sich vielfach auf kleine Anlässe zu stützen suchen. In den kleineren Gemeinden sollten unsere Vertreter danach streben, die Gemeindevorstellungen im Interesse der Arbeiter des Abends stattfinden zu lassen. Die Tagesordnung müßte den Kollegialmitgliedern vorher schriftlich zugestellt werden, um Leberreaktionen zu verhindern. Wichtigere Vorlagen müßten in Kommissionen vorbereitet werden, zu denen nicht nur Gemeindevorstände, sondern auch Bürgerausschussmitglieder hinzugezogen werden sollten. Die Verhandlungen der Körperlichkeiten sollten zuweilen öffentlich sein. Ueber die Verlegung wichtiger Punkte in nicht öffentliche Sitzungen müßte stets eine Abstimmung herbeigeführt und die Entscheidung darüber nicht dem Ortsvorsteher allein überlassen werden. Unsere Vertreter sollten für regelmäßige Berichterstattung über die Verhandlungen an das Partei-Organ sorgen. Da solche Berichte dem sachlichen Verlaufe der Verhandlungen nur nützen und bei bisher indifferenten Bürgerkreisen agitatorisch wirken können. Die Aufstellung des Haushaltsplans weist bisher erhebliche Mängel auf, ebenso die Aufstellung der Rechnung. Beides wird vom Schultheiß den Gemeindevertretern meist rasch hintereinander vorgelesen und dann für genehmigt erklärt. Auf Grund des Verwaltungsbedarfs solle man getrennte Beratung dieser Gegenstände in Gemeinderat und Bürgerausschuß verlangen. Auch hierbei ist auf Kommissionsberatung zu bestehen, um eine genaue Prüfung vornehmen zu können.

Bei Aufstellung der Rechnung soll der Bürgerausschuß die ohne seine Genehmigung erfolgten Staatsüberschreitungen scharf rügen. Küher auf Gewährung von Dächern an die Vertreter soll auch auf Herabsetzung der Gebühr für Erwerbung des Bürgerrechts auf den gesetzlichen Mindestsatz gedrungen werden. Aus hygienischen Gründen soll auch in den kleinsten Gemeinden die Einrichtung einer Kanalisation verlangt werden. Beim sogenannten „Trennungssystem“ ist die Einrichtung auch gar nicht zu teuer. Regen- und Hausabwässer werden hierbei getrennt abgeführt. Die jetzt auf die Straße laufenden Hausabwässer sind es, die den Boden mit Krankheitserregern verunreinigen; aber auch die Unterhaltungskosten der Straßen verteuern sich durch die Notwendigkeit häufiger Reparaturen. Ohne Kanalisation verunreinigen die Abwässer auch die Brunnen und das Trinkwasser. Die Säuglingssterblichkeit ist in Deutschland größer als in England, Frankreich etc. Sie geht aber überall dort zurück, wo Wasserleitung und Kanalisation bestehen. Zur Einrichtung von Wasserleitungen können sich leicht größere Gruppen von Orten vereinigen. Bei zentraler Wasserleitung ist auch die Einrichtung von Volkshäusern in kleineren Gemeinden leichter durchzuführen. Mit 2500-3000 Mark läßt sich in kleineren Orten ein solches Volksbad (Bodenerwerb und Einrichtung) bereits schaffen, was für die Volksgesundheit sehr wichtig ist.

Auf dem weiten Gebiet der Wohnungsfrage ist vor allem Wert auf Durchführung der Wohnungsinspektion zu legen. Nach der Ministerialverordnung muß in Orten über 3000 Einwohner mindestens alle zwei Jahre eine jede Wohnung inspektiert werden. Bisher wurden diese Inspektionen meist der Ortsbauhau oder den Schulrenten übertragen. Das genügt nicht. Der Ortsarzt und die Gemeindevertreter sind zu diesen Inspektionen hinzuzuziehen. Ferner ist der Wohnungsbaubau durch die Gemeinden bei Eintreten des Wohnungsmangels zu fördern. Die erbärmlichen Wohnungsverhältnisse machen es auch erforderlich, in jedem Orte eine Leichenkammer zu errichten. Bei ansteckenden Kinder- und Infektionskrankheiten sind die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande unerträglich. Ein Skandal aber ist es, wenn sich das gewöhnliche Familienleben oft mehrere Tage neben der Leiche eines an einer Infektionskrankheit verstorbenen Angehörigen abspielt.

Bei Anlage zentraler Licht- und Kraftversorgungs- sowie der Verkehrsanstalten ist grundsätzlich der Betrieb in Gemeindebesitz zu fordern. Auch hier können sich kleine Gemeinden durch gemeinsamen Betrieb die sonst zweifelhaften Rentabilität sichern. Privatunternehmungen sehen eben nur auf ihren Profit, nicht aber auf die Erfüllung der Wünsche der Gemeinden. Im Schulwesen ist die Aufhebung des Volksschulgeldes und die Lehrmittelfreiheit überall notwendig und die Gesundheit der Schulkinder ist durch Schul- oder Ortsärzte zu überwachen. Wo die einzelnen Orte das nicht können, sollen sie die Durchführung durch die Amtskörperschaft fordern. Durch Einführung der anständigen Lohnaufseher in die Submissionsverträge sind die Arbeitsbedingungen der Gemeindegewerkschaften gegen Verschlechterung durch die submissierenden Unternehmer zu schützen. Die Armenpflege, besonders die Behandlung der Ortsarmen, die keine Rente beziehen, spricht oft auf dem Lande jeder Humanität Hohn. Für alte und kranke Personen, die eine Behandlung erforderlich machen, ist die Wirksamkeit von Gemeindeverbänden anzustreben.

Das sind die grundlegenden Forderungen, die überall durchführbar und auch in kleineren Gemeinden bei den Wahlen in den Vordergrund zu stellen sind. Auf die Amtskörperschaften, die meist reine Schulparlamentare sind, solle man sich nicht verlassen. Die Tätigkeit unserer Partei in den Gemeinden darf nicht unterschätzt werden. Sie ist ebenso wichtig wie die Tätigkeit im Staat und Reich; denn die Gemeinde ist die Grundlage, auf der sich das gesamte Staatsleben aufbaut. Die Arbeiter stehen den Gemeindevorständen meist zu lau gegenüber. Die bürgerlichen Parteien wissen die Bedeutung des Gemeindevorstandes besser als wir zu schätzen. Großfabrikanten und Bauunternehmer beherrschen meist die Rathhäuser, auf die nunmehr ernstlich von den Arbeitern Sturm gelaufen werden sollte. (Weifall.)

Nachdem folgte das zweite Referat, welches Landtags-Abgeordneter Genosse Keil zum Thema:

die Gemeindefiskalreform

stellte. Er bemerkte einleitend, daß das gesamte Steuerwesen eigentlich von Reich wegen geregelt werden müßte. Das Reich sei eine Wirtschaft und Verrechnungs- und Verrechnungswesen geworden und entwickle sich zu immer größerer Einheitlichkeit, wieweil dabei die Frage einer einheitlichen Einkommens- und Vermögenssteuer am besten lösen. Dazu

würde es aber noch lange nicht kommen, und so hätten heute noch Staat und Gemeinden die Steuern aufzubringen, die sie zur Deckung ihrer Bedürfnisse brauchen. Alsdann verbreitete er sich über die technischen Einzelheiten der neuen Steuergeetze und präziserte die Stellung, welche unsere Gemeindevertreter den einzelnen Steuerarten gegenüber einzunehmen hätten.

Im Anschluß an das Referat entwickelte sich eine Debatte über das Wesen der Vorkaufsteuer und die Schritte, welche die Parteigenossen in den kleinen Gemeinden gegen die vielfach bestehenden indirekten Gemeindesteuern (Verbrauchsabgaben) zu unternehmen hätten.

Hierauf folgte das dritte Referat des Reichstags-Abgeordneten Genossen Sperka über

das Zwangsverziehungsverfahren

folgen. In den gedruckt zur Verteilung gelangten Grundzügen des Referats wird die Zwangsverziehung als eine Aufhebung der elterlichen Gewalt und mithin als Ausnahmezustand bezeichnet. Fast ausschließlich gelangen die Kinder der Armen unter dieses Verfahren, und mehr als 90 Proz. der in den Anstalten untergebrachten Kinder sind ohne eigene oder elterliche Schuld, vielmehr als Opfer der heutigen Erwerbs- und Wohnungsverhältnisse in den Zustand stilloscher oder leiblicher Verwahrlosung geraten. Durch die Vormundschaftsgerichte sind die Eltern daher über das Wesen der Zwangsverziehung genügend zu unterrichten, ehe sie ihre Zustimmung zur Weggabe der Kinder erteilen. Da die Zwangsverziehung nicht immer eine Bestrafung für eine verbrecherische Handlung darstellt, sondern oft ausgeführt wird, um ein Kind vor der Gefährdung erst zu behüten, soll der pädagogische Charakter der Einrichtung mehr hervorgehoben werden. Die Anstalten sollten unter der Kontrolle der Gemeindeverwaltungen stehen. Die Beseitigung jeglicher gewerblichen Kinderarbeit in den Anstalten ist ferner zu fordern. Außerdem sei zu verhindern, daß die Zwangszöglinge ganz einseitig zu landwirtschaftlichen Tagelöhnern herangezogen werden, vielmehr soll jeder Zögling nach Reigung und Begabung ein Handwerk lernen, das ihm sein späteres Fortkommen sichert.

Infolge der vorgeschrittenen Zeit wurde auf mündliche Begründung dieser Grundzüge verzichtet. Genosse Dr. Lindemann stellte dann den Antrag, den Landesvorstand zu beauftragen, sich mit dem Verlag der „Kommunalen Praxis“ wegen gemeinsamen Bezuges der Zeitschrift für alle württembergischen Gemeindevertreter in Verbindung zu setzen. Der Antrag fand Annahme. Ebenso wurde der Antrag des Gemeindevorstands Wirth in Langenburg auf Abhaltung regelmäßiger alljährlicher Gemeindevertreter-Konferenzen an einem Sonntag, aber getrennt von der Landesversammlung, angenommen. Danach ward die Konferenz geschlossen.

Am Sonntagvormittag 11 Uhr wurde sodann die von 256 Delegierten aus 143 örtlichen Mitgliedschaften besuchte

Außerordentliche Landesversammlung

der Württembergischen Landespartei, Reichstags-Abg. Sperka, eröffnet. Er wies darauf hin, daß diese außerordentliche Tagung durch die Beschlüsse des Jenaer Parteitages erforderlich geworden sei. Dort sei der Parteivorstand eine zentralistische Tendenz gegeben worden, gegen die sich die süddeutschen Mitglieder des Parteitages leider vergeblich gewehrt hätten. Mit den vorliegenden Beschlüssen müsse man sich naturgemäß aber abfinden, und daher habe man ein neues Organisationsstatut für Württemberg zu schaffen. — Mit der Leitung der Versammlung wurden die Genossen Reichstags-Abgeordneter Diez in Stuttgart, Häfeler in Ulm und Gemeindevorstand Kurz in Reutlingen betraut.

Den Bericht über die Tätigkeit des Landesvorstandes erstattete Genosse Sperka. Im Halbjahr seit der letzten Landesversammlung wurden 16 neue Mitgliedschaften gegründet, so daß jetzt in Württemberg insgesamt 388 örtliche Vereine bestehen, denen 12 154 Mitglieder angehören. Eine lebhafteste Agitation wurde in letzter Zeit aus Anlaß der Fleischverwertung veranstaltet; auch fanden vier Landtagsnachwahlen statt. Die Wahl im Bergheim gab Gelegenheit, bisher noch jungfräulichen Boden mit großem Erfolge für uns zu beackern. Auch Freudenstadt brachte einen sehr guten Fortschritt, während das Tuttlinger Ergebnis die allzu optimistischen Genossen etwas enttäuschte. Dagegen war der Erfolg in Ehlingen, wo unser Genosse Schlegel im ersten Wahlgang gegen die Koalition der gesamten Gegner siegte, überaus schön. Ueber die württembergischen Parteiorgane ist zu berichten, daß die finanziellen Verhältnisse des „Schwäbischen Volksfreund“ sich etwas gebessert haben. Die Lage der „Tagwacht“ ist keine günstigere, vornehmlich weil die Redaktion größeren Raum beanspruchte, als ihr eigentlich zugewiesen war. Doch ist das mit dem großen Stoffandrang in dieser politisch bewegten Zeit immerhin zu entschuldigen. Aus der Redaktion der „Tagwacht“ ist Genosse Heller ausgeschieden und durch den Genossen Krille ersetzt worden. Für den gegenwärtig im Gefängnis befindlichen Genossen Westmeyer ist vertretungsweise Genosse Rohmann eingetreten. Im ganzen sei zu sagen, daß die „Tagwacht“ eines der besten Provinzorgane der Partei sei und erhebliche Monita gegen ihre Haltung nicht zu erheben waren.

Der Landessekretär Genosse Wagner erteilte den Kassenbericht, der sich über die Zeit vom 1. Januar bis 15. November 1905 erstreckte. Die Einnahmen betragen insgesamt 20 299,25 M., die Ausgaben 8837,28 M.

Der Vorsitzende des Landesauschusses, Genosse Wauer, berichtete, daß der Ausschuß als Beschwerdeinstanz nicht in Anspruch genommen worden sei. — In der Diskussion rügte Genosse Hofka in Göppingen, daß der Landesvorstand, als der Berliner Parteivorstand zur Unterstützung der russischen Revolutionäre aufgefordert hatte, keine Sammellisten ausgegeben hätte. Genosse Wagner erwiderte, daß Sammellisten laut Beschluß des Landesvorstandes nur noch bei Wahlen ausgegeben würden. Dennoch seien aber in Württemberg insgesamt 1340 M. für die russischen Freiheitskämpfer aufgebracht worden, was man nicht als zu wenig bezeichnen könnte. Dem Vorstand und dem Sekretär wurde Decharge erteilt und in die Beratung des neuen Organisationsstatutes der sozialdemokratischen Partei Württemberg eingetreten, über das Genosse Kaiser ein einleitendes Referat erstattete. Bei der Einzelberatung des Statuts wurden die grundlegenden Paragraphen 1 und 2 debattiert und angenommen. Sie enthalten den Zusammenschluß der Sozialdemokraten Württemberg zu einer Landesorganisation, deren Vorort Stuttgart ist und bestimmen, daß für jeden Reichstagswahlkreis ein sozialdemokratischer Kreisverein gebildet wird, der sich aus den einzelnen örtlichen Mitgliedschaften des Kreises zusammensetzt. Die weiteren Bestimmungen des Statuts besagen: Die Angelegenheiten des Kreisvereins werden auf Generalversammlungen geregelt, zu denen die Ortsvereine Delegierte entsenden. Der Monatsbeitrag für den Ortsverein beträgt 20 Pf., der Preis des Mitgliedsbuches (Einschreibungsgebühr) 20 Pf. Die Ortsvereine haben 30 Proz. der vereinnahmten Beiträge und 50 Proz. von den Einnahmen für Mitgliedsbücher an den Landesvorstand abzuführen. 20 Proz. der Beiträge erhält der Kreisverein, 20 Proz. die Berliner Zentralkasse, während die restlichen 30 Proz. dem Ortsverein verbleiben. Die Ortsvereine können noch besondere Beiträge über den festgesetzten Satz von 20 Pf. monatlich hinaus erheben, die dann unverzüglich dem Ortsverein verbleiben. Die finanzielle Inanspruchnahme des Parteivorstandes in Berlin durch die einzelnen Kreise soll von der Zustimmung des Landesvorstandes abhängig sein. Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgt durch die Generalversammlungen des Kreisvereins, die der Landtagskandidaten durch die Ortsvereine des Landtagswahlbezirks unter Zustimmung des Landesvorstandes und des Kreisvereinsvorstandes. Bei etwaigen Differenzen entscheidet in bezug auf die Reichstagskandidaturen der Parteivorstand in Berlin, in bezug auf die Landtagskandidaturen der Landesauschuß in letzter Instanz die Landesversammlung. Die im Organisationsstatut der Gesamtpartei

Deutschlands vorgesehenen alljährlichen Berichte an den Parteivorstand sind durch den Vorstand des Kreisvereins zu erstatten.

Zu den alljährlich im Herbst stattfindenden Landesversammlungen können Ortsvereine mit weniger als 50 Mitgliedern einen Delegierten, solche mit über 50 bis 100 Mitgliedern zwei, solche mit über 100 bis 200 Mitgliedern drei und stärkere Mitgliedschaften für jedes weitere volle Hundert je einen weiteren Delegierten wählen. Die Mitglieder des Landesvorstandes, des Ausschusses, der Redaktion und Expedition der Parteiorgane sowie die Reichs- und Landtagsabgeordneten haben auf der Landesversammlung nur beratende Stimme. Doch können die Abgeordneten auch als Delegierte gewählt werden. Die Landesversammlung wählt zur Leitung der Parteigeschäfte einen Landesvorstand, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem beauftragten Sekretär und fünf Beisitzern; sie wählt ferner den aus fünf Personen bestehenden Landesauschuß als Kontrollorgan für den Landesvorstand und für die württembergische Parteipresse. Als Termin des Inkrafttretens des neuen Statuts wurde der 1. Januar 1906 bestimmt.

Zum Landesvorsitzenden wurde Genosse Dietrich, zum Sekretär Genosse Wauer, zu Beisitzern die Genossen Lutz, Kaiser, Kowald, Oster und Wildemann, sämtlich in Stuttgart, gewählt. In den Landesauschuß wurden die Genossen Bauer in Stuttgart, Kempott in Ehlingen, Hildebrand in Feuerbach, Fischer in Cannstatt und Waisch in Juffenhäusern gewählt und die Landesversammlung nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Gen. Diez mit einem Hoch auf das Gelingen und Bestehen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse geschlossen.

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Der sozialdemokratische Wahlverein Stuttgart hielt gestern abend im Gewerkschaftshause eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, um die Diskussion aus der letzten Versammlung über den „Vorwärts“-Konflikt fortzusetzen. Vor Eintritt in die Verhandlungen wünscht Genosse Vontowitsch zur endgültigen Erledigung dieser Frage, daß die Genossen ihre Entscheidung in einer Resolution festlegen möchten, damit wenigstens ein Resultat der ganzen Verhandlungen erzielt werde, während Genosse Vogtherr ersucht, daß man die ganze Angelegenheit ruhen und erledigt sein lassen möge; denn in der Sache selbst würden die Parteigenossen doch nur gegenseitig ihre Meinungen zum Ausdruck bringen, ohne daß sie sich unter einander überzeugen könnten. Der Vorsitzende, Genosse Storch, trägt die Versammlung ab, sie gegen diesen Vorschlag des Genossen Vogtherr Widerspruch erheben. Da dies nicht geschieht, so ist die Angelegenheit des „Vorwärts“-Streites erledigt. Ferner nahm die Versammlung nach einem Bericht über den Jenaer Parteitag die folgende Resolution an: Die Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins vom 24. November d. J. erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages zu Jena, sowie mit der Haltung ihres Delegierten, Genossen Höß, einverstanden, und verpflichtet, gemäß den gefaßten Beschlüssen handeln zu wollen.

Das Gewerkschaftskartell Kaiserlautern befaßte sich in seiner Sitzung vom 21. November mit dem Verhalten des „Correspondenzblattes“ in der „Vorwärts“-Angelegenheit. Von sämtlichen Rednern wird die einseitige Stellungnahme des „Correspondenzblattes“ verurteilt, zumal die Gewerkschaftsmitglieder, die nur die Parteiblätter in der Provinz lesen, über den eigentlichen Hergang der Sache ungenügend informiert sind. Eine Stellungnahme hierzu sei notwendig, um festzustellen, daß die Gewerkschaften mit der Haltung des „Correspondenzblattes“ nicht einverstanden sind. Es wird folgende Resolution zur Verlesung gebracht: „Das Gewerkschaftskartell Kaiserlautern protestiert entschieden gegen die Schreibweise des „Correspondenzblattes“ in Sachen Parteivorstand und den ausgeschiedenen 6 Redakteuren des „Vorwärts“. Das Kartell erklärt in dem Artikel in Nr. 45 des „Correspondenzblattes“ eine einseitige Stellungnahme für die sechs Redakteure gegen den Parteivorstand, obgleich nach Lage der Sache die ganze Angelegenheit eine reine Parteifrage ist und das „Correspondenzblatt“ nicht dazu da ist, einen Konflikt künstlich zu vergrößern und persönliche Meinungen Einzelner den Gewerkschaften aufzuzutreiben.“ Diefelbe wird einstimmig angenommen.

Die „Brandenburger Zeitung“ bringt die folgende

Erklärung.

Die am Sonntag, den 26. d. M., tagende Preßkommission der „Brandenburger Zeitung“ beschäftigte sich auch mit der Stellungnahme des Organs zu der Angelegenheit der „Vorwärts“-Redakteure. Nach längerer Debatte gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die heutige Sitzung der Preßkommission ist mit der Auffassung der Redaktion in der „Vorwärts“-Angelegenheit, insbesondere ihrer Stellungnahme gegen den Parteivorstand, nicht einverstanden und erwartet, daß bei Behandlung derartiger Fragen in Zukunft eine Versprechung mit dem für die Zeitung verantwortlichen Personal und eventuell der engeren Preßkommission in Brandenburg vorangeht. J. W. S. Kratzsch, Vorsitzender.

Das Gewerkschaftskartell Halberstadt beschäftigte sich mit dem Bericht im „Correspondenzblatt“, welcher den „Vorwärts“-Konflikt behandelt. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die versammelten Delegierten des Halberstädter Gewerkschaftskartells und Vorstandspersonen der Halberstädter Gewerkschaften weisen mit Entrüstung die Art der Behandlung des „Vorwärts“-Konflikts im „Correspondenzblatt“ zurück. Sie sehen angeichts der Niefenkämpfe, in denen die Klassenbewusste Arbeiterchaft steht, den Zweck des „Correspondenzblattes“ schlecht erfüllt durch künstliches Konstruieren von Gegensätzen zwischen den Gewerkschaften und der Partei.

Eine Mitgliederversammlung der Jahrestelle Remminger des Lederarbeiter-Verbandes beschäftigte sich am Donnerstagabend mit dem Artikel in Nr. 26 der „Lederarbeiter-Zeitung“ und in Nr. 45 des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission. Sämtliche Diskussionsredner nahmen entschiedene Stellung gegen die Veruche, den sogenannten „Vorwärts“-Konflikt zu einer Gewerkschaftsangelegenheit zu stempeln. Es wurde allgemein scharf gerügt, daß Gewerkschaftsbeamte sich dazu hergeben, die Gewerkschaften gegen die Partei aufzubringen und schließlich folgende vom Vorstand des Ortsvereins eingebrachte Resolution angenommen: „Die Versammlung bedauert es aufs Lebhafteste, daß ein Artikel, der an Unsympathie kein Gleiches sucht, in unserer Fachzeitung Platz finden konnte. Sie nimmt mit Genehmigung Kenntnis von dem Beschlusse des Vorstandes der Jahrestelle Remminger, in dem dieser es entschieden ablehnt, innerhalb des 300 Mitglieder zählenden Ortsvereins im Sinne des Artikels zu wirken, der Artikel läuft darauf hinaus, die Gewerkschaften gegen die Partei aufzubringen und unseren jüngeren Mitgliedern die Partei zu verfehlen. Die Versammlung erwartet von der Preßkommission, daß sie solchen Querstreichen sofort Einhalt gebietet. Die Spalten unserer Zeitung sind zu schade für ein solches Schreiben und unseren Redakteur bezaßeln wir nicht dafür, daß er unsere Mitglieder der Partei entfremdet.“

Der Beschluß soll dem Zentralvorstande und der Preßkommission zugestellt werden.

Ueber die allgemeine Weltausstellung sprach am Sonntag in einer Vollversammlung für den ersten Hamburger Wahlkreis der

Götz Krafft

Die Geschichte einer Jugend
Roman in vier Bänden von Edward Stilgebauer

Schluss-Band soeben erschienen

Preis pro Band brosch. 4 Mk., gebd. 5 Mk.
Bisher **145.000** Bände
wurden verkauft

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von Rich. Bong, Berlin W. 57.

Arminhallen.

Zielerstr. 20. Kommandanten-Str. 20.
Tel.: Amt I Nr. 8955.
Große u. kleine Festsäle mit u. ohne Bühne sind nach Dezander, Garnier,
Februar u. März Sonnabende u. Sonntage frei, sowie auch Silvester.

Dr. Simmel, Prizzen

Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Preisermäßigung **Brennspiritus** Preisermäßigung
10 Pf. **10 Pf.**
= pro Liter = „Marke Herold“ = pro Liter =
Original-Literflaschen mit Patentverschluss.
Man nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschluss-
streifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt
sind!
30 Pf. pro Literflasche ca. **90** Vol. %
33 Pf. pro Literflasche ca. **95** Vol. %
exkl. Glas
In Berlin und Umgebung etwa 3000 Verkaufsstellen.
Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin W. 8.

Für Vereine.

Frei gemachten 1000000, der
B. Februar, und Anfang März.
Buss' Salon,
Große Frankfurterstraße 55.
Montags und Mittwochs für
Vorfammlungen frei. 51512*

Josef's Cigaretten
Erstklassige deutsche Fabrikate.

Josef's Cigaretten

Erstklassige deutsche Fabrikate
Mit peinlichster Sorgfalt von den best-
bezahlten Cigarettenarbeitern hergestellt.

17. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beifügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

200 57 309 412 611 73 900 25 88 1126 333 428 58
[500] 394 541 98 800 [3000] 922 45 61 2035 117 348
[500] 41 465 531 77 837 62 3046 119 230 73 315 94
531 40 994 4039 130 [3000] 54 202 [1000] 654 5149 261
209 78 454 843 629 748 824 337 94 6035 195 321 529 923
26 [1000] 7147 207 442 86 543 92 922 31 772 905 8/29
33 169 316 373 777 849 89 907 72 9355 72 633 [3000]
10073 539 635 60 [5000] 789 864 11081 208 85
325 432 503 96 [3000] 645 945 89 12355 562 [10 000] 88
952 13204 447 95 626 44 32 914 14485 508 47 [500] 809
948 15077 249 433 779 384 [1000] 912 16178 [3000]
375 89 485 [150 000] 512 731 888 910 17287 [500]
487 504 894 853 981 15049 174 [1000] 84 90 243 361
410 612 700 19382 700
20487 585 684 94 807 21068 125 81 220 62 [3000]
82 304 11 453 71 524 648 22004 126 228 604 23 30 3/9
414 21 626 840 988 24004 [1000] 184 594 31 46 323 59
430 538 [3000] 640 [1000] 904 88 25033 79 659 772
[300] 834 927 [1000] 89 96 26104 9 245 [1000] 434 873
628 918 27014 182 82 325 77 482 865 79 2/017 32
780 77 [500] 353 86 [300] 401 509 82 935 57 [500] 20138
260 482 629 700 [3000] 69 93 914 55 60 [300]
30027 633 750 91 92 930 91 31000 34 43 54 181
320 39 405 812 53 819 31 26 83 89 32947 299 [1000]
342 565 [1000] 894 33193 221 [500] 795 [500] 849 964
34909 127 308 40 734 35033 88 380 459 878 631 812
35678 423 334 66 735 873 845 88 37014 90 [500]
119 213 482 943 69 38373 529 77 637 842 39070 82
672 588 928
40160 203 [3000] 12 [3000] 33 532 90 966 69 41213
70 408 [3000] 682 47 69 798 42085 152 370 535 683 700
73 305 80 43018 [3000] 20 80 102 882 837 87 69 807
[3000] 44206 67 315 406 578 633 885 45033 33 428
601 638 68 913 19 46019 231 32 41 92 330 60 [300] 82
673 637 91 442 65 708 65465 867 736 [500] 935 29
93 811 27 975 49322 31 398 402 [500] 28 [3000] 46 747
49 49023 83 114 83 283 307 449 826 90 999
50219 [500] 390 [1000] 95 412 561 [3000] 793 [1000]
839 87 [3000] 51342 43 [1000] 432 55 618 739 52188
226 38 78 305 518 608 60 807 [500] 53041 304 [1000]
702 832 68 54222 317 93 415 72 265 [1000] 545 [3000]
724 835 70 55392 370 902 65 56885 133 215 3/3 460
625 81 83 [1000] 883 975 57078 [1000] 268 316
[150 000] 619 73 837 47 97 998 58309 38 68 [1000]
88 370 [10 000] 455 534 619 789 900 82 [3000] 97
59278 335 531 69 445 799
60150 580 789 61116 37 619 799 [3000] 583 62323
49 134 72 388 462 [500] 867 63 25 309 71 427 73 723
72 64197 201 308 [3000] 46 57 690 750 62 65291 309
29 63 67 91 442 65 708 65465 867 736 [500] 935 29
67025 [500] 90 146 374 454 781 735 832 69026 32 [500]
69 78 172 403 64 [3000] 544 796 847 938 [500] 69133
82 483 93 360 672 704 942
70183 210 53 312 654 791 809 [500] 71044 111
320 373 793 72282 [3000] 89 576 980 [1000] 73002 82
163 90 309 921 74176 [500] 206 340 690 75015 17
[3000] 148 213 [1000] 449 801 752 [500] 870 76247 374
551 651 [3000] 949 77167 326 408 706 78055 577 623
991 79067 09 09 101 17 60 58 76 293 319 21 90 796
80042 181 462 70 579 603 [500] 21 712 87 962
81057 83 [500] 218 401 [500] 3 63 [500] 841 767 857
831 82040 147 [3000] 200 342 487 [1000] 825 844 97
83066 561 614 861 940 [1000] 84294 306 615 24 43 49
[300] 77 874 914 42 43 85275 78 511 67 [3000] 682
[1000] 97 815 979 86114 86 [3000] 259 304 479 390
82 447 [3000] 938 [500] 89 [500] 87034 [500] 391 4/9
87 413 13 [3000] 753 84 908 88080 91 [3000] 67 [3000]
391 605 571 [500] 880 977 83 89061 244 316 [500] 472
619 727 49 821 35
90278 [1000] 493 323 738 [1000] 801 86 91033
103 64 220 64 90 489 555 823 [500] 933 92040 112 39
240 56 841 504 65 633 42 93064 133 303 28 30 301 449
644 94287 437 807 635 776 800 43 [3000] 53 900 95
95080 148 481 619 700 907 [1000] 96063 476 630 700
36 941 97080 342 [3000] 419 71 76 908 32 86 98115 54
336 408 84 530 75 83 634 57 836 938 99961 539 63 878
900 20 [500] 23
100045 86 108 13 229 [3000] 290 321 61 837 101073
95 228 447 50 22 79 88 508 683 96 711 27 102079 163 99
282 [500] 226 92 484 91 531 704 847 103073 223 90 404
82 84 701 826 80 948 [3000] 48 104581 186 [3000] 46
492 71 584 696 33 105381 437 [1000] 98 857 806
106941 96 82 829 55 [500] 774 840 64 639 96 107020
88 430 107 802 96 738 505 57 200 105204 16 63 801 41
907 109012 174 75 [1000] 238 331 52 583 [5000] 608
86 847 977 [3000] *
110001 105 89 [3000] 90 279 372 [3000] 78 475 522
[300] 831 81 111001 140 81 [3000] 223 306 430 85
112131 478 637 [500] 65 745 [3000] 902 113090 160
[1000] 531 09 750 63 83 907 69 114250 118 256 64 366
540 57 69 619 737 55 804 910 115150 [500] 239 321 780
508 23 28 986 110073 315 649 803 912 18 117308
814 689 971 118034 97 102 308 514 692 738 119058 101
492 540 86 705 65 062 63
120286 [500] 360 485 504 40 628 [1000] 700 831

121047 915 331 338 49 663 74 765 86 [500] 808 53

935 122139 207 305 [500] 477 546 638 717 90 922 31
123137 45 67 254 344 [3000] 65 400 501 [3000] 721 833
[500] 78 938 124033 46 482 625 61 125003 392 33 505
65 97 894 988 126108 679 745 54 71 93 826 [3000]
127162 249 63 430 88 904 38 99 128032 186 301 36 462
430 689 937 45 68 [1000]
130063 123 45 95 432 77 876 [500] 131299 323
267 70 770 935 132126 323 86 903 30 133180 80 258
361 88 488 867 933 134110 28 67 259 411 670 794 879
135045 73 224 42 381 827 [500] 83 646 74 838 136006
[1000] 37 323 [5000] 456 529 75 700 924 137017 186
218 33 [3000] 83 314 328 689 713 840 54 138193 278
408 506 40 45 60 630 796 957 70 [500] 139085 434 80
618 704 927
140175 827 33 35 141028 30 101 6 [500] 64 265
540 [1000] 667 740 94 833 142122 776 143458 735
66 144301 947 734 91 94 953 145145 97 70 414 883
798 889 [500] 146014 23 [1000] 26 322 [500] 43 580
92 629 713 84 [1000] 57 937 49 147094 230 42 85 58
322 90 537 62 839 73 87 148518 [1000] 670 710 73 [500]
824 73 923 149005 131 69 315 414 81 96 629 598
150389 484 513 43 68 [3000] 674 838 931 93 [1000]
151131 181 332 439 523 [3000] 651 [3000] 776 610 61
152081 182 312 63 449 396 845 843 88 [1000] 153042
154 39 403 83 85 86 814 31 67 77 [500] 838 93 154386
201 57 417 77 516 69 [3000] 94 617 513 155056 89 [500]
93 156 221 43 787 804 [500] 9 130007 155004 334 26
425 [500] 578 [1000] 157044 180 212 362 464 618 570
707 [500] 45 [1000] 90 859 972 158094 111 296 440
159055 78 [1000] 590 787 [500] 925 47 161155
329 65 435 933 162015 130 [500] 288 512 605 15 849
163078 109 257 406 9 632 927 164004 48 38 [500]
112 99 207 452 [1000] 71 545 751 75 905 68 165013 59
492 [500] 824 44 [500] 166012 100 450 724 877 167107
46 [500] 81 242 [3000] 190 467 [1000] 55 501 17 75 888
168355 112 89 610 22 37 763 922 [1000] 169054 153
228 405 880 91 068
170077 132 84 89 801 43 876 901 171132 398 72
[500] 517 757 79 172040 [500] 65 98 99 124 226 49
[500] 348 508 47 985 173189 71 222 387 831 006 78
944 89 174196 276 609 805 16 175114 53 225 31 820
[3000] 33 447 528 588 176007 16 235 [500] 416 91
718 [3000] 851 177063 168 278 87 [500] 96 430 735 73
819 178063 [1000] 64 100 86 227 55 65 [1000] 415 561
67 600 711 179189 254 [1000] 339 [1000] 862 [500] 680 92
180148 67 633 77 897 631 32 75 181198 223 344
75 681 [500] 61 962 182026 221 409 [500] 716 94
[500] 183225 [5000] 534 805 764 [1000] 83 812 24
904 184046 128 89 296 312 572 83 660 [3000] 72 832
[500] 185008 75 83 262 [500] 629 34 73 774 848
915 74 186078 91 187 [500] 641 722 825 187018 72
115 18 89 303 63 379 652 90 728 347 79 912 [1000]
188195 277 388 67 [500] 734 64 873 999 189013 118
57 210 371 [500] 464 94 516 734 812 19 851 75
190034 154 99 773 331 416 40 843 701 4 894 966
191000 [1000] 595 [1000] 683 192017 74 219 38 494
836 [3000] 664 [500] 88 96 891 911 [500] 193120
[3000] 243 301 597 [3000] 624 752 844 194070 130 42
50 89 290 195063 130 221 [3000] 37 45 408 61 696 79
657 66 735 67 907 196017 124 90 249 735 86 831 [1000]
937 42 197659 309 117 485 699 747 810 90 938 198086
112 [1000] 32 328 485 689 855 199063 216 33 403 62
662 601 [500] 44 86 [1000] 998
200148 255 64 329 42 621 90 67 [500] 201337 48
418 [500] 529 628 29 81 [500] 83 792 202223 68 528
614 745 868 203022 435 66 732 801 [500] 921 80
204249 68 372 [500] 724 205126 309 732 77 868
206641 194 285 322 50 62 475 963 79 675 [1000] 864 393
207331 40 840 71 [3000] 676 751 78 [500] 821 90
[1000] 208193 299 697 511 56 708 823 47 75 901 84
209095 143 388 479 675 837 [500] 832 83
210034 152 258 300 [1000] 698 754 847 [3000] 28
921 211062 117 307 471 395 823 212015 [500] 40 214
35 [1000] 348 85 446 829 70 776 848 68 900 213098
[1000] 244 69 [1000] 316 [3000] 21 513 698 727 214234
422 73 615 846 49 90 696 [3000] 215121 63 69 88 318
84 92 437 64 599 619 34 216082 179 [1000] 228 360
61 424 29 69 [1000] 86 867 842 [500] 59 69 217142
[1000] 96 203 343 419 847 94 21 181122 298 88 329 73
[500] 92 424 675 91 909 219298 307 464 78
220165 264 346 [3000] 621 893 [1000] 221217
431 592 798 222477 543 [500] 725 99 825 223021 207
399 678 735 96 815 64 93 981 224122 306 33 45 75
718 20 980 225078 194 591 99 744 010 226011 309 25
92 418 [500] 597 633 715 864 71 72 973 [500] 227224
36 [3000] 309 538 615 745 99 986 228005 438 647 76
791 829 901 30 229070 433 517 35 896 907
230111 216 20 60 589 682 [500] 231024 230 [3000]
371 878 [1000] 420 800 5 83 928 232090 245 92 376 92
630 782 868 903 233393 671 684 90 885 963 65 234099
400 737 91 607 13 235103 246 [1000] 47 380 575 698
757 87 901 236087 181 485 544 54 [1000] 633 782 63
886 990 62 237051 63 207 375 80 486 [1000] 697 680
[3000] 238000 465 85 619 794 [500] 895 957 239061
[500] 144 [3000] 203 28 44 95 [1000] 345 470 583
240157 488 [3000] 590 677 928 241116 61 [500]
242 [500] 474 802 37 [500] 78 242380 424 [3000] 47 822
706 243003 71 125 32 665 91 94 749 [500] 78 808 24
244115 404 79 245044 286 82 550 889 788 847 78 428
75 246002 4 54 143 46 29 258 844 724 516 88 247011
64 303 20 80 83 353 90 735 [500] 49 640

17. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beifügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

94 [500] 185 205 342 991 [1000] 618 772 904 39 927
77 1065 [500] 97 225 610 942 2116 962 [1000] 229 75
[3000] 93 721 66 71 3211 458 55 961 728 820 4119 366
491 842 735 5083 152 420 37 540 [500] 917 905 6181 77
214 311 485 532 606 930 77 98 945 47 7120 314 662 71
8003 120 [1000] 61 96 [3000] 406 42 82 707 [1000] 908
9164 404 93 99 719 585 [1000]
100071 418 [500] 506 18 74 906 32 [1000] 44 71
[1000] 11011 [500] 330 96 478 320 693 [1000] 743 12061
209 629 770 874 18163 90 396 [500] 454 612 29 86 809
14153 210 341 46 487 576 666 969 15043 217 70 259 71
476 526 789 [3000] 885 16283 308 361 743 [3000] 219 31
96 1126 71 69 886 648 789 845 15078 178 228 36 647
806 [3000] 67 996 19401 638 90 325 902
20127 374 71 477 533 21251 611 19 792 842 [3000]
22283 235 42 397 511 12 27 863 23343 [1000] 323
[1000] 86 806 64 94 714 96 [1000] 931 64 24463 740 399
14 [500] 92 25467 128 64 314 79 387 647 26022 68 132
492 [500] 67 611 718 79 [500] 806 27044 302 51 435 86
827 653 767 806 71 28494 64 565 674 83 89 798 [1000]
990 29046 409 65 865 717 21 948 97
30068 789 806 910 [3000] 31077 101 19 200 305
422 [3000] 860 763 67 32278 325 57 64 460 96 909 872
715 [500] 83 885 [1000] 969 33032 [500] 126 40 54 265
909 922 34080 116 524 988 35194 309 95 701 894
36061 822 56 87 861 37124 74 300 489 627 [1000] 900
36328 83 84 732 94 [500] 8

Erster deutscher Städtetag.

Berlin, den 27. November.

Im PlenarsitzungsSaale des preussischen Abgeordnetenhauses trat heute früh um 10 Uhr der erste deutsche Städtetag zusammen.

Neben der Konstituierung des deutschen Städtetages bildet den Hauptpunkt der Tagesordnung die Fleischsteuerungsfrage, die auch den Anstoß zur Einberufung gegeben hat.

Zu diesem Punkt unterbreiten die Referenten Oberbürgermeister Koerte (Königsberg i. Pr.), Reichstagsabg. Syndikus Dr. Dove (Berlin) und Magistratsrat Dr. Beckh (München) folgende Leitsätze zur Fleischsteuerungsfrage:

1. Es besteht zurzeit in Deutschland eine ganz außerordentliche Höhe der Fleischpreise, insbesondere der Schweinefleischpreise, an deren Abbalgung alle Kreise des Volkes, insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung der Städte, in dringendem Interesse haben.

2. Die Ursache solcher Teuerungen ist darin zu erblicken, daß die inländische Viehproduktion dem starken Wachstum der Bevölkerung gegenüber nicht stetig imstande ist, den inländischen Bedarf an Fleisch zu decken, insbesondere nicht nach den erfahrungsgemäß sich wiederholenden Minderernten in Futtermitteln. Die Behauptung, daß der Zwischenhandel die Veranlassung für die derzeitige Fleischsteuerung abgibt, kann als zutreffend nicht anerkannt werden.

3. Zur Deckung des einheimischen Fleischbedarfs ist deshalb der Rückgriff auf die Vieh- und Fleischbestände des Auslandes unter voller Wahrung des Seuchengesetzes für die einheimischen Viehbestände geboten.

Die bestehenden Einfuhrverbote und Erschwerungen überfordern zum Teil das durch die Gesetzgebung im veterinären und sanitären Interesse vorgesehene Maß und führen dazu, die Einfuhr, auch wo sie zugelassen ist, unwirksam zu machen.

4. Von den vorgeschlagenen Abhilfsmitteln kann die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als geeignetes Mittel zur wirksamen, dauernden Beseitigung der Fleischsteuerung nicht angesehen werden.

5. Dagegen erachtet der deutsche Städtetag als geeignete Mittel gegen die Fleischsteuerung die möglichst ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs aus dem Auslande — unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen — zur Abschachtung in öffentlichen Schlachthäusern;

die Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande unter Beseitigung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Erschwerungsmaßnahmen;

die Ermäßigung der Zölle und Eisenbahntarife für Futtermittel in Zeiten bestehender Futtermittelknappheit;

6. Der deutsche Städtetag erklärt, daß die Behandlung der Fleischsteuerungsfrage durch die maßgebenden Instanzen des Reiches und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädigt.

Nach 10 Uhr eröffnete der Oberbürgermeister von Berlin, Kirschner, die Versammlung. Er führte in der

Eröffnungsanrede

aus:

Der deutsche Städtetag tritt als ständige Einrichtung heute zum ersten Male zusammen. Von den in Frage kommenden größeren Städten haben fast alle, bis auf einen kaum nennenswerten Teil, den Beitritt erklärt. Dazu gesellen sich durch den Beitritt einer Reihe Städtebünde eine größere Zahl von kleineren Städten. Wir begrüßen die Vertreter der Städte aus allen Bundesstaaten und aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes. Es ist das ein Beweis dafür, daß der Geist der Einheit in den deutschen Städten stark ist und gepflegt wird. Ein neues Band umschließt nunmehr die deutschen Städte. So wollen wir uns an erster Stelle, ehe wir an die Arbeit gehen, in der uns allen treuen Liebe für das deutsche Vaterland denken, der an der Spitze des Reiches die Geschicke des Vaterlandes mit unermüdlichem Eifer und starker Hand leitet. (Die Versammlung hatte sich erhoben und stimmte in das Kaiserhoch ein.)

Oberbürgermeister Kirschner teilt dann mit, daß von den Städten mit 25000 Einwohnern 44 den Beitritt erklärt, von 3 Städten steht die Erklärung noch aus und von nur 3 Städten ist eine Abfrage erfolgt. Außerdem haben 7 Städtebünde ihren Beitritt erklärt. Der deutsche Städtetag könne demnach als konstituiert betrachtet werden. (Beifall.)

Wir können damit übergehen zur

Konstituierung des Bureau's.

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, außer mir als bisherigem Vorsitzenden zur Leitung der Versammlung zu berufen die Herren Oberbürgermeister Barth-Ströhmung, Erzellens, Weiler, Dresden, v. Schuß, Nürnberg und Gauß-Stuttgart. (Zustimmung.) Das Schriftführeramt hat Herr Stadtrat Ramskau-Berlin übernommen.

Als Referent zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Die Frage der Fleischversorgung der großen Städte und die bestehende Fleischsteuerung

erhält das Wort:

Reichstagsabg. Syndikus Dove, Berlin: Die Frage der Fleischsteuerung ist der einzige sachliche Gegenstand der Verhandlungen dieses Städtetages. Das allein beweist schon ihre Bedeutung. Welche ihrer Aufgaben sich bewußte Stadtvertretung könnte aber auch an den Zuständen gleichgültig vorübergehen, die sich auf dem Gebiete der Fleischversorgung heute überall entwickelt haben. Eine lange Zeit andauernde, unmäßige Teuerung des Fleisches muß zu einer Unterernährung des Volkes führen und damit nachteiligen Einfluß auf die Produktion ausüben. Zum Ausgleich der Mehrausgaben für Fleisch sind Lohnerhöhungen erforderlich; die Produktion verteuert sich also. Diese Lohnerhöhungen werden vielfach erst durch Lohnkämpfe erzielt werden; es tritt also eine Störung des Produktionsprozesses ein. Endlich werden weite Kreise in ihrer Kaufkraft geschwächt, so daß die inländische Produktion nicht nur in ihrem Wettbewerb auf dem Weltmarkt schwer beeinträchtigt wird, sondern auch durch eine Verminderung des Absatzes auf dem Innenmarkt bedroht wird.

Das Vorhandensein einer unmäßigen Erhöhung der Vieh- und Fleischpreise wird nicht mehr bestritten. Aufgehoben ist die Behauptung, sie sei Nachdruck der interessierten Zwischenhändler. Tatsächlich haben wir in Berlin für die letzten Jahrzehnte eine ununterbrochene Preissteigerung bei allen Viehgattungen, eine sprunghafte

Preiserhöhung nach dem Ausfall der Futtermittelerte bei den Schweinen festgestellt. Selbst nach dem Hochsommer, in dem sonst der Schweinepreis regelmäßig am höchsten steht, ist er in diesem Jahre noch ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Man hat gesagt: Schuld daran sind die Fleischmeister, ist der Zwischenhandel. Auch den Städten hat man einen Teil der Schuld beizuschreiben wollen. Es ist eine Tatsache, daß stets bei einer Fleischsteuerung Vorwürfe gegen Handwerk und Handel erhoben werden. So war es auch bei der Teuerung 1902. Auch damals suchte die Vertretung der Landwirtschaft diese Behauptung zu beweisen. Aber trotz dieses „süßlichen Bestrebens“ mußte die Denkschrift der Landwirtschaftskammern damals zugeben: es kann nicht erwiesen werden, daß förmliche Verabredungen der Händler bestehen, um die Fleischpreise dem Konsumenten zu verteuern. Nun sagt man: der Handel gebe durch zu viele Hände, wodurch die Viehpreise erheblich verteuert werden. Tatsächlich aber handelt es sich beim Viehhandel und dem System der Viehkommissionäre um eine praktische Arbeitsteilung. Daß eine Verteuerung durch die Schlachthöfe usw. Gebühren stattfindet, ist nicht stichhaltig. In Berlin betragen die Gebühren für je 6 bezw. 4 Pfund Fleisch einen Pfennig.

Der Referent geht weiterhin an der Hand der bestehenden Gesetzgebung, daß selbst in ihr die Seuchenfreiheit Deutschlands und die Verkehrsfreiheit Deutschlands keineswegs vorausgesetzt sei. Sollte man dazu das Verbot der Einfuhr von Wüchsenfleisch usw., so könne man sich dem Eindruck nicht entziehen, daß andere Gesichtspunkte für die Schließung der Grenzen maßgebend sind, als die sanitären, daß man aus anderen Gründen das Verbot nicht öffnen wolle, durch das allein eine Besserung zustehen könne. Schließlich seien die Verteidiger der Grenzsperrung, nachdem alle ihre Positionen sich als unhaltbar erwiesen, auf das Argument zurückgewichen, daß die Preise im Auslande ebenso hoch seien. Nun, da komme es doch auf eine Probe an! Das Vieh, das und das Auslande nicht liefern, werde unseren Viehbestand gewiß nicht versorgen. Redner schließt mit der Bitte um einstimmige Annahme der vorgelegten Leitsätze: Auf einem Städtetag war es, wo einst Max v. Hordeneb die Städte aufrief gegen die Verteuerungspolitik. In seinem Sinne müssen wir hier erklären, daß, wenn wir die Interessen der städtischen Bevölkerung wahrnehmen, wir gleichzeitig die des ganzen Landes vertreten. Wenn wir auch im Augenblicke — infolge der Wahlkreiserteilung wie aus anderen Gründen — wenig Aussicht auf Sieg haben: wir werden den Kampf fortsetzen, bis unseren gerechten Interessen Gerechtigkeit widerfährt. Einigkeit macht Kraft. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Als zweiter Referent sprach Oberbürgermeister Koerte (Königsberg i. Pr.) über:

Die Fleischversorgung der deutschen Städte und die Schädigung ihrer Bevölkerung durch die gegenwärtige Fleischsteuerung.

Er nimmt Bezug auf die Leitsätze und geht im Speziellen auf die Entwicklung der Fleischpreise im Osten ein, wobei er sich auf eine neuerlich angestellte Umfrage bei 64 ostpreussischen Städten bezieht. Es haben alle bis auf zwei geantwortet und allgemein wird eine anormale Fleischsteuerung anerkannt, sechs davon sprechen von einer ausgeprochenen Fleischnot. Das muß besonders ins Gewicht fallen, da Ostpreußen eines der größten deutschen Viehproduktionsgebiete ist. Andererseits muß auch gegenüber den gegnerischen Behauptungen festgestellt werden, daß 75 Fleischereibetriebe in dem letzten Jahre in Ostpreußen den Betrieb eingestellt haben, in Königsberg 17, in Allenstein 6, in dem kleinen Schippenbeil 6.

Der Preis pro Zentner Schlachtgewicht ist gestiegen bei Rindern seit Januar 1905 von 68 M auf 74 M im Oktober, bei Schweinen von 55,75 M auf 73,50 M. (Hört! hört!) Gleiche Verhältnisse herrschen in Schlesien und im ganzen Osten. Es kann gegenüber den Tatsachen auch die Behauptung nicht aufrecht erhalten werden, daß die Vieh- und Fleischpreise auch sonst überall ebenso hoch sind. Nach amtlichen Ermittlungen betragen die Viehpreise an der russischen Grenze pro Doppelzentner 60—62 M für Rinder und 46—60 M für Schweine. Von zwei Grenzstädten, Mlawa (russisch) und Reidenburg (preussisch), sind in der ersten die Fleischpreise 225—250 Proz. niedriger. (Wiesaches Hört! hört!) Wo der kleine Grenzverkehr — 2 Kilo pro Tag und Person — freigeschlossen ist, ist er außerordentlich stark, ja für die kleinen Leute die einzige Art der Fleischversorgung. Diese Einfuhr hat von Juli bis Oktober ständig stark zugenommen und beträgt jetzt für Ostpreußen 36 000 Zentner.

Was ist nun den Städten anempfohlen worden zur Linderung der Fleischnot? „Die Herabminderung der Schlachthofgebühren, die Beseitigung der das Fleisch so außerordentlich verteuern den Ueberhälften der Schlacht- und Viehhöfe.“ Aber das sind ja längst widerlegte Märgen; durch diese Ueberhälften wird nach einer amtlichen Breslauer Berechnung das Pfund Fleisch mit sieben Pfund Getreide belastet. — Weiter ist uns empfohlen worden die direkte Verbindung mit den Produzenten. Wir in Königsberg haben einen Viehkommissionär angestellt, aber sehr maßgebende Vertreter der Landwirtschaft haben ihm erwidert, sie verlaufen lieber an Händler aus dem Westen zu teureren Preisen. (Weiterkeit.) Dann riet uns der Herr Landwirtschaftsminister in seiner bekannten geistvollen Art zur städtischen Schwächung. Aber die erfordert einen großen Verwaltungsapparat und erhöht durch Zusammenbringung großer Schweinemengen gerade nach agrarischer Auffassung übermäßig die Seuchengefahr. Schließlich hat die Zentralstelle der deutschen Landwirtschaftskammern sich als Vermittlerin zwischen den Produzenten und den städtischen Verwaltungen angeboten. Sehr zuversichtlich heißt es in dem Schreiben, daß „auf diesem Wege die städtischen Konsumenten bestimmt sehr viel billigeres Fleisch erhalten“ würden. In der Tat aber hat z. B. die Stadt Magdeburg sich durchaus vergeblich an diese Zentralstelle gewandt. Der Zweifel, ob dieses Angebot überhaupt ernsthaft gemeint war, muß aber entschieden verstärkt werden, wenn man in einem Artikel des Herrn Oekonomierats Ring in der „Landwirtschaftlichen Rundschau“ liest: „Die Städte müßten an ihrer sozialen Pflicht erinnert werden, wenigstens zu versuchen, dem Volke billiges Fleisch zu liefern.“ Dann werde man sehen, wo die wahren Fleischverteurer sitzen.“ (Lachen.) Das verrät einen ganz anderen Jued, als den sachlicher Erdichtung.

Zum Schluß beschließt sich Redner mit der Stellung der Reichsregierung und der einzelnen Bundesstaaten zu der Fleischsteuerung.

Das dritte Referat zu demselben Gegenstand hat:

Magistratsrat Dr. Beckh (München): Ich bedaure nicht, daß ich vieles von den Vorrednern wiederholen muß. Denn diese Gleichheit der Zustände in den räumlich entferntesten Gegenden ist ein Beweis mehr für unsere Anschauungen. Wir haben uns schon auf dem bayerischen Städtetag im Oktober zu Bamberg und auf der vom Ministerium des Innern einberufenen Fleischversorgungskonferenz mit der Frage der Fleischnot beschäftigt. Immer wird daraus hingewiesen, daß die bayerische Landwirtschaft in normalen Zeiten den Viehbedarf des Landes zu decken vermag. Es wird aber dabei ganz übersehen, daß Bayern doch kein nach außen abgeschlossenes Wirtschaftsgebilde, sondern ein Teil des deutschen Abhängigkeitsgebietes ist und daß ein Teil seiner Milchproduktion an andere deutsche Staaten geht. Deshalb ist Bayern an der möglichst ungehinderten Vieheinfuhr nicht nur aus seinen Nachbarstaaten Österreich, Schweiz und Italien, sondern auch aus Russland, Dänemark und Holland interessiert. Vom Münchener Markt wurden in jeder Woche 1000 Stück Großvieh nach westdeutschen Städten exportiert; jetzt ist dieser Export allerdings um 200 Stück zurückgegangen. Die Zahl der Schlachtungen ist in den ersten zehn Monaten dieses Jahres gegen das Vorjahr in München zurückgegangen: an Ochsen um 1800 Stück, an Schweinen um 1154 Stück. Dazu kommt das Mindergewicht und die geringere Qualität der

Schlachtvieh. Bei den hohen Marktpreisen bringen die Landwirte die Tiere zum Teil halbgemästet auf den Markt. Darunter muß natürlich auch die Nachzucht vollwertigen Mastviehes leiden. Am 30. Oktober 1905 war in München der Viehpreis für Ochsen pro 50 Kilogramm Schlachtgewicht um 11—13 M., bei Schweinen um 16—18 M. höher, als am 31. Oktober 1904. Am 1. November 1905 waren die Fleischpreise für Ochsenfleisch um 7—10 Pf., für Schweinefleisch um 13—16 Pf. höher als im Vorjahre. In München betrug der Fleischkonsum im Jahre 1898—1899 noch auf den Kopf der Bevölkerung 90%, Kilogramm jährlich, 1904 betrug er nur noch 75 Kilogramm, und für 1905 muß ein weiterer Rückgang von 7 Kilogramm pro Kopf erwartet werden. Nun wird versucht, die Händler, die Kommissionäre, die Metzger und die mangelhaften Einrichtungen der Städte für die Fleischsteuerung verantwortlich zu machen. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß die Gewerbetreibenden zuzeiten mehr Gewinn aus der Fleischversorgung gezogen haben, als im Interesse der konsumierenden Bevölkerung gelegen hat. Wie sie aber die Schuld an den jetzigen Zuständen treffen soll, ist nicht einzusehen. Die Organisation des Viehhandels, des Metzgergewerbes und die Zusammensetzung der Stadtverwaltungen ist in Berlin, Dresden, Nürnberg und München durchaus verschieden. Überall aber herrscht die gleiche Fleischnot. Daraus geht hervor, daß die angezogenen Momente gar nicht ausschlaggebend sind, daß die Wurzel des Übels in der ungenügenden Viehproduktion liegt.

Weite Kreise haben bereits auf den Fleischgenuss verzichtet müssen. Diese Unterernährung hat so schwere soziale, hygienische und ökonomische Schäden im Gefolge, daß die maßgebenden Stellen sich auf die Dauer der Frage nicht entziehen werden können.

Oberbürgermeister Kirschner teilt mit, daß zwei Petitionen eingelaufen seien. Die eine, vom Deutschen Fleischerverband, will Stellung genommen sehen gegen die Auzerung einer kommunalen Fleischversorgung. Die zweite Petition ist von der Potsdamer Fleischerrinnung und verlangt Abschaffung der Potsdamer Schlachtsteuer.

Der Städtetag beschließt, zunächst in eine allgemeine Debatte einzutreten.

Erster Redner in der Diskussion ist:

Oberbürgermeister Wadewitz-Weißensfeld, der schon auf dem letzten preussischen Städtetag Opposition machte und der auch diesmal den Referenten und deren Leitsätzen entgegentritt. Die Fleischsteuerung werde nicht bestritten, die Ursache liege aber allein an der schlechten vorjährigen Futterernte. (Widerspruch.) Richtig sei es, daß das Uebel bekämpft werden muß. Aber es handelt sich da um die Frage: mit welchen Mitteln? Alle drei Referenten rufen: Öffnet die Grenzen! Ich bin mit vielen Millionen der Ansicht, daß das das ungeeignetste Mittel wäre. (Ob!!) Ursache und Widerspruch.) Ja, meine Herren, ich stelle den nationalen Gesichtspunkt voran. (Lachen.) Das Land muß das Vieh selbst produzieren. (Rufe und Gelächter.) Das ist doch etwas ganz natürliches! Allerdings für den internationalen Handel ist das nicht natürlich. (Murren.) Aber ich sehe nicht ein, welches Interesse der Konsument haben sollte, das Vieh aus dem Auslande zu erhalten. (Rufe.) Ich bestreite gar nicht die Verdrängung des Städtetages zu dieser Frage Stellung zu nehmen. (Rufe: Ja also!) Ich meine aber, daß die Verteuerung der Wohnungen viel tiefer und dauernder an den Geldbeutel der Arbeiter greift, als die vorübergehende Fleischsteuerung. (Rufe und Schlußrufe.) Sie wollen in das vom Bundesrat und Reichstag einmütig — mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Freisinnigen — gefasste mifeballe Werk des Zolltarifs Drecke legen. (Großer Rufe! Schluß! Schluß!) Ich trete für alle Mittel ein, die die Viehproduktion im Lande verstärken können, wie Herabsetzung der Eisenbahntarife und Regelung des Auftriebes durch die Stadt, eine Maßregel, die das nützliche und notwendige Fleischhandwerk gar nicht schädigen kann. Wie Rußland, Amerika und England müssen wir ein wirtschaftliches Einheitsgebiet werden, indem wir die Grenzen weiter stellen. Die Fleischnot wird den Gedanken einer mitteleuropäischen Zollunion fördern: „Nach außen begrenzt, nach innen unbegrenzt“.

Stadtvorordneter und Landtagsabg. Justizrat Cassel, Berlin: Ich war nicht darauf gefaßt, hier solche Ausführungen wie die des Vorredners zu hören. Um so stärker empfinde ich die Notwendigkeit, ihm entgegenzutreten. Ich anerkenne seine Offenheit, aber die Art, wie er begnügt, die das gleiche Recht haben, auf dem Städtetage ihre Ansichten zu vertreten wie er, einseitig entgegenzutreten, konnte die Würde des Städtetages nicht erhöhen und war nur möglich auf dem Hintergrunde einer bestimmten politischen Partei. (Lebhafter Zustimmung.) Einige Zeitlang hatte ich die Illusion, nicht nur räumlich, sondern auch tatsächlich im preussischen Abgeordnetenhause zu sein. (Weiterkeit.) und eine Rede von der Seite zu hören, auf der jetzt der Vorredner sitzt. (Erneute Weiterkeit.) Ihm wird ja der Landwirtschaftsminister das Kompliment nicht vorenthalten, vollkommen objektiv die Frage geprüft zu haben. (Weiterkeit.) Die agrarischen Verbindungen, die der Vorredner vermischt, bestehen ja im härtesten Maße; sie haben ihre Interessen und Forderungen jetzt zum größten Teile bei der Regierung durchgesetzt. Und da sollten wir nicht das Recht haben, wenn Reichsanwalt und Landwirtschaftsminister sich unseren berechtigten Anforderungen gegenüber so verhalten, auf die Rot und das Weiß des Volkes hinzuweisen? (Sehr gut!) Daß viele selbständige Fleischmeister ihren Betrieb einstellen müßten, ist noch das geringste Uebel. Aber die Kreuze erbliden schon in diesem Umfange der Teuerung eine Gefahr für die Volksgesundheit. Da müssen die Städte erklären, daß die Interessen der städtischen Bevölkerung Schaden nehmen.

Die vorgelegten Resolutionen verlangen Herabsetzung der Zölle auf Futtermittel. Warum nicht auch der Viehzölle? Wohl könnten mittels der Vorschläge dieser Leitsätze vorübergehend gewisse Erleichterungen geschaffen werden, aber dauernde Abhilfe aus dem, was beabsichtigt, zu schaffen, sind sie nicht geeignet. Trotz der Grenzöffnung würde bei den aufs Dreifache erhöhten Viehzöllen an ein Herabgeben der Preise nicht zu denken sein. Deshalb hat auch der Berliner Magistrat vom Staatsministerium die Aufhebung oder Herabsetzung der Viehzölle verlangt.

Stadtvorordneter Karl Marx-Frankfurt a. M. (Vorherrschender des Deutschen Fleischerverbandes) nimmt die Viehhändler und das Schlachtereigewerbe in Schutz. Die teuren Schweinepreise brachten dem kleinen Mann, der sich sein Schwein heranzüchtet, auch keinen Vorteil, da der Ferkelverkauf sich für ihn dementsprechend verteuerte. Wenn maßgebende Stellen den Deutschen Städtetag auch heute nicht mit ihrer Anwesenheit beehrt hätten, sei doch zu hoffen, daß die Verhandlungen hier mindestens davon überzeugten, daß das deutsche Volk schwer unter der Fleischnot leide. (Bravo!)

Zweiter Bürgermeister Fahrig-Künster hat einige grundsätzliche Bedenken gegen die Verallgemeinerungen im ersten Teil der Resolution. Es dürfe nicht gesagt werden: die deutsche Landwirtschaft sei nicht in der Lage, das notwendige Vieh zu produzieren. Krüger habe man ja auch gesagt: die deutsche Industrie könne keine Maschinen bauen, die müßten in England gekauft werden. Tanende von Hektolitern Gerealien würden in Deutschland zur Spiritusfabrikation verwandt; Fleisch sei aber notwendiger als Spiritus. Die Städte hätten auch ein vitales Interesse daran, die Hälfte der deutschen Bevölkerung, die nicht in den Städten wohne, launfräftig zu sein, denn der innere Markt sei doch der sicherste. Der zweite negative Teil der Resolution sei ein Mißtrauensvotum; ob es Eindeut machen werde, sei sehr zweifelhaft.

Stadtv. Singer: Mit den Vorträgen der Referenten bin ich im allgemeinen einverstanden. Aber sie haben wohl in dem Bestreben, möglichst wenig anzustreben, die Ursachen der Lebensmittelnot nicht scharf genug bezeichnet: sie liegen in der agrarischen Ruinpolitik, die in Deutschland betrieben wird. (Anruhe.)

Diese ganze agrarische Politik, die jetzt im materiellen Interesse einer Klasse gemacht wird, ist umso verwerflicher als dieselben

... welche die Mühle der Gesetzgebung in der Hand haben, sie zu gebrauchen, um Gesetze in ihrem Interesse zu machen. ...

Auch Freitag 6 ist nicht scharf genug. Dieser Regierung gegenüber können wir mit etwas stärkerem Gespür auftreten. ...

Jedenfalls müssen wir dieser Regierung offen sagen, daß ihre Politik zum Nutzen der breiten Massen führt: dieser Regierung, die für die Agrarier alles Entgegenkommen, für die Vertreter der Städte nur stilles Abwehnen, höchstens ein paar Wige hat. ...

Oberbürgermeister Rirchner: Wenn der Vorredner den Ausdruck „verbrecherische Politik“ auf die gegenwärtige Regierung gebraucht haben sollte, so möchte ich ihn als unparlamentarisch zurückweisen. (Bravo!)

Oberbürgermeister Vender-Breslau: Die Leitsätze sind so gehalten, daß wir alle ihnen zustimmen können, vielleicht mit Ausnahme des Herrn Kollegen aus Weihenfeld, der hier agrarische Gesichtspunkte vertreten hat, und des Herrn Singer. ...

Landtagsabgeordneter Ulrich-Offenbach: Die Wähligung der Leitsätze soll gerade ihre Schärfe sein. Mit solchen Vorlesungen können Sie den Agrariern nicht an die Wimpern klumpen. (Heiterkeit.) Die ganze Verhandlung der Vertreter deutscher Städte hat uns sehr enttäuscht. Wir hätten vom Vortrager andere Töne erwartet. ...

Reichstagsabg. Gothein-Breslau: Außer „Religion“ ist wohl noch kein Wort so gehänselt worden wie „national“. Der schlimmste Mißbrauch aber ist, vom „nationalen“ Schwein zu sprechen! ...

Am Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Es folgen dann kurze Schlussworte der Referenten. Bei der Abstimmung werden Leitsätze 1 und 2 einstimmig angenommen, gegen 3 und 5 stimmte nur Oberbürgermeister Bodehn, dem sich bei Leitsatz 6 Bürgermeister Fahrwich und acht weitere Herren, bei Leitsatz 4 Abg. Singer und die übrigen vier oder fünf sozialdemokratischen Delegierten anschlossen. ...

Punkt 4 der Tagesordnung ist die Wahl der Stadt, in welcher die Zentralstelle errichtet werden soll. Mit großer Mehrheit wurde Berlin gewählt.

Zum Schluß wurde der Vorstand des Städtetages gewählt und zwar wurden auf Vorschlag der Kommission gewählt die Oberbürgermeister Kirchner-Berlin, Vender-Breslau, Dr. Bentler-Dresden, Adickes-Frankfurt a. M., Schuehler-Karlsruhe, Strudmann-Hildesheim, Gauß-Stuttgart, Vender-Breslau, Bad-Strasbourg i. El., die ersten Bürgermeister v. Borst-München, v. Schuch-Rürnberg sowie Stadtrat Ramsau-Berlin. ...

Mit einem Dank an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, der die Räume zur Verfügung gestellt hatte, schloß Oberbürgermeister Kirchner um 4 1/2 Uhr den ersten deutschen Städtetag.

Verfassungen.

Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungssitz Berlin) hielt am Sonntag in der „Neuen Welt“ eine wieder sehr stark besuchte außerordentliche Generalversammlung ab. Es war dies die Fortsetzung der Versammlung vom 12. November, wo die Differenz der Rohrleger und des früheren zweiten Bevollmächtigten Wiesenthal mit der Ortsverwaltung behandelt worden. ...

Ausprüche über die Aussperrung in der Elektro-Industrie.

Cohen gab zunächst eine chronologische Darstellung der Aussperrungsvorgänge und revidierte dann die Taktik der Zentralstreikleitung. Hierbei gab er seinem Bedauern Ausdruck, daß in den verschiedenartigen Versammlungen, die sich mit den Aussperrungslehren beschäftigt haben, eine Anzahl Komiteemitglieder nicht einmal den Mut gehabt hätten, für die von ihnen mitgeführten Beschlüsse der Streikleitung gerade zu stehen. ...

Ein Antrag auf Vertagung wurde abgelehnt. In der Diskussion war Bittenberg der Meinung, daß eine Kritik jetzt eigentlich nur wenig fruchtbringend sei. Der Ausgang der Aussperrung erfordere jedoch dringend die Einführung einer neuen Kampfstatut. ...

Sichholz bemängelte, daß sich die Streikleitung über die Aussperrung so lange verzögert habe. Das Streikkomitee habe den Kampf regelrecht abgewartet, bevor es ganz zur wirklichen Kraftprobe gekommen sei. ...

Stricker ist der Ansicht, daß die Streikleitung von Anfang an Fehler gemacht habe. Es sei in den früheren Versammlungen immer gepredigt worden, daß es in nächster Zeit zu einem großen, entscheidenden Kampf mit den Rühnemännern kommen werde. ...

Veitge führte aus, die Niederlage stehe fest; daran sei nun einmal nicht zu denken. Er stehe auch nicht an, zu erklären, daß der „Vorwärts“-Artikel, gegen den Cohen in einer Einleitung polemisiert habe, den Nagel auf den Kopf getroffen habe; jedoch in dem Moment, wo er erschien, sei er deplaziert gewesen. ...

Hierauf nahm der Verbandsvorsitzende Schilde aus Stuttgart das Wort. In längerer Rede führte er aus, er hätte nicht geglaubt, daß sich die Diskussion in solcher Richtung bewegen würde. ...

Gebürder
Herrnfeld-Theater.
Heute präzise 8 Uhr:
Familientag
im
Hause Prellstein
Komödie in 3 Akten
mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorvert. 11-2 Uhr. (Theaterkasse).

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 10.
Der Mann im Monde.
Voll mit Gesang in 3 Akten von
E. Jacobson.
Abf. 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Kritisch: Nathan der Weise.
Donnerstag 3. letztemal: Komma
oder: Ein alter Geiger.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler
Soubretten-Wettstreit.
Schöneberger Wintergarten
Goltzstraße 9.
Täglich Theater und Spezial-
itätenvorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind
frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-
Vorstellung. Die Direktion.

Etablissement Bughenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Brodes Vereins-Säle
Neue König-Strasse 7.
Anschreibungen nach allen Stadtteilen. — Empfehle meine Säle
für Versammlungen, Gewerkschaftsungen und für Vereinsfeiern.
Adolf Borde.

Wir
verschenken
Weihnachts-Katalog
über
reizenden
Christbaum-
Schmuck,
wundervolle Neuheiten in Spiel-
waren, Bilderbüchern, Puppen,
Laternen magische, Eisenbahnen,
Schiffen usw. sowie über
sehr schöne und
praktische Geschenkartikel
für Herren und Damen in
Uhren, Uhrketten, Ringen,
Brochen, Leberwaren, Stahl-
waren, Haushaltungsartikeln,
Kaffeewaren, Phonographen,
Weisen, Stöden, Zigarren und
Zigarrenstücken, Garfäden, fei-
nen Seilen und Wohlgerüchen
in hochmodernen Packungen, speziell für Geschenke usw.
Größte Auswahl, billige Preise. Schreiben Sie nur eine Postkarte.
Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Königliches Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Versand.
Direkt an Fabrik.

PROBLEM
Cigaretten
übertraffen Importen
Beste
deutsche
Fabrikate
Überall
zu
haben.

Durch die außerordentlich geschickte Mischung der
feinsten türkischen Tabake ist die
Kapitän-
Cigarette
GESUCHT 1905
in Qualität unverändert; man fordere sich ausdrücklich
diese Marke.
C. Becker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt VII Nr. 5801.

Reichshallen.
Sente:
Stettiner Säger.
Zum Eintritt!
Fräulein Doktor.
Zeitbarkeite von Neujahr.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 85.
Abendlich kolossaler Beifall!
Neu! Signor Franzoso, Neu!
wunderbarer Profichmisch am Trapes.
Neu! Die 4 Vollmers, Neu!
Hüte-Krochaten.
Neu! Das gebildete Dienstmädchen,
Voll mit Gesang.
Neu! Der eifersüchtige Ehemann,
Voll mit Gesang.
und 15 Spezialitäten.

Otto Pritzkw
Berliner
Abnormitäten-Theater
Männstr. 10.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihantemensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof
Parlbergerstr. 26. Stöndalerstr. 18.
Säle von 100-1200 Pl. stehen den
gehörten Bezeimern zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartett-Sänger und
humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Böhm. Brauhaus
Landsberger Allee.
Sente
sonne jeden Dienstag:
Soiree
des
Fritz Steidl-
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.,
Spezial 50 Pf.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.
M. Schulmeister
Schneidermeister
Berlin SO., Dresdener-
straße 4,
am Kottbuser Cor.
Spezial-Haus
feiner
Herren- und Knaben-
Garderobe
fertig und nach Maß.
Elegante
Winter-Paletots von Mk. 18 50
an
Jackett-Anzüge . 17 50
Rock-Anzüge . 26 -
Gehrock-Anzüge . 32 50
Loden-Joppen . 6 -
Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur eigene Konfektion.



Rechte, beste und billigste Bezugsquelle
für Glas-Christbaumschmuck!!!
Für alle Parteigenossen und Arbeitervereine!
Für Händler und Private!
Die im Zentralverband der Glasarbeiter Deutschlands organisierten
Glasbläser von Steinach und Umgebung haben im Interesse des weiteren
Ausbaues ihrer Organisation zur bevorstehenden Weihnachtszeit den Ver-
sand ihres Produktes
Glas-Christbaumschmuck
selbst in die Hand genommen und verlegenden Sortimentslisten in geschmack-
voller Zusammenstellung und sorgfältigster Ausführung, enthaltend Engel,
Vögel, Gloden, Trompeten, bemalte, belpomene und verfilzte Kugeln und
Reflexe, Früchte, Baumspitzen, Luftballons und andere belpomene Neuheiten,
Kranzperlen usw., zusammen weit über 200 Stück nur bessere, größere
und aufs feinste angefertigte Sachen. Auf Wunsch auch über 300 Stück
kleinere Sachen zum Preise von 5 M. franko gegen Nachnahme. Bezug in
größeren Mengen von 10 M., 15 M. und Bahnkästen von 20 M. an wegen
Vorteilhaftigkeit bedeutend vorteilhafter und billiger.
Bestellungen bitten wir zu richten an Fabrikanten-Offizier **Eduard**
Taschach, Steinach S.-M., Kirchstr. 110. 49822*

KNORR'S
Hafermehl
Hafergrütze, Haferflocken.

Kraft-Rothwein
für Blufarme
u. Kranke,
ärztlich empfohlen.
Steht unter
ständiger Con-
trolle des
Gerichtschemkars
Dr. C. Bischoff.
Santa Lucia Fl. 1.50
u. 2 M.
Warnung vor Täuschung
durch ähnliche Namen.
Fordern Sie Lucia.



Lassen Sie sich nicht
durch ungläubwürdige Reklame verleiten
und kaufen Sie keine billige Zither, die
keine Stimmung hält. Ein solches In-
strument ist etwas fürs Auge, aber
wertlos.
Wollen Sie wirklich Freude haben,
dann kaufen Sie sich
Die echte
Menzenhauer
Guitar-Zither
mit unterlegbaren Noten,
welche jedermann sofort
spielen kann.
Über 1 1/2 Million
im Gebrauch.
Preis:
M. 20,- u. M. 25,-
Bei Anfertigung werden auch alle Geb. Käufer einer Guitar-Zither
12 Noten gratis. 51812*
Versand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.
Menzenhauer & Schmidt, Berlin, Spittelmarkt 15.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 118.)
Den Genossen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Gürtler
Paul Mayer
am 24. November gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 28. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Thomas-Stra-
hofes in Altdorf, Hermannstraße,
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
239/11 **Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten hierdurch die trau-
rige Nachricht, dass am 25. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr, nach langem,
mit Geduld ertragenem Leiden
mein innigst geliebter Mann,
unser guter Vater, Sohn,
Schwiegerohn, Bruder, Schwager
und Onkel, der Kassierer der
Ortskrankenkasse der Lichter und
Planofortarbeiter
Karl Post
im Alter von 52 Jahren ver-
storben ist. 51982
Dies zeigen tiefbetrübt an
Klara Post geb. Kraut
und Kinder.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. d. M.,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser langjähriges Mitglied,
der Tischler
Karl Post
am 25. November nach langem,
schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. November,
nachmittags um 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
07/13 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Bewerkschaftsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlosser
Adolf Meltzer
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
167/11 **Die Ortsverwaltung.**

Invaliden - Unterstützungskasse
d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am
24. November cr. verstorbenen
Lithographen
August Vollmer
findet statt am Dienstag, den
28. November, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle der Thomas-
Gemeinde, Altdorf.
Das Komitee.
Für die herzlichste Teilnahme und
schönen Kranzspenden bei der Beerdigung
meines Mannes und Vaters
Aug. Wolf
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Genossen vom
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis
(Bezirk 624), sowie auch dem Verband der
Bauarbeiter Deutschlands (Zweigverein
Berlin u. Umgebung) unseren herzlichsten
Dank. Frau Emma Wolf geb. Potzern
nebst Sohn.

Dankagung.
Für die herzlichste Teilnahme und
Kranzspenden bei der Beerdigung
meines Mannes, des Haus-
biener's **Paul Pfeiffer** (sage ich
allen Verwandten, Freunden und
Kollegen, des Handlars- und Trans-
portarbeiter-Verbandes, sowie seinen
Herrn Chefs, in Firma Gebr. Franke,
und dem gesamten Personal meines
innigsten Dank.
757b
Witwe Emma Pfeiffer.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Strasse 2.**
Berliner-Kranz-, Palmen- u. Blumen-
arrangements, Tafel-, Gartenland-
usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Am 25. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, verstarb nach langem,
schwerem Leiden das Vorstandsmitglied unserer Kasse
Herr Eduard Maether.
Die Beerdigung findet am **Mittwoch, den 29. d. M.,**
nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-
städtischen Kirchhofes, Bergmannstraße 48/50, aus statt, und
biten wir um recht zahlreiche Beteiligung.
Berlin, 27. November 1905.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-
Arbeiter und verwandten Gewerbe zu Berlin.
760b **H. Blank.**

Berlin SO. 10.
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten **Zigaretten** an Originalpreisen
Aut. 4, 3014.

Unserem allen Freund und Parteigenossen
7485
und
Wilhelm Mahnkopf Frau
zu ihrer heute stattfindenden silbernen
Hochzeitsfeier ein dreifach donner-
des Dank! — hoch sollt ihr leben,
Gute Kinder daneben! — (enden Euch
mehrere Parteigenossen aus dem Be-
zirk 622b. Profit! Friedrich-Wilhelm.
H. B. R. B. A. K. P. P. A. P. A. P. G.

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, dass mein innigst-
geliebter Mann, meiner Kinder
trauernder Vater, der Schneider-
Bechandsbeamte
Friedrich Holzhäuser
Montag vormittags 7 Uhr nach feierlich
mit Geduld ertragenem Leiden im
60. Lebensjahre entschlafen ist.
Dies zeigen tief betrübt im
Namen der Hinterbliebenen an
Die trauernde Witwe
Emma Holzhäuser,
geb. Ciasco
nebst Kinder und Verwandten.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. November,
nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-
haus Oberbaumstraße 5 aus nach
dem Friedrichsfelder Friedhofe aus statt.

Verband der Schneider,
Schneiderinnen und verwandten
Berufsgenossen Deutschlands.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern unseres Ver-
bandes geben wir hiermit be-
kannt, dass unser Kollege, lang-
jähriger 1. Verbandsvorsitzender
Friedrich Holzhäuser
nach vier Monate langer Krank-
heit am Montagmorgen im Alter
von 60 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 30. November,
nachmittags 2 Uhr, von der
Wohnung, Oberbaumstr. 5, nach
dem Friedhofe in Friedrichsfelde
aus statt.
164/13 **Die Ortsverwaltung.**
NB. Wir bitten die Kollegen,
sich an der Beerdigung rege zu
beteiligen.

Verband der Schneider und
Schneiderinnen
u. verw. Berufsgenossen Deutschl.
Den Mitgliedern unseres Ver-
bandes bringen wir hierdurch zur
Kenntnis, dass unser Vorstands-
mitglied, früherer langjähriger erster
Vorsitzender, Kollege
Friedrich Holzhäuser
nach vier Monate langer Krank-
heit am Montag morgen ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 2 Uhr,
von der Wohnung des Verstorbenen,
Oberbaumstr. 5 aus nach dem
Friedhofe in Friedrichsfelde aus statt.
164/12 **Der Vorstand.**

Die Siegestage des Verfassungsmanifestes.

(Entnommen der russischen Zeitung „Auz“.)

Ja, heute hat unser Volk den ersten großen und wohlverdienten Sieg errungen. Nicht leicht erkämpfte es ihn. Gar viele rauhe Kampfstage stehen ihm noch bevor. Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt, — dachte ich, als ich abends zur Telegraphenstation fuhr, um die fernem Verbannten zu benachrichtigen; ich dachte, daß endlich der Tag angebrochen sei, dessentwegen so viele beste und selbstlose Kräfte im grausamen Kampf mit der despotischen Macht unterlagen.

Der Tag des Sieges ist angebrochen; jedoch wieviel Niederlagen, Nummer, Unglück, Sehnsucht und Leiden waren im Lager der Kämpfenden und Besiegten, und wieviel ruhige Vergeßlichkeit und kalter frecher Spott seitens der mächtigen „oberen Unwillkürlich“ gedenkt man der gefallenen Opfer dieses Kampfes. Der junge, bescheidene achtzehnjährige Walmoschow, der, noch fast ein Kind, nach dem Todesurteil durch den Strang sich entsagte, ein Gnadengesuch zu unterschreiben. Er wollte nicht bitten den, der nach seiner Meinung kein Recht hatte, ihn zu richten. In seinem letzten Briefe an seine Mutter schrieb er ihr folgende Trost Worte: „Ich opfere mein Leben für die Armen und Unterdrückten meines Volkes“ und ging hierauf fest und sicher in den Tod.

Ist er der einzige? Wieviele waren ihrer! Wer wird uns dafür entgelten? Gott! Sie, die Gefallenen im verzweifeltsten Kampfe, sie alle sehen gar nichts! Sie sind nicht mit uns! Es sind ihrer gar viele! Sie sind alle im Grabe.

Der Tag der Freiheit und des Sieges verdunkelt sich für mich.

Doch was sind das für Schreie? Einige Gardisten zu Pferde und rings um sie schreit ein jubelnder Haufe, winkt ihnen mit Blättern und drängt sich hart an die Pferde. Was ist das? Meuterei? Nein, die Soldaten beugen sich aus den Satteln, strecken die Hände entgegen, friedliebend beugen sich alle, diese freudig zu drücken. „Friede ist geschlossen! Friede zwischen dem Volke und der Armee!“ — erriet ich.

Genug, Kinderchen; jetzt werdet Ihr schon nicht mehr auf uns schreien; die Freiheit ist gekommen, der Wille des Volkes ist da; jetzt seid Ihr unser, uns teuer — schrie man aus dem Haufen. „Was für eine Freude haben wir erst daran! Glaubt Ihr, daß wir gern die Sünde auf unsere Seelen luden! Es ward uns befohlen! Tat es denn und nicht weh, gegen die Unseren, gegen unsere Brüder und Verwandten in den Kampf zu ziehen! Wir sind keine Denker, sondern dieselben Christen! Wir sehr erst sind unsere Seelen erschöpft! Dem Schöpfer sei Dank!“ — riefen mit Tränen in den Augen feierlich die gerührten und erfreuten Soldaten, ebenso, wie die sie umkreisende Volksmenge.

Schnell geeignet! Erhabene Momente! — dachte ich bei mir. Welch einer scheußlichen Kraft und schändlichen Schamlosigkeit bedurfte es, um einen Teil des Volkes auf den anderen zu werfen, einen bewaffneten auf einen unbewaffneten. Gott sei Dank! Diese Schmach ist jetzt von unserer Armee genommen. Die Offiziere sind wahrscheinlich nicht weniger froh. Eine schwere Schmach lag auf ihnen, besonders auf der Garde.

Gott sei Dank! Unsere Tapferen werden nicht mehr unter dem Kommando der Kommissäre und Rekrutenaufseher unbewaffnet und unschuldige Kinder unseres Volkes niederschließen! Gott sei Dank!

Ich sandte sofort telegraphisch die Nachricht davon, daß die Zeitung der Elaberei sich dem Volke ergeben, kapituliert hat. Die Verbannten jedoch konnte ich nicht erfreuen, ihrer geschah keine Erwähnung im Manifeste. Hierauf begab ich mich in die Redaktion.

Von da fuhrten wir nach dem technologischen Institut, dort schließt man, — sagte man mir in der Redaktion.

Fahren wir. Warum schließt man? — fragte ich meinen Begleiter, als wir uns in die Equipage setzten. Eine Bombe ist auf eine Gen darm-Patrouille geworfen worden. Die behauptet, daß die Bombe vom Innern des Institutes herrühre, obwohl es völlig sicher ist, daß sie von der Straße her geworfen und allem Anscheine nach von einem Propolator herrühre; denn die Führer der Bewegung hatten fest beschlossen, keinerlei Gewaltmaßnahmen anzuwenden. Mein, ungeachtet dessen, befaß irgend jemand in die Fenster des Gebäudes, wo Professoren und Studenten sich eingeschlossen hatten, zu schießen.

Fahren wir. Die Straßen sind belebt. Überall werden Manifestblätter verteilt und verkauft.

Dennoch hat dieser Umschwung erstaunlich wenig Blut gekostet, bemerke mein Begleiter.

Ich bin mit Ihnen nicht einverstanden. Und die Mandchurei! Diese dreihunderttausend russischer Verluste, das ist das Blutmeer, in welches das verbrochene Regime jetzt taucht. Verbrecher der Macht werden diese nimmermehr ohne Blutvergießen aus den Händen lassen. Nur dann, wenn sie befehdt, im ganzen in das Blut unschuldiger Opfer getaucht, mit Schmach und Verachtung bedeckt sind, erst dann beginnt der Boden unter ihren Füßen zu schwanken, und sie geben aus ihren schwachen Händen die Macht, welche das Volk dann in seine reinen unbefleckten Hände nimmt. Wenn unsere Reichs-Ausschläger den Spuren verschiedener Abenteuer und Bagatellen, wie z. B. Weforsaw, des ehemaligen Statthalters im fernem Osten, Alerejew und anderen gefolgt wären, die hinesischen Boden mit Blutblut getränkt, hätten sie es hier getan, hierzu auf russischem Boden gewonnen, verteidigend ihre edle Ehre, im Rücken des unterdrückten Volkes. Jetzt aber ist das unschuldige Volkblut, das im fernem Osten vergossen worden, zu uns hinübergeflossen, das Volkblut mit seinen roten Wellen überschäumend, entzündete es seinen heiligen Fort und schlug mächtig in die schamlosen Fenster prachtvoller Paläste.

„Richtig! — das ist wahr!“ — erwiderte mir mein Begleiter. „Jurid! Jurid! Das Weiterfahren ist nicht gestattet!“ — bedeutete uns die Polizei an der Brücke.

Wir verstehen die Aufsätze und gingen zu Fuß. Hier erblinden wir Kosaken mit Ragaiti (Knüttel), Gen darmen, Kommissäre und Rekrutenaufseher, Patrouillen, ja, alles noch hier noch nach Zäulnis, Morder und Beweßung des alten Regimes.

Das Gerücht erwies sich als wahr. Eine Bombe war von der Straße her von einem Unbekannten geworfen worden, der aber schnell entflohe. Hierauf eröffnete das Militär ein grausames Feuer auf die Fenster der Universität, hinter welchen sich unschuldige Menschen befanden.

Wir kehrten in die Redaktion zurück und trennten uns erst gegen vier Uhr, da niemand von uns Luft hatte, früher fortzugehen.

Und dennoch ist es originell! Fast ganze anderthalb Jahre hindurch harrie und schmachtete das ganze freidenkende Rußland nach der Auserkennung, in den düsteren, feuchten Gefängniszellen, unter sorgfältiger Aufsicht der schwarzen Schergen.

Und jetzt! ... Doch was ist das für ein Gesang?! — der jah meine Gedanken unterbricht.

An der Polizeibrücke hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angeammelt, die mit entblöhten Häuptern harmonisch und andächtig ein Lied zum Gedächtnis an die am 9. Januar gefallenen Opfer erschallen ließ. Wie ein Banner wehte die rote Fahne in der Luft. Zu der Zeit befand ich mich am selben Orte. Die schwermächtigen Klänge des Gebetes weckten in meinem Hirne grauenhafte Bilder wach. Es war gegen fünf Uhr abends. Dunkel. Auf der Brücke hatte sich eine Kompanie Soldaten postiert, vor welcher sich eine ungeschick dreihundertköpfige Volksmenge versammelt hatte. Erst kurz vorher hatten seitens des Militärs am Alexandergarten, an der Reichswaldschen Brücke und anderen Orten schreckliche Repressionen stattgefunden.

Aus der Menge ertönten unaufhörlich Stimmen: „Henker! Opißschnit!“ Schämt Euch! Eure eigenen Brüder mordet Ihr! Henker! Henker! Schämt Euch! Henker!“ Jedes dieser Worte fauete durch seine schneidende Gerechtigkeit wie Ohrfeigen dem neben seiner Kompanie stehenden Offizier direkt ins Gesicht. Doch jene stumpfe Natur empfand nur den Schmerz der zugefügten Beleidigung und nicht Scham darüber, daß diese wohlverdient ist.

„Auseinander mit Euch, sonst gebe ich Feuer!“ schrie er, augenscheinlich die Selbstbeherrschung verlierend.

„Henker! Henker! So schiez denn, Henker!“ erwiderte man ihm aus dem Haufen, ohne sich von der Stelle zu rühren.

Das Hornsignal ertönte. Die Soldaten schulterten das Gewehr.

Ein Teil des Volkes erbebt. Doch andere wieder beschwichtigten ihn, indem sie, in Ekstase geratend, schrien: „Halt! Halt, Brüder! So möge doch der Henker uns unbewaffnete niederschließen, wir rühren uns nicht von dieser Stelle. Möge sich unser Blut über ihre Häupter ergießen! Henker! Henker! Ja, auf die eigenen Brüder! Henker! Henker!“ Viele erhoben die Arme und blickten wie versteinert in dieser Haltung.

Es trachtete eine Salbe.

Wie niedergemüht fielen Tote und Verwundete zur Erde. Das Geheul der Verwundeten und Gestöhn der Sterbenden erfüllte die Luft. Alle, außer den Gefallenen, ergriffen die Flucht. Im Rücken der Flüchtenden erscholl abermals eine Salbe. Der Henker vollendete sein Werk.

Einige Stunden vorher jedoch, noch am selben Tage und selben Orte, hatte sich eine noch entsetzlichere Szene vor meinen Augen abgespielt.

Gegen ein Uhr mittags ritt eine Garde-Eskadron in weißer Uniform, einer auf der Reichswaldschen Brücke sich versammelten Arbeitermenge entgegen.

Vor ihr trennte sich ihr Offizier, der voranritt und mit donnernder Stimme die Arbeiter aufforderte, auseinanderzugehen. Hierauf schritten einige Arbeiter aus der Menge, entblöhten ihre Häupter und wandten sich grüßend an den Offizier: „Euer Wohlgebornen! Wir sind hierher zum Jaren, wie zu unserem leiblichen Vater gekommen, um ihm um Hilfe anzusprechen, und ihm unsere Petition zu führen zu legen. Weiß Gott, wir beabsichtigen nichts Schlechtes. Wir sind mit unseren Frauen und Kindern gekommen!“ Sie wiesen dabei auf die hinter ihnen stehende Waffe, in welcher sich tatsächlich viele Frauen und Kinder befanden.

Übermaß wiederholte der Offizier den strengen Befehl, auseinanderzugehen.

„Wir können nicht von bannen gehen, ohne unsere Bitte um Milderung der Not und des Elends unserem Väterchen Jar unterbreiten zu haben, denn wir nahmen uns darauf gegenseitig das Versprechen ab“ — erwiderten demütig, jedoch entschlossen, die Arbeiter.

Der Offizier gab das Signal zum Angriff.

„So möge er uns denn schlagen, wir aber gehen trotzdem zu Väterchen!“ schrien ihrerseits die Arbeiter.

Und wiederum wurde ins Horn geblasen.

Mit gezückten, hoch in der Luft blinzelnden Säbeln, galoppierten die Soldaten direkt auf die Menge los.

Alle wichen zurück und drängten sich ans Gitter. Mein niemand entließ. Die vorderen Reihen beugten demütig die Häupter, einige liehen sich auf die Arnie nieder; unter den letzteren befand sich eine Frau mit einem Säugling auf dem Arme.

„So mag er uns denn schlagen, wenn er das Kreuz ver-spottet!“ — vernahm man eine Frauenstimme — „wir aber erweichen trotzdem unser Väterchen.“

Da strengten mit einem Mal im scharfen Galopp die Pferde an die Menge heran und blieben wie angewurzelt am Orte.

Die Soldaten konnten sich keineswegs entschließen, auf die demütig gebeugten Häupter der Arbeiter dreinzuschlagen; die Schwerter blieben in der Luft. Wir sind doch in der Tat keine Denker, daß wir wertlose Menschen morden sollen“ — dachten wahrscheinlich die Soldaten.

Und man fühlte es förmlich, daß niemand von ihnen das Herz hatte, diesen Wertlosen und Unschuldigen ein Leid zuzufügen.

Im Gemüß blieb plötzlich mein Blick an dem Haupt eines Greises haften, dessen Hals lang hervorgestreckt war und die Adern sich auf demselben wie Strahlen abhoben. Er stützte sich auf die Arnie eines vor ihm stehenden jungen Arbeiters; das Gesicht konnte ich nicht sehen. Ich sah nur einen langen dünnen Hals, welcher aus einer braunen getriebenen Jade hervorragte. Auf der ganzen Linie des Halses konnte man ein Leben voll Not,ummer und Elend lesen.

Zusammen mit anderen harrete der Greis.

Eine Totenstille herrschte auf dem Platze.

Alle erwarteten einen großen Moment. Das Gute schien das Böse überwunden zu haben. Doch da geschah etwas Wildes, Grauerregendes, Scheußliches.

Der Offizier schwang den Säbel und ... und hieb auf den langen, dünnen, demütig nach vorne gebeugten Hals des Alten ein.

Der Greis schwankte und stürzte blutüberströmt zusammen. Er stieß mit dem Kopfe an die Erde und ich sah, wie der weiße Schnee sich von seinem Blute rotfärbte.

Dieses hier diene als Signal. Die Soldaten begannen sofort die Säbel nach rechts und links zu schwingen. Die vorderen Reihen fielen, darunter auch die Frau mit dem Säugling. Die übrigen an das Gitter Gedrückten wußten in ihrer wahnsinnigen Angst nicht, wohin zu fliehen. Viele stürzten sich in die „Moisa“ und man sah sie am Eise zerbrechen.

Abnen nach sagte mir gezückten Säbeln die vertierte Horde. Auf diese Seite wurde auch ich mit hingeworfen. Ich hatte einen langen Pelz an und schritt langsam, mit der Linken die Augen bedeckend, einher. Etwa zehn Schritte vor mir gewahrte ich auf dem Trottoir eine Frau. Sie hatte mit beiden Händen das Gesicht bedeckt und schluchzte hysterisch.

Der ganze Haufe befand sich weit voraus; ihm nach jagten die blutdürstigen finsternen Schergen. Verzweifeltste Schreien und Schwertgeräusche schmolzen ineinander und erhoben sich gen Himmel ...

Da vernahm ich plötzlich hinter mir den Trab eines einzelnen Pferdes. Ein wichtiger Säbelschlag über den Rücken streifte mich fast zu Boden. Ich blickte mich um. Links zu meiner Seite befand sich derselbe Offizier, der als erster den Alten über den langen, mageren Hals den Streich ver-setzt hatte.

Er hatte ein wildes, grausames Gesicht, das von nervöser Vertiertheit schwarz und rot unterlaufen war. „Bad Dich Sch... wenn man Dir befehdt!“ Heiser stieß er diese Worte hervor. Ich sagte ihm nur: „Henker!“ — Und wiederum erhob er das Schwert, wollte es auf mich niederlassen lassen, stieß sich jedoch an der Wand — das Pferd erschau und trug aus. Doch was war das? Er hieb auf die mit vorangehende weinende Frau ein. Diese brach am Haupte verwundet zusammen.

So begegneten die treuen ergebenen Diener des Jaren dem Volke, als es zu ihm kommen und ihm sein Leid und Elend klagen wollte.

Ich habe im Leben viel Schweres, ja sogar Schreckliches mit angesehen und durchlebt. Noch nie aber habe ich ein solch schreckliches Gefühl von Ekel und Abcheu empfunden wie bei dem Anblick dieses unarmbrügerigen Niedermehls unglücklicher, wehrloser, hört Ihr, wehe! — ser Menschen. ... Und wofür? Dafür wohl, daß sie naiv und vertrauensvoll mit ihrer Bitte und ihrem Leide zum „Väterchen“ Jaren gingen? ...

Wir waren zum Kaiser gegangen, wurden aber mit Augelnagen und Säbelschlägen empfangen. Für uns existiert folglich kein Jar

mehr! — schrieen an diesem blutigen Tage die Arbeiter auf dem Wege nach ihren Wohnungen. Ja, an diesem Tage haben die Verbrecher der Nacht den ersten Grundstein zur Volksrevolution gesetzt. An diesem blutigen Tage merzten sie den letzten Glauben an sie im Herzen des Volkes aus.

Dampf und schwer erstarben die letzten Klänge der Grabeslieder in der Luft.

Mit Wehen entsinne ich mich der schweren Bilder, die sich in mein Gedächtnis tief eingedrängt haben.

Der Gesang verstummte.

Ein einfacher Arbeiter schwang sich auf den Sitz eines leeren Wagens und begann laut zu sprechen.

Er sprach von der Freiheit und erinnerte das Volk an die eben gefallenen Opfer, die für Freiheit gekämpft, gefallen von der Hand der Volksfeinde. Der leichte Wind bewegte die rote Fahne.

Hierauf bestieg ein Student die Tribüne. Er sprach von der großen Rolle des Proletariats in der Bewegung und begrütete es. Es hielten noch gar viele Menschen Reden. Darauf begab man sich nach der „Morokaja“; woran flatterte die rote Fahne.

„Halt! Halt!“ — und man blieb stehen. Das war ein sich bewegendes Meeting. Ein anderer Redner ergriff wieder das Wort. Hinweisend darauf, daß dies erst der erste Erfolg ist, und daß noch jetzt noch ein großer, hartnäckiger und schwerer Kampf bevorstehe, schlug er vor, hier zur Stelle den Gefallenen und Ungelommenen zu schwören, daß niemand die Waffen niederlegen wolle, bis ein völliger Sieg errungen sein wird. Alle erhoben die Hände: „Wir schwören! Wir schwören!“ — ertönte es brüderlich in der Luft.

Das Meeting setzte sich wieder in Bewegung. Man begegnete Schulknechten, welche vielen kamerad- und freundschaftlich die Hände drückten, sich gegenseitig erklärend, daß sie sich nunmehr keine Feinde seien. Und wieder wurde „Halt“ gerufen. Das Meeting blieb stehen. Ein Redner wurde emporgehoben; er wies darauf hin, daß, während wir hier die Freiheit begrüßen, viele ihrer Verteidiger bis jetzt noch in den feuchten düsteren Gefängnis-mauern der Verletzung entgegenschmachten. ... Nicht eher werden wir zur Arbeit schreiten, als bis man uns unsere Freunde und Freiheitsgenossen wiederergegeben hat.“ Rein, nein! erwiderten alle wie aus einer Kehle. Die rote Fahne schwankte und setzte sich in Bewegung. Man langte auf dem Marienplatz an. Das rote Banner machte vor dem Denkmal Nikolais I. Halt. Es wurden wieder ertliche Reden, unterbrochen von „Vorwärts“-Rufen, gehalten. Als letzter verlas ein Arbeiter ein Gedicht, in welchem betont wurde, daß man keine Opfer scheuen dürfe. Der Wald wird ausgehauen; der Boden aber bedeckt sich mit neuem Samen, und von neuem werden Reihen von Kämpfern über den Gräbern der gefallenen Brüder erstehen.“ Gleichsam als Antwort auf die letzten Worte erdonnerte aus Taufenden von Kehlen die Marschklänge. Die Bronzefigur des mächtigen Kaisers war in ein nächtliches Dunkel gehüllt. Das Meeting setzte sich wieder in Bewegung. Ich folgte ihm mit den Augen; die rote Fahne schwankte über den Häuptern und war noch sichtbar, bis sie in der heißen lichten Ferne erleuchteter Straßen verschwand ...

Der erste November.

Freudig erwachte der zweite Freiheitstag. Ein frühlicher Morgenstrahl erweckte die Stadt. Ich begab mich nach dem Newy-Brospekt, wo ich auch sofort einer Prozession begegnete. Eine kolossale Menschenmenge schritt in musterhafter Ordnung mit hochaufgezogenen roten Fahnen nach der Richtung des Winterpalais.

Man sang ununterbrochen Freiheits- und Arbeiterlieder. Der Gesichtsausdruck aller war ein frühlicher und mutiger, ja sogar die erdverborenen ausgegünstigten Gesichter der Arbeiter schienen mit Lebensfarbe bedeckt zu sein, als fühlten sie den Vorgesmack eines besseren Lebens. Alle, die der Prozession begegneten, entblöhten die Häupter. Auf den Fahnen las man u. a. die Aufschrift: „Wille und Erde dem Volk!“ Neben einem Gasthause begegnete man einer anderen Manifestation. Sie bewegte sich unter einer dreifarbigten Fahne. Auf dieser standen folgende Worte: „Es lebe die Freiheit und der Kaiser.“ Ich näherte mich dieser Prozession. Ihrem Neuhern noch konnte man mit mehr oder minderer Sicherheit behaupten, daß es lauter Krämer und Kleinbürger waren. Sie waren sehr aufgeregt, augenscheinlich beschränkten sie Gewalttätigkeiten. Niemand jedoch fiel es ein, sich mit ihnen einzulassen. Aber da ergriff plötzlich einer von ihnen einen Knaben mit einem roten Bande am Arm und begann ihn zu schlagen, ihm das Band vom Arme reißend. Man nahm sich des Knaben an und es entstand ein Getümmel. Die dreifarbigten Fahnen wurden heruntergezerrt, in Fetzen gerissen und im Schmutze zertritten. Statt ihrer wurden rote gefibt. Die Demonstration setzte sodann ihren Weg fort. Außer diesem Vorfall, welcher, wie man sagt, sich noch dreimal wiederholt haben soll, herrschte eine musterhafte Ordnung. Eine Demonstration folgte der anderen. Man begegnete einander und begrüßte sich. An der Kasaner Kathedrale fand unter dem Dach einiger hundert roter Fahnen ein Meeting statt. Es wurden beglückte Reden gehalten. Gegen fünf Uhr dreizehnten sich alle Demonstranten und stellten einen grandiosen, noch nie gesehenen Anblick dar. Es war tatsächlich ein erhabenes Bild: Tausende und abermal tausende Menschen standen mit entblöhten Häuptern unter dem roten Fahnen-Baldachin. Weber Schulknechte noch Kommissäre waren sichtbar. Möglich, daß darum eben eine so musterhafte Ordnung herrschte.

Man sah keine Betrunkenen und vernahm keine, die Feierlichkeit des Tages störenden Laute. Sich an den Händen haltend, als wollten sie ihre Einheit befestigen, bewegte sich in gleichmäßigen Reihen, bereinigt mit der fernenden Jugend, das Proletariat. Hier und da ertönten Freiheitslieder und Rufe aus den dichten Massen. Endlich war man an den Amittschower Palast gelangt. Wie auf Kommando blickte niemand auf sie. Hier schien es, als ob Klänge die Töne noch mächtiger, feierlicher und selbstbewußter als je zuvor. Ich warf einen Blick nach rechts; schwarz und leet, düster und sehnsüchtig blickten die einsamen Fenster des herrlichen Palastes des Großfürsten Ssergej Alexandrowitsch auf die sich unter ihnen bewegende Masse roter Fahnen, die sich feierlich und langsam vom Winde entfaltet fortbewegten. Während der ganzen Zeit vernahm man Forberungen aus der Menge, man solle sich umgestimmt zu den politischen Forderungen begeben und diese befreiten. Die Leiter der Bewegung weigerten sich jedoch, diese Forberungen zu bewilligen, indem sie die Masse zu überzeugen suchten, daß diese Befreiung unbedingt auf friedlichem Wege erfolgen müsse; nur in äußersten Falle sei zu den Waffen zu greifen. Jetzt aber werden die Forberungen der unbewaffneten Masse mit Bajonettschägen und Kugelbügeln beantwortet werden.

Hierauf machte das Meeting kehrt und begab sich in voller Ordnung nach der Universität, von wo alle erst spät in die Nacht hinein zurückkehrten. Dieser Tag als auch überhaupt alle vorhergehenden bewiesen klar und deutlich das Zielbewußtsein und die treffliche politische Erziehung des Proletariats. An der ganzen Streikbewegung in Petersburg und Umgegend nahmen gegen zweimalhunderttausend Arbeiter teil. Und das, hatte man sich über Unordnungen nicht zu beklagen. Keinerlei Vergewaltigungen, keine Attentate auf Privatpersonen, ungeachtet der sich rauh entwickelnden Armut und Not infolge Stodens jeglicher Einkunftsquellen. Die Führer der Bewegung wiesen unermüßlich auf die Notwendigkeit hin, unbedingte Ordnung zu halten. Das Organell hätte den Polizisten gerade in die Hände gespielt. Die Bewegung hatte darum eine besondere ausfallische Kraft. Man kann wahrlich mit Recht sagen: Lob und Ehre unserem Arbeitervolke! Allein trotz des tatvollen Verhaltens der Massen floß abermals Blut. Noch einmal erglänzte das Tschow-System in seiner vollen Macht und Herrlichkeit. Das japanische Prinzip des tapferen Generals, Patronen für das russische Volk nicht zu sparen, kam hier voll und ganz zur Geltung. Dank diesem humanen Prinzip hatten wir

*) Schergen Johann des Schrecklichen.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1933.

Nr. 278. Dienstag, den 28. November 1905.

Inserate sechsgepalte Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf-West. Der Diskutierabend des Wahlvereins findet am Dienstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Berlinerstraße 38, statt. Tagesordnung: „Die Schule wie sie sein soll.“ Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Charlottenburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins hierdurch zur Mitteilung, daß heute Dienstag die Generalversammlung stattfindet. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber (Siehe Sonntags-Zusatz) ist das Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.
Der Vorstand.

Schöneberg. Heute Dienstag abend findet im Obstischen Saale, Weinbergstr. 8, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vorort-Nachrichten.

Vom Schulwesen in Lichtenberg.

Herr Gemeindevorsteher, Sie sind im Begriff, mit Hilfe der Herren Sozialdemokraten gegen den Willen der gesamten bürgerlichen Vertreter eine Vorlage durchzubringen; ich warne Sie! So schied in einer Sitzung der Gemeindevertretung der „Führer“ des Lichtenberger Kommunalvereins — soll heißen, der Vertreter der Grundbesitzer- und Bürgervereine — dem Gemeindevorsteher jähren entgegen, als es galt, die allernotwendigsten Lehrkräfte für die Volksschule einzustellen. Ein andermal handelte es sich um die Errichtung eines Realgymnasiums, also einer Anstalt für die Kinder der Reichen. Da rief derselbe Herr: „Die von den Herren Sozialdemokraten beantragte Veräußerung und Kommissionsberatung der Vorlage halte ich nicht für unbedingt notwendig, ich werde schon heute für die Vorlage stimmen.“

Der Vorlage ist vom Gemeindevorsteher eine Begründung beigegeben, aus der wir folgendes mitteilen: Die Volksschule hat unter Berücksichtigung der schwachen Finanzlage des Ortes sich im Rahmen des Notwendigen halten müssen und doch sind in den letzten zehn Jahren die Lehrkräfte von 64 auf 147 gestiegen. Es sind vier neue große Schulen erbaut; einschließlich einer im Laufe des nächsten Etatsjahres zu erbauenden fünften Schule sind etwa 1.800.000 Mark für Grunderwerb und Baukosten erforderlich gewesen. Aus der fehlerhaften Schule sei eine siebenklassige geworden, die Schülerzahl der Klasse sei verringert (Klassen mit 70 Schülern bestehen noch. D. V.), die Unterrichtsstunden seien vermehrt und so gegen früher „einigermaßen normale Verhältnisse“ eingetreten. Seien so die Aufgaben der Gemeinde gegen die Volksschule erfüllt, so könne sich nun die Fürsorge der Gemeinde auf die Kinder derjenigen Bevölkerung erstrecken, die in der Lage ist, ihren Kindern den Unterricht einer höheren Schule angedeihen zu lassen und nun endlich einmal auch für die Errichtung höherer Schulen zu sorgen. Es wird dann von der sozialen Schichtung der Bevölkerung gesprochen und von der Errichtung höherer Schulen eine Vermischung der „Stände“ erwartet. Es heißt diesbezüglich in der Vorlage: „Es müßte beabsichtigt werden, daß bei dem Mangel an höheren Schulen die Einwohnerzahl eine rein proletarische werde und diese Richtung der Entwicklung könne auch später nur unter schweren Opfern geändert werden, aber auch vom allgemeinen sozialpolitischen Standpunkte können Gemeinden, deren Einwohner nur aus einer bestimmten Bevölkerungsschicht bestehen, als wünschenswert nicht betrachtet werden; für das gegenseitige Kennen und Verstehen und damit für den sozialen Frieden sei die Vermischung von Bedeutung.“

Ueber den finanziellen Effekt läßt sich die Vorlage nicht aus, sondern spricht nur im allgemeinen von erheblichen Zuschüssen, es werden genannt etwa 50-80.000 Mark. Von den Rektoren der Gemeindegemeinschaften werden die Zuschüsse als nicht wünschenswert bezeichnet. Alle von unseren Genossen gemachten Einwände blieben unbeachtet, eine Kommissionsberatung wurde abgelehnt und die Vorlage angenommen. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung. Da die Majorität so glatt zu ihrem Ziele gelangt war, ließen sie auch der Volksschule etwas zu gute kommen, sie bewilligten die geforderten zehn Lehrkräfte für die Volksschule — sieben Lehrer und drei Lehrerinnen — und zwar ohne Debatte. Wie großmütig sind doch unsere Gemeindevorstellungen von Grundbesitzern Gnaden!

Charlottenburg.

Automobilunfall. Am Donnerstag, den 23. d. M., abends um 1/8 Uhr, wurde in Charlottenburg, an der Ecke der Berliner- und Wilmersdorferstraße, ein den Fahrdamm überschreitender Arbeiter (wahrscheinlich Maurer) von einem Automobil überfahren. Da zwei einwandfreie Zeugen des Unfalls genau beobachteten, daß der Fahrer des Automobils es unterlassen hat, das Warnungssignal zu geben, so daß der Arbeiter von dem unhörbar herankommenden Fahrzeuge überfahren wurde, so hat derselbe jedenfalls Ansprüche an den Besitzer des Automobils, einen Direktor, zu stellen. Die Nummer des Wagens lautet: A 3146. Die Arbeitskollegen des Verunglückten werden gebeten, denselben von dieser Mitteilung zu benachrichtigen. Die Adresse der Zeugen sind in der „Vorwärts“-Redaktion zu erfragen.

Ein großer Stallbrand, der drei Personen in Lebensgefahr brachte, kam gestern Montag früh gegen 4 Uhr auf dem Grundstück der Berliner Pommeritzgesellschaft in der Sophienstr. 8-17 zum Ausbruch. In einem einstöckigen, isoliert stehenden Gebäude wohnt dort die Arbeiterfamilie Armgard den ersten Stock. An dieses Gebäude schließen sich an zwei Seiten Anbauten an, von denen einer als Kamin dient und mit großen Mengen Stroh angefüllt war. Hier entstand das Feuer auf bisher nicht ermittelte Weise und ergriff bald den ganzen Stall, so daß helle Flammen an dem unmittelbar angrenzenden Wohngebäude emporstiegen. Schon war aus dieses in Brand geraten, als der Arbeiter Armgard aus dem Schlafe erwachte. Schnell weckte er seine Frau und sein Kind, um sich in Sicherheit zu bringen. Kurz entschlossen sprang er aus dem Fenster auf das Dach des zweiten Anbaues und rettete dann seine Angehörigen auf demselben Wege. Es war auch die höchste Zeit, denn wenige Minuten später stand die Wohnung in Flammen. Die alarmierte Feuerwehr griff sofort mit mehreren Schlauchleitungen ein und brachte das Feuer innerhalb einer halben Stunde zum Stehen. Die Kaminne ist ganz und die Wohnung zum größten Teil ausgebrannt.

Rixdorf.

Schlimme Folgen hatte eine Brandkatastrophe, welche sich Sonntag morgen in dem Hause Bürgerstr. 41 zu Rixdorf zugetragen hat.

Hausbewohner bemerkten, daß aus der Wohnung des in der zweiten Etage wohnhaften 71 Jahre alten Säubmachermeisters Sommer dicker Qualm herausdrang. Man öffnete gewaltsam die Tür, um dem Rauch Abzug zu verschaffen, dann drang man in die Wohnung ein. Der Greis lag im Zimmer tot auf dem Fußboden vor dem stark verkokelten Bett. Ein sofort herbeigerufener Arzt konstatierte, daß S. im Rauch erstickt war. Wahrscheinlich hat der Alte abends im Bett geraucht, war dabei eingeschlafen und die brennende Zigarre hat dann das Bett in Brand gesetzt. Als S. darüber erachte, war das Zimmer bereits derartig verqualmt, daß er wohl noch das Bett verlassen konnte, dann aber bewußtlos zusammenbrach und elend erstickt mußte.

Schöneberg.

Tödlich verunglückt ist gestern um 1/8 Uhr beim Abpringen von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Stalman Wilhelm Dix, Monumentenstr. 7 in Schöneberg wohnhaft. Dix benutzte einen Straßenbahnwagen der Linie II der Südlichen Berliner Vorortbahn und wollte den Wagon vor dem Hause Monumentenstr. 34 verlassen. Er sprang trotz wiederholter und dringender Warnung seitens des Chauffeurs von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen herab, stürzte und blieb beunruhigt neben dem Geleise liegen. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Vahnestraße gebracht und verstarb dortselbst bald nach seiner Einlieferung an den Folgen eines komplizierten Schädelbruchs.

Gewerbegebietswahlen. Die Wahlperiode der am 9. Januar 1904 gewählten Revisoren des Gewerbebezirks läuft mit dem 31. März 1906 ab. Die Neuwahlen sind vom Magistrat festgesetzt auf Sonnabend, den 20. Januar. Die Arbeitgeber wählen in einem das gesamte Stadtgebiet umfassenden Bezirke in der Zeit von 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags, während die Arbeitnehmer wiederum wie vor zwei Jahren in fünf Bezirken wählen, die mit den Grenzen der Polizeireviere zusammenfallen. Die Wahlzeit für die Arbeitnehmer ist festgesetzt von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends. Die Wahlen erfolgen für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1908 und es sind 26 Revisoren (13 Arbeitgeber und 13 Arbeitnehmer) zu wählen. Für die Verrechnung zur Teilnahme an der Wahl gelten dieselben Bestimmungen, wie diese bei der vorigen Wahl maßgebend waren.

Teltow.

Auf zu den Stadtverordnetenwahlen! Auf Donnerstag, den 30. November, sind die Stadtverordnetenwahlen anberaumt worden. Es gilt, die kurze Zeit auszunutzen zu kräftiger Agitation für unsere Kandidaten. Die Wahl findet im kleinen Saale des Hotels „Schwarzer Adler“ statt. Die dritte Abteilung wählt in der Zeit von 4-5 1/2 Uhr nachmittags, die zweite Abteilung von 5 1/2-6 1/2 Uhr und die erste Abteilung in der Zeit von 6 1/2-7 Uhr. In der dritten Abteilung scheidet der Zimmerpolier Herrlich — seit 1895 Stadtverordneter — aus, hoffentlich wird es ihm erspart, wieder die dritte Abteilung zu vertreten. Wir appellieren an die Wähler der dritten Abteilung, daß sie am 30. November, nachmittags 4 Uhr, sich im Wahllokal einfinden mögen. Der zur Verfügung stehende Raum ist sehr klein, obwohl ein großer Saal in demselben Lokale vorhanden ist, es ist somit nach keiner Richtung dem Bedürfnis Rechnung getragen; der Raum faßt höchstens 100 Personen, dagegen sind fünfhundert eingeschriebene Wähler der dritten Abteilung vorhanden. Biegen wir uns nicht in Sicherheit, komme jeder rechtzeitig zur Wahl, daß wir einen noch glänzenderen Sieg erringen als vor zwei Jahren. Wahlberechtigt ist in der dritten Abteilung, wer 24 Jahre alt ist, ein Jahr in Teltow wohnt, einen eigenen Hausstand besitzt, kein Ausländer ist, 6 M. Steuern zahlt und in der Wählerliste steht. Als Kandidat ist der Genosse Karl Gänser, Hauseigentümer und Maurer, wohnhaft Lindenstraße, aufgestellt worden.

Zwei Fahrraddiebe wurden in Teltow polizeilich ermittelt und festgenommen. Der erste, ein Arbeiter Paul Fleischmann aus Glützow, wurde auf frischer Tat erwischt, als er das Fahrrad des Barbiers Partwig vom Hausflur entwendete und damit das Weite suchen wollte. Am gleichen Tage wurde einem Gärtnergehülfen aus dem Hausflur des Hauses Berlinerstr. 1 das Fahrrad gestohlen. Der Täter, ein Arbeiter L. Rogh, wurde noch am demselben Tage abends von der Polizei festgenommen. Das gestohlene Rad wurde gestern in einem Kartoffelhaufen auf dem Kuhldorfer Lindberge versteckt vorgefunden. Die Festgenommenen wurden in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Stralau.

Die hiesige Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, an Stelle des verstorbenen Hauptlehrers Herrn Amthor einen Rektor anzustellen. Das Grundgehalt für diesen beträgt 1900 M., neben dreijährigen Alterszulagen a 200 M. und eine Mietsentschädigung von jährlich 650 M.

Das Schulwesen wird eine Änderung dahin erfahren, daß an Stelle des fehlerhaften Unterrichts vom 1. April 1906 ab das siebenklassige System eingeführt werden soll. Zu derselben Zeit wird noch ein Lehrer und eine Lehrerin angestellt.

Die Einschulung der Kinder wird vom 1. April 1906 ab außer Ostern auch zu Michaelis stattfinden. Für die Kinder der mit ihren Fahrzeugen auf Stralauer Gemeindegebiet überwinternden Schiffer wird pro Kind monatlich 2 M. erhoben.

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, die durch den Unterricht der Schifferkinder während der Winterzeit etwa entstehenden Mehrkosten durch Staatszuschuß decken zu lassen.

Außer dem für den entlassenen Maschinisten der Pumpstation einzustellenden Maschinisten soll ein Techniker angestellt werden, der die Aufsicht über Arbeiten in der Pumpstation, Straßen- und Kanalisationsreinigung sowie sonstige Gemeindearbeiten zu führen hat.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 23. November, hatte nur eine kleine Tagesordnung zu erledigen. Es wurden zunächst zwei Stadtverordnetenwahlen, darunter die des Genossen Hornig für gültig erklärt und dürfte die Einführung wohl demnächst erfolgen. In die genannte Kommission zur Weiterberatung über einen Pachtvertrag des städtischen Badeanstaltspächters werden unter anderem auch die Genossen Scholz I und Pieper gewählt. Als Vertreter zum deutschen Stadtrat, der am 27. November in Berlin stattfindet, wird vom Magistrat der Bürgermeister Wolf und von der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtverordnete Dr. Engelhardt abgeordnet. Verwunderung erregte die Abordnung des Stadtschreiber Dr. Engelhardt, der weder Vorsteher, noch Vorstandsmittglied ist. — Die höhere und die mittlere Mädchenschule werden in zehn- resp. achtklassige Schulen umgewandelt. Es ist dies

eine Folge des Beschlusses, nach welchem vom 1. April 1906 die Gemeindegemeinschaften siebenstufig eingerichtet werden. — Für die hier überwinternden Kinder von Schiffern soll versuchsweise für den Winter 1905/06 eine Schifferkinderkategorie eingerichtet werden. Das Schulgeld soll 2 M. pro Monat und Kind betragen. Genosse Pieper beantragt das Schulgeld ganz fallen zu lassen oder zu ermäßigen. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch ab. — Das Schulgeld für die April 1906 ab zu errichtende Realschule war ursprünglich von der Versammlung durchgängig auf 100 M. festgesetzt. Jetzt hat der Magistrat beantragt, das Schulgeld für die Vorschule solle nur 80 M., für die übrigen Klassen 100 M. jährlich betragen, auswärtige Schüler sollen einen Aufschlag von 50 Proz. zahlen. Diefem Antrage stimmte die Versammlung zu. — Eine längere Diskussion zeitigt unter den bürgerlichen Stadtverordneten eine Interpellation des Stadtverordneten Dr. Engelhardt die lautet: „Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu treffen gegen die ganz unhaltbaren und lebensgefährlichen Verkehrsverhältnisse in der Brückenstraße?“ Es wurde beschlossen, die Sache einer Kommission zur Prüfung zu übergeben. — Einige Petitionen von Bewohnern der Wilhelmstraße um besseres Pflaster und mehr Licht fanden mit Hilfe unserer Genossen entsprechende Erledigung.

Zossen.

Achtung! Die hiesigen Gewerkschaften berufen auf Mittwoch, den 29. November, abends 8 Uhr, bei Schimke eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung ein. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Die Bedeutung des Gewerkschaftsstatuts. Referent: Brunner-Verein. 2. Verschiedenes. Hierzu sind auch nichtorganisierte Arbeiter eingeladen.

In der am Donnerstag, den 23. November, abgehaltenen Monatsversammlung erstattete Genosse H. Schulz einen eingehenden Bericht über die letzte Kreis-Generalversammlung in Rixdorf. Unter anderem streifte er auch den „Vorwärts“-Konflikt, der eine sehr lebhaft Debatt hervorrief. Im Verlauf der Diskussion brachte Dornbusch eine Resolution ein, in der es heißt: — daß die heutige Monatsversammlung sich mit der Resolution Jubel-Sädelum einverstanden erklärt. Diese Resolution wird gegen 3 Stimmen abgelehnt. Des weiteren wurde ein Antrag an die Stadtverordneten, umgehend zu der Fleischsteuerung Stellung zu nehmen, einstimmig angenommen. An Stelle des verzögerten Genossen Murrer, wurde Genosse Spalhoff zum Schriftführer gewählt. Zur Kreis-Generalversammlung wurde Genosse H. Schulz delegiert. Nachdem noch Genosse Ratow auf das Ergebnis der letzten Stadtverordnetenwahlen hingewiesen, und ferner zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der leider recht schwach besuchten Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenwahlen,

die in Berlin noch ausstehen — eine Nachwahl im 17. Wahlbezirk und vier Stichwahlen im 1., 6., 7., 20. Wahlbezirk — werden nun morgen, am Mittwoch, am 29. November, vollzogen werden. In den vier Stichwahlbezirken soll zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus entschieden werden, und auch in dem Nachwahlbezirk ist dem Kandidaten der Sozialdemokratie bisher nur von den Liberalen ein Kandidat gegenübergestellt worden. Wenn die Nach- und Stichwahlen vom 29. November ähnlich ausfallen, wie die Hauptwahlen vom 8. November, so darf der Berliner Liberalismus das Wahljahr 1905 sich in dem Kalender seines Niederganges wieder einmal schwarz anstreichen.

Dieser freilich die Ermunterungsnotigen und Ermunterungsartikel, die in diesen letzten Wochen und Tagen in den liberalen Zeitungen veröffentlicht worden sind, dann möchte man glauben, daß es den Berliner Liberalen morgen gelingen werde, ihren rostig gewordenen Ehrenschild wieder blitzblank zu putzen. Anstrengungen genug haben sie ja gemacht, um ihre fahnenflüchtig gewordene Gefolgschaft noch einmal um sich zu sammeln. In den Stichwahlbezirken sind sie mehr hinter den Kulissen tätig gewesen. Säumige Wähler, die am Tage der Hauptwahlen gefehlt hatten, sind von ihnen aufgesucht und bearbeitet worden, und auch Anhänger der Bürgerpartei, deren Stimmen jetzt den Ausschlag geben können, haben die Ehre ihres Besuches erhalten. In dem Nachwahlbezirk hat man für die öffentliche Agitation großes Geschick aufgeföhren. In den Wählern mußte der Rektor Kopf sprechen, der die meiste Übung darin besitzt, die Sozialdemokratie mit milden Schmähsungen zu überhäufen.

Die Sozialdemokratie hat bei den Hauptwahlen gezeigt, daß in Berlin ihren Siegeszug nichts aufzuhalten vermag. Sie wird auch bei der Nachwahl und den Stichwahlen mit Ehren zu bestehen suchen. Dazu ist aber erforderlich, daß jeder Parteigenosse seine Pflicht erfüllt, jeder unserer Wähler zur Wahl geht, jeder in den Fabriken, Werkstätten usw. auf die Wichtigkeit der Wahl hinweist.

Welche Bezirke, Straßen und Häuser an den morgigen Wahlen beteiligt sind, haben wir in unserer Sonntagsnummer mitgeteilt. Wir bitten, diese Zusammenstellung für den Wahltag zu benutzen, um säumige Wähler auf ihre Pflicht hinzuweisen. Mitzuwählen hat jeder, der zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten, also im Sommer 1905, in diesen Bezirken wohnte. Wer inzwischen seine Wohnung gewechselt hat, ist noch Wähler seines früheren Bezirkes. Gewählt wird von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, doch sollte möglichst niemand den Gang zum Wahllokal bis zum allerletzten Augenblick verschieben. Jeder versee sich rechtzeitig mit einer Legitimation, entweder mit der amtlichen Wählerkarte oder mit Militärpapieren, Steuerquittung, Invalidentarte, Mietkontrakt. Der Name des Kandidaten ist dem Wahlvorsteher ohne jede Änderung zu nennen, nur dann wird die Stimme dem Kandidaten zugerechnet, den der Wähler meint. Man sehe den Namen genau an und zwar nicht erst am Wahltag.

Wenn jeder unserer Freunde und Genossen seine Schuldigkeit tut, kann der 29. November vollenenden, was der 8. November so rühmlich begann. In allen Bezirken muß der Schladtruf für den Wahlkampf lauten: Nieder mit den Liberalen! Nieder mit den Liberalen aller Schattierungen! Da ist kein Unterschied zu machen, ob sie zur „Alten Linken“ schwören, wie die Kandidaten des 1. und des 2. sowie des 17. Bezirks, oder ob sie sich „Sozial-Fortschrittler“ nennen, wie die Kandidaten des 6. und 7. Bezirks. In den Bezirken dritter Abteilung darf kein Vertreter des arbeitserfindlichen Liberalismus, kein Schützer der Geldsackinteressen mehr geduldet werden. Die dritte Abteilung, die Wählerklasse der werktätigen Bevölkerung, des arbeitenden Volkes, gebührt der Sozialdemokratie.

Die Beschäftigungsanstalt für erwachsene Blinde, die mit der städtischen Blindenschule verbunden ist, zählte am Schluß des letzten Etatsjahres 78 männliche, 75 weibliche, zusammen 151 Teilnehmer. Sie wurden mit Stuhlflechten, Korbflechten, Bürsten- und Feilenbinden, Anfertigung weiblicher Handarbeiten und Herstellung von Blindenschriften beschäftigt und bekamen für das Jahr 88 768 M. Lohn. Da im letzten Jahr die Beschäftigungsanstalt die gesamte Lieferung der für die Straßenreinigungsbewaltung erforderlichen Besen übernommen hat, so hat jetzt die Bürsten- und Besenbinderei die meisten Teilnehmer, während bisher die Stuhlflechterei an erster Stelle gestanden hatte. An der Bürsten- und Besenbinderei nahmen 67 Personen teil, die allein 18 095 M. bekamen. An zweiter Stelle steht nun die Stuhlflechterei mit 48 Personen und 7078 M. Lohn, an dritter die Korbflechterei mit 31 Personen und 6881 M. Lohn. Mit der Anfertigung weiblicher Handarbeiten, die sehr eingeschränkt worden ist, wurden nur noch 14 Personen beschäftigt, die dafür 2527 M. Lohn bekamen, mit dem Drucken von Blindenschriften nur 3 Personen, denen als Lohn 1817 M. gezahlt wurden.

Die Bäckermeister erhalten zum Sylvester kein Privilegium. Abschlägig beschieden hat das kgl. Polizeipräsidium das Gesuch der Berliner Bäcker-Innungen um Verlängerung der Geschäftszeit am 31. Dezember, der bekanntlich diesmal auf einen Sonntag fällt. In der Antwort werden die Bäckermeister angewiesen, ihre Läden auch am Sylvester wie an jedem anderen Sonntag, um 8 Uhr, zu schließen.

Der orkanartige Sturm, der gestern über Berlin hinwegbraute, hat in den verschiedenen Stadtteilen mannigfachen Schaden angerichtet. Große Spiegelscheiben flogen auf die Straßen, Bäume wurden teilweise entwurzelt und die Dächer der Giebel, die hinweggefegt und von der Straßenbahn sowie von anderen Gefährten demoliert wurden, war unzählbar. Von besonderen Fällen wollen wir folgende anführen: An der Potsdamer Brücke wurde ein großer Wagon durch den Sturm umgeworfen und begrub einen Passanten, den 60jährigen Händler Friedrich Eckert aus der Lichtensbergstr. 14 unter sich. In der Nähe beschäftigte Arbeiter hielten den alten Mann unter den Trümmern hervor und schafften ihn in einer Droschke fort, da er schmerzhaft Verletzungen an der Stirn, an der linken Hüfte und Schulter davongetragen hatte. — Nicht weit von dieser Unglücksstelle, nämlich in der Potsdamerstraße 124, flog eine große Scheibe auf die Straße und verletzte zwei vorübergehende Personen. — Weiter wurden am Dönhofsplatz, in der Belleallianzstraße, am Rosenthaler Tor und an vielen anderen Stellen große Spiegelscheiben vom Sturm zertrümmert. — In der Berlinerstr. 105 stürzten von einem Schornstein große Mauersteine auf die Straße hinab, ohne indes Personen zu verletzen.

Auf dem Wege zum Kirchhof überfahren wurde am gestrigen Sonntag gegen 3 Uhr nachmittags in der Landsberger Chaussee, unweit des Steuerhäuschens die 53jährige Beamtenwitwe Mathilde W. Als sie einem Straßenbahnwagen der Linie Wilmannsstraße-Hohenschönhausen ausweichen wollte, geriet sie unter die Räder eines schnellfahrenden Privatwagens. Die Arme, deren Hände krampfhaft einen Kranz festhielten, erlitt sehr erhebliche Verletzungen.

Geschichte eines Tausendmarktscheins. Einem Kapitel aus einem Kriminalroman gleicht die Geschichte eines verschwundenen Tausendmarktscheins, die am Sonnabend die Kriminalpolizei beschäftigte. Ein Reicher A. ging am Freitag zu dem Schneidermeister K., der seit einiger Zeit in der Friedrichstraße ein Pariser Herrenmodengeschäft betreibt. Der Reiche wollte sich das Vermächtnis seines Leberziehers ausbessern lassen. Ein bei dem Meister beschäftigter Schneider Benjamin Nag aus der Wilhelmstraße besorgte das, während der Stunde wartete. Als A. abends in seinem Geschäft abrechnete, merkte er zu seinem Schrecken, daß ihm ein Tausendmarktschein fehlte. Diesen hatte er mit sechs anderen in ein Schwert gesteckt, das er in seinem Leberzieher trug. Bei einer Nachfrage bei dem Schneidermeister verächtete dieser, daß er von dem verschwundenen Tausendmarktschein nichts wisse. Der Meister bemühte sich ebenso wie seine Frau, den Diebstahl aufzuklären und sagte ihm dem Bestellen auf den Kopf zu. Er redete ihm ins Gewissen, jedoch beschränkt der genannte Nag den Diebstahl. Auf die Anzeige A.s hielt die Kriminalpolizei bei dem Schneidermeister eine Hausdurchsuchung ab. Auch jetzt wurde der Schein nicht gefunden, auch keine größere Geldsumme. Das Rätsel wäre vielleicht aufgelöst geblieben, wenn sich der Schneidermeister nicht selbst verdächtig gemacht hätte. Einer der Beamten fand einen Pfandbrief über den Verkauf einer Hofe, auf die nur ein paar Mark gegeben waren. Er schrieb ihm keine Bedeutung zu und legte ihn einstecken beiseite. Mit einer auffallenden Hast aber suchte sich Nag in den Besitz des Pfandbriefs zu setzen, und als er sich einen Augenblick und beobachtet glaubte, nahm er ihn rasch vom Tisch und warf ihn in das Ofenfeuer. Nun war es klar, daß der Pfandbrief eine besondere Bedeutung haben mußte, leider war er aber bereits verbrannt, und den Namen des Pfandbriefs hatte sich der Beamte nicht gemerkt. Die Kriminalbeamten sahen sich nun seinen Bestand an fertigen Kleidern an und fanden, daß von einem grauen Anzug die Hosen fehlte. Sie stellten jetzt fest, daß der Schneider die Hosen verbrannt haben mußte, und fanden diese auch bei einem Pfandleiher in der Nähe seiner Wohnung. Wie die Bücher auswies, hatte Nag sie am Freitag nachmittag verbrannt. Die Kriminalbeamten liehen sich die Hosen herausgeben, untersuchten sie in- und auswendig auf das genaueste und fanden darin mit einem Papierwidel eingewickelt den verschwundenen Tausendmarktschein. Jetzt gab Nag kein Leugnen auf. Er wurde am Sonntag in das Untersuchungsgefängnis gebracht. — Im Untersuchungsgefängnis bekam der Verhaftete gestern einen Tobfuchsanfall und mußte daher in eine Heilanstalt gebracht werden.

Der Skavenhalter. Eine mysteriöse Revolvergeschichte, die sich vor einigen Tagen in der Siedleschen Schankwirtschaft in der Wulfschtrasse 15 abspielte, hat jetzt ihre Auflösung gefunden, indem sie mit der Verhaftung eines gemeingefährlichen Menschen endigte. In der Schankwirtschaft schon ein angeblich unbekannter Gast die 21 Jahre alte Näherin Ida Krüger, die mit ihrer Schwester an Tische sah mit einem Revolver in die Brust. Der Schütz verlor die Lunge, und die Betroffene liegt noch im Krankenhause danieder. Der Täter entkam. Es hieß, er habe nur im Scherz oder aus Versehen geschossen. Niemand wollte ihn kennen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben jedoch, daß die übrigen Gäste ihn sehr wohl kannten, und daß sie ihn bei seiner Flucht offenbar begünstigt hatten. Am Sonnabend wurde der Flüchtling festgenommen. Er ist einer der gefährlichsten Jubälter, ein 25 Jahre alter früherer Schneiderlehrling Artur Wüte. So erzählt es sich auch, daß man ihn ungehindert hatte laufen lassen, und daß selbst die Verletzte sagte, sie kenne ihn nur als einen „Reisenden Artur“. Wüte war seinem Meister aus der Lehre ge-

laufen. Auch die Zwangsverletzung hatte ihn nicht gebessert. Hin und wieder arbeitete er als Stallknecht, zuletzt lebte er als Zuhälter in Berlin oder ernährte sich von Bodendiebstählen, die er in großer Zahl verübte. Das Mädchen, das er zuletzt zur Schande zwang, mißhandelte er unmenslich. Endlich sagte sie sich von ihm trotz aller Drohungen los. Später lernte er die Näherin Krüger kennen, die ihn jedoch verabscheute. Aus Haß darüber erregte er jenen Revolverstich ab, der dem Mädchen leicht das Leben hätte kosten können. Seitdem suchte ihn die Kriminalpolizei, bis sie ihn jetzt in einem Stuppelquartier in der Gipsstraße entdeckte.

Von Einbrecher seiner ganzen Habe beraubt wurde am Sonnabend nachmittag der 84 Jahre alte Zeitungshändler Ferdinand Blume aus der Kochstraße 88, der seit 14 Jahren seinen Stand an der Potsdamer Straße hat. Blume verließ mittags um 12 Uhr seine Junggefellenswohnung im ersten Stock des Seitenflügels. Als er um 4 Uhr zurückkehrte, fand er seine Stube mit einem Nachschlüssel geöffnet. Einbrecher hatten aus dem Spind seine vier Anzüge, vom Tisch die Bekleidung, aus der Kommode alle Wäsche, ferner mehrere Unterhaltungsbücher gestohlen und die Zeitungen, die er wieder abliefern wollte, über den Fußboden umhergeworfen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Omnibus (Einspänner) der Linie Frankfurter Linden—Potsdamer Brücke und einem Straßenbahnwagen fand am Sonntagvormittag 1/2 Uhr an der Ecke der Kleinen und Großen Frankfurter Straße statt, bei dem nur der Zufall schlimme Folgen für die Fahrgäste verhütet hat. Diese Stelle, an welcher außer den genannten Straßen die Kaiser- und Schillingstraße enden, bildet sich immer mehr zu einer für Passanten und Fußtrüber gefährlichen Ecke heraus, und zwar durch den dort gelegenen Straßenbahnhof der Großen Berliner. Hier werden aus dem dort an der Ecke gelegenen Lortweg des Bahnhofes die sogenannten Anhängewagen herausrangiert, um an Wagen der vorüberfahrenden Linien angehängt zu werden, so daß förmliche Absperrungen von oft längerer Dauer unvermeidlich sind. Eine solche fand auch am Sonntagmorgen um die genannte Zeit statt. Es hatten sich eine ganze Reihe Straßenbahnwagen sowohl von der Kaiser- als der Großen Frankfurterstraße angehängt, dazu kamen die auf der Straße fahrenden und aus dem Bahnhof mittels eines Pferdes herausgezogenen Anhänger. Als endlich die Passage frei wurde, fuhren der Omnibus und ein mit zwei Anhängern beladener Straßenbahnwagen zu gleicher Zeit los und bei der sehr kurzen Kurve der Schienen von der Großen Frankfurterstraße nach der Kleinen Frankfurterstraße Omnibus und erster Anhängewagen ineinander, so daß gleich zwei große Glascheiben des Anhängers in unzählige Stücke in das Innere des Wagens geschleudert wurden. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß niemand von den im Wagen befindlichen Passagieren verletzt wurde. Während der Omnibusfahrer von einem Schuhmann notiert wurde, fuhr der Straßenbahnwagen noch bis zur Kurvenstraße weiter und erst, nachdem die Reste der Glasstücke durch die Erschütterung auf das Straßenpflaster fielen, wurden die Passanten aufgefordert, den Wagen zu verlassen und der Anhänger abgehängt.

Zwei schwere Unglücksfälle haben sich am Sonnabendabend während der Arbeit zugegetragen. In dem Restaurant Dräsel, Neue Friedrichstraße 35 stürzte beim Hinabsteigen der Hintertreppe der 46 Jahre alte Tischler Otto Enkel plötzlich ab und erlitt einen schweren Schädelbruch. In fast hoffnungslosem Zustande kam er nach dem Schwibitzkrankenhaus. — In der Maschinenfabrik Schlop, Rankstraße 15, war der 30jährige Arbeiter Otto Hanslow in der Höhe der ersten Etage mit dem Putzen der Fensterscheiben beschäftigt, verlor dabei das Gleichgewicht und fiel in die Tiefe hinab. Er trug ebenfalls einen komplizierten Schädelbruch davon und fand in dem Paul Gerhardt-Stift Aufnahme.

Im Straßenbahngetriebe ereigneten sich gestern zwei schwere Unglücksfälle. Gegen 1/2 Uhr nachmittags verurteilte die siebenjährige Erna Tempin, bei den Eltern Antonstraße 6 wohnhaft, vor dem Hause Müllerstraße 148 den Fahrweg zu überfahren. Das Mädchen betrat unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen Nr. 1789 der Linie 25 das Gleis, wurde umgestoßen und zur Seite geschleudert. Das Kind erlitt Anodenbrüche des linken Unterarmes und des rechten Oberschenkels, Verletzungen am Kopf und am linken Arm. Es wurde nach dem Paul Gerhardt-Stift überführt. — Der Handlungsgehilfe Otto Vätner, Coburgerstr. 6 in Schönberg wohnhaft, fuhr gestern nachmittag gegen 8 1/2 Uhr auf einem Zweirade den Tempelhofer Weg entlang und zwar in gleicher Richtung mit einem Straßenbahnwagen der Linie 1 der Siedleschen Berliner Vorortbahn. In der Nähe des königlichen Proviantamts bog V. unmittelbar vor dem Motorwagen auf das Straßenbahngleis, wurde von der Vorderplattform des Waggons erfaßt und zur Seite geschleudert. V. erlitt einen Bruch des linken Oberschenkels und Verletzungen am Kopf. Er wurde nach dem Kreis-Krankenhaus in Brix gebracht.

Unter einem falschen Namen hielt sich seit 30 Jahren der Gelegenheitsarbeiter Reinhold Festner, der aus Siendal gebürtig war, in Berlin auf. Der Mann nannte sich Schreiber und war die ganze Zeit unter diesem Namen auch gemeldet. 71 Jahre alt wurde er am Sonntag vor acht Tagen an der Ecke der Draniensburger- und Artilieriestraße überfahren und am Kopf und innerlich so schwer verletzt, daß er in der königlichen Klinik starb. Jetzt verhängte seine Wittin seinen Namen. Ihr hatte er an seinem 70. Geburtstag besandt, daß er nicht Schreiber, sondern Festner heiße. Vor 30 Jahren habe er seine Familie in Stettin verlassen und einen anderen Namen angenommen, damit sie ihn nicht wiederfinde. Bei seinem Verbleiben legte Festner der Frau auf, von ihrer Wissenschaft erst nach seinem Tode Gebrauch zu machen.

Ueber die Waldversammlung am Donnerstag hatten wir nach einem uns zugegangenen Bericht mitgeteilt, daß einem nach Herrn Gottschall gemeldeten Redner, weil er Sozialdemokrat sei, das Wort nicht erteilt worden sei. Der Schriftführer des Vereins „Walder“ teilt uns mit, daß nach Herrn Gottschall noch verschiedene Redner, von denen sich einige als Sozialdemokraten bezeichneten, gesprochen hätten.

Gerichts-Zeitung.

Die Agitationskommission abermals vor Gericht. Wegen Uebertretung der vereinsgesetzlichen Vorschriften durch Nichtanmeldung der Mitglieder der Agitationskommission der Provinz Brandenburg war Genosse Stadtthagen bekanntlich am 12. August d. J. freigesprochen und waren auch die Andragende der Staatskasse aufgelegt, weil die Kommission keineswegs ein Verein und Stadtthagen nicht ihr Leiter ist. Der Anwalt hatte selbst Freisprechung beantragt. Trotzdem hatte die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt. Die Verhandlung vor dem Landgericht am 6. November wurde nach Vernehmung der Zeugen Hansen, Davidsohn, Dobrowlaw und Fischer vertagt, um die Vollzettel einzufordern. In dem auf gestern andererm Termin stand dem Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als Verteidiger zur Seite. Vorsitzender der Strafkammer war Landgerichtsrat Casper. Angeklagter erbat das Wort zur Stellung eines Ablehnungsantrages gegen diesen Vorsitzenden wegen Verorbnung der Befangenheit. Zur Begründung führte er aus in dem ähnlich liegenden Vorprozeß ist lediglich dadurch eine Beurteilung ermöglicht, daß die zur Freisprechung führenden Tatsachen im Urteil nicht wiedergegeben und andere der Wahrheit widersprechende Behauptungen, „tatsächlich festgestellt“ wurden. Ein Antrag auf Verurteilung des Urteils konnte aus strafprozessualen Gründen keinen Erfolg haben. Wegen eine gleiche Entstellung des Sachverhalts in dem neuen Prozeß schließt den Angeklagten nichts. Durch das Verhalten des Vorsitzenden im letzten Termin ist aber die Verurteilung, daß eine solche Entstellung des Sachverhalts abermals stattfinden werde, erhöht. Die Vorfälle, die in dem Termin am 6. November sich ereigneten, rechtfertigen in der Verbindung mit dem Angeklagten, wie für sich allein das volle Mißtrauen des Angeklagten gegen die Unparteilichkeit des Vorsitzenden, das Angeklagter

durch den Ablehnungsantrag zum Ausdruck bringe. Im Termin am 6. November habe der Vorsitzende zunächst vor Vernehmung der Zeugen bei der Verwarnung vor einem Meineid die Zeugen u. a. darauf hingewiesen, sich nicht durch ihre Parteizugehörigkeit zu einer falschen Aussage bewegen zu lassen. Ferner habe der Vorsitzende bei Vernehmung des Zeugen Fischer, der durchaus korrekt aussagte, diesen ermahnt, nicht zum Ungelagten zu blicken. In beiden Handlungen des Vorsitzenden komme seine Parteilichkeit klar zum Ausdruck. Sie enthielten die an sich kränkende, wenngleich ohne Absicht und ohne das Bewußtsein der Beleidigung ausgedrückte Unterstellung, daß Angeklagter den Versuch machen könnte, auf Zeugen einzuwirken oder daß diese sich eine Einwirkung gefallen lassen würden. — Vorsitzender: Diese Auffassung ist völlig unzutreffend; ich mache solche Vorhaltungen unendlich häufig, von einer Beleidigung kann ganz und gar nicht die Rede sein, da nach der eigenen Darstellung des Angeklagten das Bewußtsein einer Ehrenkränkung fehlte. — Angekl.: Gerade daraus, daß diese an und für sich schwer kränkende Handlungen, denen gegenüber Angeklagter und Zeuge völlig schulplos dastehen, ohne das Bewußtsein ihres kränkenden Charakters gemacht sind, ergibt sich die Befangenheit, die eben so stark ist, daß sie das Kränkende nicht füllt. Das Ablehnungsgeuch wurde protokolliert und dann die Verhandlung vertagt. — Es ist gleichviel welchen Ausgang die Ablehnung haben wird, gut, daß die Art der Abweisung von Urteilen und vor allem das Verhalten Zeugen und Angeklagten gegenüber einmal eingehend gewürdigt wird.

Ein Postist als Heiratskandidat. Der bei der Dresdener Wohlfahrtspolizei als Aufsichtsbeamter angestellt gewesene Hr. W. Hiller unterhielt, obgleich er verheiratet und Familienvater ist, mit einem jungen Mädchen ein Liebesverhältnis, das natürlich nicht abnte, daß der Beamte bereits in Ehefesseln schmachtete. Im Gegenteil spiegelte H. der Vertrauensvollen vor, er sei noch ledig und werde sie in nächster Zeit an den Traualtar führen. Dabei pumpte er aber das Mädchen an und brachte es um eine erhebliche Summe Geld. Der Beamte, der inzwischen aus seinem Amte entfernt worden ist, hatte sich wegen Betrug vor dem Dresdener Schöffengerichte zu verantworten, das ihn zu einer Gefängnisstrafe in Höhe eines Monats verurteilte.

Du sollst den Feiertag heiligen. Bei dem hiesigen Gewerbeamt haben vier Stultantenlehrlinge eine Klage gegen den Brauereibesitzer, Wildhauer und Inhaber eines Stückgeschäfts H. Schulz, Schönleinsstraße, eingereicht, deren Inhalt an den neulich aus Disprehen mitgeteilten Fall der Verletzung ländlicher Arbeiter erinnert, die der Einsegnung ihrer Kinder bewohnten. Am Vortage sollte nach der Klage bei Schulz im Stückbetriebe gearbeitet werden. Vier Lehrlinge und deren Eltern wollten aber den Feiertag durch wirkliche Arbeit heiligen und erschienen deshalb nicht zur Arbeit. Am folgenden Tage wurden daraufhin die Lehrlinge vom Meister entlassen. Sie machen jetzt Ansprüche auf Schadenersatz geltend.

Der Streit um die Waffe. Von einem Angestellten F. der Firma Thiery und Sigrand werden wir, um Verwechslungen vorzubeugen, ersucht mitzutheilen, daß der Kläger in der Klagesache, über die wir in Nr. 278 Mitteilung machten, einen Namen trägt, der nicht mit F., sondern mit R. beginnt. Diesem Wunsche kommen wir hiermit nach.

Zur Prägeladagogik. Im Anschluß an den neulich mitgeteilten Selbstmord eines Seemanns in Garz in Pommern wird mitgeteilt, daß bereits 14 Tage zuvor ein anderer Schüler, ein Baltischsohn, sich aus gleichen Gründen (Surdit vor dem Lehrer) das Leben genommen habe. Es ist das innerhalb vier Jahren der vierte Schülerelbstmord in Garz. Das Garzer Gymnasium sieht im Rufe eines Gymnasiums, das besonders anderwärts Zurückgebliebenen helfen soll. Mit dem Gymnasium ist ein Klummat verbunden. Der Aufsicht der Anstalt ist ein miederlich-duchmüseriger. Vor dem ersten Frühstück: Morgenandacht, vor und nach der Mittagmahzeit: Gebet, nach dem Abendessen: Abendandacht. Während der Arbeitsstunden ist lautes Sprechen verboten usw. Das Lehrkollegium bestrafte entschieden, daß die Selbstmorde auf Mißhandlungen zurückzuführen seien. Es hat Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst beantragt.

Vermischtes.

Schweres Unwetter in der Nord- und Ostsee. Aus Cz. haben wir telegraphiert:

In der Nordsee und im Gebiet der Elbmündung ist ein fürchterliches Sturmunwetter mit Gewittern und Hagelböen ausgebrochen. Die Schifffahrt stockt völlig. Das Hamburger Wollschiff „Barchim“ geriet in der Elbmündung in schwere Seenot, konnte aber noch rechtzeitig durch Hülfsdampfer gerettet werden.

Den neuesten Meldungen zufolge tobt das Unwetter mit der gleichen Stärke in der ganzen Nordsee und an der englischen Küste. Der Amerikadampfer „Graf Waldersee“ konnte auf der Rückfahrt von New York in Dover des Sturmes wegen nicht landen und ist weiter nach Hamburg gefahren. Die regelmäßigen Wochen-dampfer von England sind hier überfällig. — Lübeck. Einem starken Gewitter folgte ein heftiger Südweststurm. Verschiedene Häuser sind abgedeckt. Der Sturm hält an. Man hat große Besorgungen wegen zahlreicher hierher bestimmter schwedischer Segler.

Das Geschäftsfeld der Bera-American-Diamond-Campagne in Leipzig, jenes Unternehmens, das unter Aufwand einer gewaltigen Klame und unter den verschiedensten Namen in den deutschen Großstädten seine wertlosen Diamantimitationen vertreibt, ist polizeilich geschlossen worden, weil die Staatsanwaltschaft nach § 332 R.-Str.-P.-O. auf das Vermögen des Inhabers, der wegen eines gegen ihn schwebenden Verfahrens wegen unlauteren Wettbewerbs stüchtig ist, Beschlagnahme gelegt hat.

Ueber ein welterschütterndes Ereignis in der städtischen Verwaltung von Cz. n. u. i. Hann. berichtet die „Leine- und Deister-Zeitung“ anlässlich einer Sitzung der städtischen Kollegien. Es heißt da: „Der Antrag auf Instandsetzung der beschädigten Sichel-scheibe des Polizeiergenten Ohnmacht findet die Zustimmung des Kollegiums.“ — Lieb Vaterland, magst ruhig sein!

Freie Volksbühne Charlottenburg.
Donnerstag, 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Hofenstr. 3:
Theater-Vorstellung. (Zur Aufführung gelangen: Die Schlangendame. Der Herr Kommissär. Der Vorstand.)

Leih-Haus
Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 12, Berlin, Anklamer-Strasse 2. Verleiht von Brillanten, Gold- und Silberwaren, Uhren, Sägen, Säge, Eisenwerkzeuge etc. 218V*

Charlottenburg.
F. Kunstmann, nur Wallstr. 1
Uhren und Goldwaren.
Großes Lager
Reparaturen schnell und billig.
Billige Preise. 100V*

Leihhaus
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 40 I. Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer

Dabe meine Wohnung von der Thüringerstr. 42 nach Rigdori Bergstr. 99/100
Gde. Logastrasse, neben der Einofenfabrik, verlegt 231V*
Franz Lenz, Oebamme.